BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 8 Köln, 25. August 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Achim v. Borries, „Gerade jetzt"* S. 603
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Das Gipfelgespräch"* S. 609
- *Philipp Wehr, MdB, „Randbemerkungen zu Genf"* S. 617
- *Prof. Dr. Karl Rode, „Zum 1. September 1939"* S. 621
- *Prof. Dr. Michael Seidlmayer, „Eine Theologie und eine Philosophie der atomaren Selbstvernichtung: P. Gundlach S. J. und Karl Jaspers"* S. 623
- *Dr. Ernst Schwarz, „Das Gewissen des Politikers"* S. 633
- *Dr. Anton Liebsch, „Nato-beschattete Agrarpläne"* S. 637
- *Dr. Bodo Manstein, „Das Verteidigungsministerium hat Recht"* S. 642
- *Dr. Hans-Heinz Holz, „Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus"* S. 646
- *Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, „W. S. Schlamm, ein Autor ohne Ehrfurcht vor dem Leben"* S. 658
- *Dr. Jonas Lesser, „Deutsche Illusionen"* S. 660
- *D. Albert Sauerland, „Das VII. Welttreffen der Jugend in Wien — Gedanken und Betrachtungen eines Teilnehmers"* S. 666
- *Prof. Dr. Rudolf Schottlaender, „Die Wandlung im Antikommunismus"* S. 671
- *Dr. Josef Peters, „Maulkorb und Zügel für die Presse"* S. 674
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 679

Dr. Achim v. Borries

Gerade jetzt?

Beginn einer „neuen" Politik

Das weltpolitische Zwiegespräch zwischen den USA und der Sowjetunion, das mit dem USA-Besuch Mikojans Anfang dieses Jahres begonnen, mit den Besuchen Koslows in den USA und Nixons in der Sowjetunion seine Fortsetzung gefunden hatte, nähert sich seinem ersten Höhepunkt. Mag es noch offen sein, zu welchen unmittelbaren konkreten Ergebnissen die nun angekündigte Reise Chrustschows in die Vereinigten Staaten und der Gegenbesuch Eisenhowers in der Sowjetunion führen werden — die Tatsache allein, daß es zu diesen Begegnungen kommt ist ein Zeichen für den Stilwandel in den Beziehungen zwischen den Vormächten

der beiden antipodischen Blöcke im Ost-West-Konflikt. Daß ein solches Zwiegespräch mit der Sowjetunion angesichts der weltpolitischen Machtverhältnisse und der noch immer großen Welt-Atom-Kriegs-Gefahr unvermeidlich ist, diese Einsicht hat sich in den USA im Laufe der ersten acht Monate des Jahres 1959 immer stärker durchgesetzt. Die Bereitschaft Eisenhowers, Chrustschow einzuladen und selbst nach Moskau zu gehen, beruht auf ihr; und sie dokumentiert eindrucksvoll, daß die USA stillschweigend dem Dulles-Kurs abgeschworen haben, ohne daß freilich bereits ein neues klares Konzept ihrer Politik sichtbar wäre. Die Roll-back- und die Containment-Politik haben keine Chance mehr, und das bedeutet zunächst nichts anderes als den Verzicht auf den bisher immer noch unangefochtenen Primat der reinen Militär-Politik zugunsten langfristiger politischer Verhandlungen und Kompromisse. Man weiß in Washington so gut wie in Moskau, daß damit die tiefgreifenden weltpolitischen und ideologischen Gegensätze nicht einfach aufgehoben werden können. Immerhin dürfte das gegenseitige Kennenlernen dazu beitragen, allzu einseitig-schematische Vorstellungen voneinander mit der Zeit unmerklich zu modifizieren. Auch diese psychologischen Begleiterscheinungen der Versachlichung des politischen Gesprächs werden eines Tages wieder politische Früchte tragen. Es handelt sich bei diesen Entwicklungen also nicht um eine schlagartige Ideallösung aller Ost-West-Probleme, nicht um eine einmalige große weltpolitische ‚Versöhnung', mit der ein Zeitalter konfliktloser Welteinheit anbräche, sondern um den Beginn einer Periode, die im Zeichen vieler kleiner Einigungen, zahlreicher ausführlicher Verhandlungen über Teil-Probleme, das heißt also im Zeichen von konstruktiven weltpolitischen Zwischenlösungen stehen wird. Beide Supermächte haben ein Interesse an der Sicherung des Friedens: und dieses vor allem führt sie zusammen. Nicht die absolute Ausschaltung aller Konfliktsmöglichkeiten, wohl aber die beharrliche Eindämmung der größten Konfliktherde ist von ihrem Dialog zu erhoffen. Er kann die Voraussetzungen zu jenem politisch-gesellschaftlichen Wettbewerb zwischen Ost und West schaffen, der auf lange Sicht die einzige Alternative zu einer bewaffneten Auseinandersetzung der Super-Atom-Mächte ist.

Dies ist eine „neue Politik" insofern, als sie sich neuer Formen im Umgang mit der Gegenseite bedient und von der nüchternen Erkenntnis ausgeht, daß ein militärpolitischer Waffenstillstand gerade auf Grund der zunächst unaufhebbaren politischen Gegensätze zur Sicherung des Friedens unausweichlich ist.

Als zentraler Schauplatz des Kalten Krieges wird Europa von einer solchen relativen Sinneswandlung der amerikanischen Politik am meisten berührt. Seit 1945 ist der europäische Kontinent Aufmarschfeld der beiden großen Antipoden in Ost und West, militärpolitisch exponierte, politisch heiß umstrittene Schlüssel-Bastion für beide Seiten. Und gerade diese Verwandlung Europas in eine heftig umkämpfte politisch-militärpolitische Basis der Weltmächte hat ja eine Lösung der Deutschen Frage unmöglich gemacht — nicht ohne daß die Deutschen selbst wesentlichen Anteil an der unseligen Komplizierung ihrer nationalpolitischen Probleme gehabt hätten. Neben dem Abrüstungs-Problem als Ganzem dürfte gerade die Situation in Europa ein entscheidendes Thema der Eisenhower-Chrustschow-Gespräche sein. Es ist nicht zu erwarten, daß sie unmittelbar zu einer absoluten militärpolitischen Neutralisierung West- und Ost-Europas führen werden. Alles spricht heute gegen die Annahme, daß die USA und die Sowjetunion schon zu einem solchen Rückzug von ihren militärpolitischen Positionen auf dem Kontinent bereit sind. Gewiß aber wird über den Anfang einer solchen Entschärfung der Lage in Europa verhandelt werden, das heißt aber über Prohibitiv-Maßnahmen gegen eine weitere Verschärfung durch wei-

tere atomare Rüstung. Das do ut des, das Zug um Zug wird das Gesetz dieser Verhandlungen sein. Die Vorstellung von irgendwelchen einseitigen Konzessionen ist unsinnig, da keine Seite heute noch der anderen solche einseitigen Zugeständnisse abzwingen kann. Konzessionen auf Gegenseitigkeit aber sind keineswegs undenkbar.

Der bevorstehende Besuch des amerikanischen Präsidenten bei den europäischen Nato-Partnern der USA dient offensichtlich dazu, diese Partner von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Post-Dulles-Kurses persönlich zu überzeugen. Die Gegensätze zwischen den Nato-Mächten in dieser Hinsicht sind bekanntlich größer denn je. Und wenn Eisenhower in London gewiß mehr als nur Zustimmung, nämlich Zuspruch und Ermunterung für sein neues Konzept erwarten kann, so gilt das Gegenteil für Bonn und Paris. Zumal die Bundesregierung wird diesem Besuch weit weniger hoffnungsfroh entgegensehen als früheren Visiten führender amerikanischer Politiker. Denn ungeachtet aller platonischen „Vertrauenserklärungen", die zur Zeit zwischen Washington und Bonn ausgetauscht werden, steht Eisenhowers Europa-Reise unter Vorzeichen, die der Regierung Adenauer keineswegs sympathisch sein können. Im Laufe dieses Jahres ist in der Beurteilung des Bundeskanzlers in der öffentlichen Meinung der USA eine wesentliche Wandlung eingetreten. Die sehr skeptische, wenn nicht offen negative Beurteilung seines Kurses setzt sich immer mehr durch. Und waren die Lippman und Kennan, die Humphrey und Mansfield bis vor kurzem noch sozusagen ‚angesehene Außenseiter', so finden ihre unorthodoxen Vorstellungen von einer Entschärfung der Deutschen Frage (ohne die deren Lösung nicht denkbar ist) heute schon die Zustimmung einflußreicher Regierungskreise. Die „Ketzer" von gestern sind dabei, die „Offiziellen" von morgen zu werden. Und mag andernorts das Ansehen des Kanzlers noch immer beträchtlich sein — der einstige beinahe mythische Nimbus aus der Dulles-Aera ist unwiderruflich dahin. Mit wachsendem Unverständnis, das zum offenen Unmut selbst in seiner eigenen Partei wurde, hat man gerade in den letzten Wochen sein Bemühen verfolgt, die hoffnungslos und gefährlich negative, feindselige, jedem Kompromiß abholde Politik des Kalten Krieges um jeden Preis fortzusetzen. Die Bundesregierung hat sich, wie es vor Monaten an dieser Stelle vorausgesagt worden ist, innerhalb des westlichen Lagers von Tag zu Tag mehr isoliert. Und diese Isolierung hat der deutschen Sache nicht etwa gedient, sondern schwer geschadet. Dr. Adenauer aber ist heute ein für allemal nicht mehr, was er ehemals war: das europäische Orakel aller führenden amerikanischen Politiker. Die USA sind dabei, sich endgültig von seinem Konzept eines ewigen Kalten Krieges zu emanzipieren. Und nicht nur das: sie erwarten heute endlich Verständnis und Unterstützung für ihr neues Entspannungs-Konzept. Nichts macht das deutlicher als ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. August aus Washington: „man wolle diesmal von Bonn klare Ermutigungen nicht aber Kassandrarufe und Warnungen hören".

Um den deutschen Beitrag zur Entspannung

Das neue weltpolitische Zwiegespräch zwischen Moskau und Washington ist vom deutschen Standpunkt aus grundsätzlich nur zu begrüßen. Denn alles, was zu einer Milderung des Ost-West-Konfliktes beiträgt, ist im doppelten Sinne im spezifisch deutschen Interesse: einmal, weil es die Kriegsgefahr verringert und zum anderen weil ohne eine fortschreitende weltpolitische Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion eine positive Lösung der Deutschen Frage überhaupt undenkbar ist. Es handelt sich hier also erst einmal um die unerläß-

lichen weltpolitischen Voraussetzungen jeder solchen Lösung. Doch ist die Erwartung trügerisch und kann zu einer gefährlichen nationalpolitischen Nachlässigkeit führen, die Eisenhower - Chrustschow - Gespräche würden als solche schon unmittelbar zu einer Lösung der Deutschen Frage führen, diese also den Deutschen gleichsam als Frucht einer neuen Friedensepoche in den Schoß fallen. So wichtig die amerikanisch-russische Verständigung ist: sie ist doch nicht mehr als die Voraussetzung. Und schon um sie zu sichern, bedarf es heute eines bedeutenden deutschen Beitrages. Denn bisher hat die Bundesregierung gerade alles getan, jede solche relative Annäherung Washington—Moskau zu verhindern, und zwar auch dann noch, als längst eindeutig feststand, daß ihre Aufrüstungs-Politik hinsichtlich der Wiedervereinigungs-Frage eine folgenschwere Fehlspekulation, eine Politik mit untauglichen Mitteln war. Setzt Bonn jetzt diesen Kurs weiter fort, dem sogar die USA endlich abgeschworen haben, so besteht die Gefahr, daß sich die beiden Supermächte zunächst einmal auf der Basis des politischen Status quo in Europa einigen und damit die längst ‚faktische' Existenz zweier deutscher Staaten bestätigen, ohne daß es gleichzeitig auch zu einem ersten Brückenschlag zwischen diesen beiden deutschen Staaten kommt. Es ist also notwendig, daß die Bundesrepublik endlich aktiv an den Voraussetzungen der Wiedervereinigung mitarbeitet und daß sie gleichzeitig alles tut, um eine bloße Bestätigung der deutschen Zweistaatlichkeit zu verhindern. Das ist aber nur möglich, wenn sie sich zu einer Anerkennung der Tatsache bequemt, daß die beiden bisherigen Hauptdogmen ihrer Außenpolitik sich als Fiktionen erwiesen haben: die Hoffnung auf eine Roll-back-Politik gegenüber der Sowjetunion, also die Hoffnung, durch die Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der Nato lasse sich die Wiedervereinigung von der Sowjetunion erzwingen, und zweitens der damit verbundene gesamtdeutsche Anspruch der Bundesrepublik. Das Festhalten an diesen beiden Vorstellungen droht nämlich die allerletzten Chancen der westdeutschen Außenpolitik endgültig zu verspielen. Die westdeutsche Aufrüstung und insbesondere die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ist rein militärisch gesehen angesichts der weltpolitischen Machtverhältnisse eine unverantwortliche Hochstapelei, sie ist aber außerdem, wie sich gezeigt hat, politisch außerordentlich verhängnisvoll. Niemand erwartet, daß sich die Bundesrepublik plötzlich wieder in ein völlig unbewaffnetes Land zurückverwandelt. Was indes aus Gründen der politischen Vernunft endlich von der Bundesregierung erwartet und notfalls mit Nachdruck gefordert werden muß, ist: daß die Bundesregierung nunmehr die weitere Aufrüstung der Bundesrepublik stoppt, solange die USA und die Sowjetunion verhandeln. Und daß sie außerdem ihre Bereitschaft unzweideutig erklärt, auf der Basis der Gegenseitigkeit gegebenenfalls auf eine Atomrüstung überhaupt zu verzichten, wenn — im Sinne des Rapacki-Planes — die DDR, Polen und die Tschechoslowakei sich ebenfalls zu einem solchen Verzicht bereit erklären. Sie müßte ferner darauf hinarbeiten, daß auch die USA und die Sowjetunion in absehbarer Zeit zu einer Reduktion ihrer atomaren Positionen im europäischen Raum sich bereit erklären. Bisher hat Bonn nicht nur nichts dergleichen unternommen, sondern im Gegenteil geradezu demonstrativ weiter gerüstet. Dabei war seit langem abzusehen, daß diese verschärfte Aufrüstung des einen deutschen Teilstaates die westdeutsche Position gegenüber der Sowjetunion nur verschlechtern, die deutsche Teilung nur vertiefen konnte. — Ein Atomrüstungs-Stop würde heute der Bundesrepublik militärisch überhaupt nicht schaden, politisch aber nur nützen: er würde die Verständigungsbereitschaft und Vertrauenswürdigkeit der Bonner Regierung bezeugen, an der heute schon wieder in beinahe allen (keineswegs nur den ost-) europäischen Ländern gezweifelt wird. Dasselbe gilt für den mit der

Aufrüstungspolitik verbundenen gesamtdeutschen Anspruch Bonns. An ihm weiter festhalten, heißt heute die Möglichkeiten einer gewissen Milderung der deutschen Spaltung preisgeben. Noch immer orientiert Bonn seine Außenpolitik beinahe einzig und allein an dem Gesichtspunkt, die Anerkennung der DDR durch ausländische Staaten zu verhindern. Ganz abgesehen davon, daß die DDR heute schon offiziell von zahlreichen Staaten auch außerhalb des Ostblocks anerkannt ist und mit beinahe allen anderen westlichen Staaten Wirtschafts- und Kulturbeziehungen unterhält, die einer de-facto-Anerkennung gleichkommen: abgesehen noch von diesen Wirklichkeiten ist die Existenz der DDR selbst ganz unabhängig von solcher Anerkennung oder Nichtanerkennung ein Faktum. Es ist heute realpolitisch völlig unmöglich, hinter dieses Faktum zurückzugehen. Eine sinnvolle dynamische gesamtdeutsche Politik von der Bundesrepublik aus ist nur möglich, wenn sie von dem Faktum ausgeht, das heißt: aus der nicht unmittelbar abzuwendenden ‚Not' wenigstens noch im Rahmen des Möglichen eine ‚Tugend' zu machen versucht, anstatt weiterhin nebulose Ansprüche zu stellen, die durchzusetzen alle Mittel fehlen. (Über den politischen Rechtstitel solcher Ansprüche lassen wir uns hier nicht aus, doch erscheint auch er fragwürdig genug). Erst wenn die DDR als — wie immer beurteilte, so doch auch nicht unmittelbar aufzuhebende — nationalpolitische Gegebenheit anerkannt wird, kann mit ihr verhandelt werden. Und nur in solchen Verhandlungen liegt noch eine Chance einer gewissen unmittelbaren oder doch mittelbaren Einflußnahme auf die Verhältnisse in der DDR selber, wenngleich es notwendig ist, in dieser Hinsicht zunächst so illusionslos wie möglich zu sein. Die Sowjetunion wird — das steht eindeutig fest — auf lange Zeit hinaus die DDR nicht preisgeben, sondern deren innere Entwicklung mit allen Mitteln fördern. Die USA (und in ihrem Gefolge die Bundesrepublik) aber haben nicht die Macht, eine solche Preisgabe zu erzwingen. Mögen sie verbal den Bonner gesamtdeutschen Anspruch noch immer unterstützen — sie wissen sehr wohl, daß sie und Bonn nicht die geringste Chance haben, ihn durchzusetzen. So müssen auch sie das Faktum DDR akzeptieren. Und sie werden die unerläßliche weltpolitische Verständigung mit der Sowjetunion nicht an dieser Frage scheitern lassen, auch wenn sie sich vorläufig nicht zu einer de-jure-Anerkennung der DDR bereitfinden. Auf fremde Hilfe können die Deutschen in dieser ihrer eigensten Angelegenheit also weniger denn je hoffen. Die Lösung der Deutschen Frage weiterhin mit wortreichen Erklärungen ausschließlich den Großmächten überantworten, heißt unter diesen Umständen: jegliche Lösung verhindern und den Status quo der absoluten Teilung bestätigen, gegen den man gleichzeitig propagandistisch zu Felde zieht . . .

Die Alternative

Die Bundesrepublik entgeht der Konfrontation mit der DDR nicht, so wenig wie einer (damit unmittelbar zusammenhängenden) konstruktiven gesellschaftspolitischen und geistigen (statt der bisherigen bequemen militärischen und propagandistischen) Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Sie steht vor der Wahl: entweder ein absolut feindseliges Nebeneinander zweier deutscher Staaten faktisch anzuerkennen und die Feindseligkeit auf die Spitze zu treiben — oder aber das zunächst unaufhebbare ideologisch-gesellschaftspolitische Gegeneinander und das staatspolitische Nebeneinander zumindest auf lange Sicht um einiges zu mildern durch den Versuch eines gewissen nationalpolitischen Miteinander. Antikommunistische Beschwörungen um jeden Preis sind noch keine Politik — es sei denn das Vorspiel einer faschistischen. Und auch das ist die Frage, ob die Bundesrepublik als latent totalitäre oder als demokratische sich mit dem Kommu-

nismus auseinandersetzen will: die Gefahr, daß die Kreise, die nach wie vor den gesellschaftlichen und geistigen Wettbewerb mit dem Kommunismus scheuen, weil sie sich vor ihm fürchten, der Bundesrepublik einen immer mehr ins Totalitäre abgleitenden Antikommunismus (hinter dem sich Anti-Sozialismus und Anti-Liberalismus verstecken) aufzwingen, ist nicht gering. Eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und Verhandlungen mit der DDR bedeuten keineswegs „Aufweichung" oder „Naivität", sondern sind vernunft-bestimmte politische Verhaltensweisen, wie sie einzig noch in dieser beinahe ausweglosen nationalpolitischen Situation zu gewissen positiven Zwischenlösungen führen können. Mehr ist ohnehin vorläufig nicht zu erwarten — im deutschen Rahmen so wenig wie im Weltmaßstab. Die Schaffung gewisser gesamtdeutscher Organe als Plattform von Verhandlungen zwischen Vertretern der BRD und der DDR ist eine solche „Zwischenlösung", die aus der Not eine Tugend macht. Mehr als ein Anfang kann dergleichen nicht sein. Es ist indes unerfindlich, wie die Bundesregierung ohne einen solchen ersten Schritt überhaupt noch irgendwelche Aktionen zugunsten einer Milderung der Spaltung — wenn schon eine „große" Wiedervereinigung zunächst unmöglich ist — unternehmen will. Es läßt sich durchaus denken, daß eines Tages die DDR ihr Angebot gesamtdeutsche Organe zu schaffen, zurückzieht, so daß dann überhaupt kein Brückenschlag mehr möglich ist. Es wäre darum eine unverantwortliche Unterlassungssünde, würde Bonn nicht endlich auf dieses Angebot eingehen — was ja zunächst nur heißen kann, daß darüber verhandelt wird. Wir stellen an die Bundesregierung keineswegs das Ansinnen, sie solle alle Vorschläge der DDR bedingungslos akzeptieren, sondern erwarten von ihr, daß sie sie ernsthaft prüft und endlich konstruktive Gegenvorschläge macht, vor allem auch zugunsten einer Intensivierung der menschlichen und der kulturellen Beziehungen zwischen den Bewohnern der beiden deutschen Staaten. Alle diese dringenden Probleme müssen endlich mit Vertretern der DDR erörtert werden. Solange Bonn starr an seinem fiktiven gesamtdeutschen Anspruch festhält und ihm alle Politik unterordnet, gleichzeitig die atomare Bewaffnung um jeden Preis fortsetzt, fördert es nur die Trennung der Deutschen in West und Ost — ohne daß man darin noch ein politisch sinnvolles, darum vertretbares Opfer sehen könnte.

Nur am Rande sei hier darauf hingewiesen, welche Bedeutung gerade heute auch einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zukommt, wie sie kürzlich sogar von Herrn von Brentano projektiert worden ist. Abermals hat der Bundeskanzler eine solche positive Initiative torpediert, den „Vertriebenenverbänden" das letzte Wort — oder gab man sich diesen Anschein? — bei einer erstrangigen staatspolitischen Entscheidung eingeräumt. Im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Besuch Nixons in Warschau ist dieser neue, rein destruktive Akt des Kanzlers gerade auch in den USA außerordentlich heftig kritisiert worden.

Die bevorstehenden Begegnungen zwischen Eisenhower und Chrustschow gewähren zunächst weltpolitisch eine Atempause, die von lebhaften, zweifellos langfristigen Verhandlungen ausgefüllt sein wird. Solange verhandelt wird, wird nicht geschossen. Das ist das Positivste — auch für die Deutschen. Darüber hinaus aber ist mehr denn je gerade die Bundesrepublik vor die Notwendigkeit gestellt, ihre unzweideutige Friedens- und Verständigungs-Bereitschaft zu dokumentieren, sowohl innerhalb des westlichen Lagers wie gegenüber ihren östlichen Nachbarn. Die Deutschen haben keinen Grund, aufzuatmen oder die Hände in den Schoß zu legen, sei es selbstzufrieden, sei es resigniert. Dergleichen hieße die aktuellen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten der deutschen Politik verkennen. Gerade jetzt ist eine Aktivierung des deutschen Friedens-,

Entspannungs- und Wiedervereinigungs-Willens dringend geboten. Was aber die Bundesregierung betrifft, so wird es Zeit, daß sie in einer außenpolitischen Debatte dem Bundestag endlich wieder Rede und Antwort steht über ihre Absichten.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Das Gipfelgespräch

Die Nachricht von der Begegnung zwischen den beiden Großen hat sich wie ein Erdbeben um die Welt fortgepflanzt und die Seismographen der Diplomatie und öffentlichen Meinung in heftige Bewegung versetzt. Man registrierte alle möglichen Reaktionen von aufrichtiger Genugtuung bis zum stummen Erschrekken. Von Kriegsfurcht erfüllte Massen schöpfen neue Hoffnung, Regierungen prüfen in Eile ihren politischen Sachbestand. Alle Details der Weltlage gewinnen im Licht dieses Ereignisses neue Konturen.

Unverhohlen war die Befriedigung in Moskau. Seit drei Jahren verkündete Chrustschow, daß ein direktes Gespräch mit Eisenhower das beste Mittel zur Entspannung sei. Er hatte sich zögernd bereit erklärt, eine Gipfelkonferenz als Ersatz für eine solche Aussprache zu Zweien zu akzeptieren und vorsorglich erklärt, daß eine Konferenz der Außenminister Lösungen höchstens vorbereiten, nicht treffen könne. Nun hat Chrustschow sein Gipfelgespräch, in einer Weltlage, die für ihn mehr Trümpfe enthält als je zuvor. Das Atomgleichgewicht ist erreicht, die Nato zerbröckelt, die Bundesrepublik hat sich aus dem Spiel abgesetzt, die westlichen Niederlagen in Nahost und Nordafrika sind offensichtlich, die Außenminister gelangten in Genf an den toten Punkt, Mikojan und Koslow haben in den USA, MacMillan, Harriman und Nixon in Moskau den Boden vorbereitet. Verständlich, daß Chrustschow mit Optimismus zum Gipfelgespräch geht.

Dem gegenüber wirkt die Zusage Eisenhowers wie ein Bruch mit allen bisherigen Grundsätzen. Nur zögernd hatte der Präsident unter dem Druck der Berlinkrise und der öffentlichen Meinung einer Konferenz der Außenminister zugestimmt, nachdem ihr Dulles kunstvoll und hartnäckig aus dem Wege gegangen war. Eine Gipfelkonferenz stellte er nur bedingt in Aussicht, gleichsam als Belohnung für sowjetisches Wohlverhalten und sowjetische Konzessionen in der Berlinfrage. Ein isoliertes Gespräch mit Chrustschow hat Eisenhower wiederholt als unzeitgemäß von sich gewiesen, wenn neugierige Reporter ihn danach fragten, auch nachdem die vorhergehenden Besuchsaustausche erfolgreich verlaufen waren. Wenn er sich gleichwohl, für die Öffentlichkeit völlig überraschend, entschloß, dem doppelten Gipfelgespräch zuzustimmen, so müssen ihn dazu schwerwiegende Gründe bewogen haben, denen nachzugehen ein Licht auf den voraussichtlichen Verlauf der Gespräche wirft.

Das bessere Kennenlernen

Harriman brachte Ende Juli von seinem Besuch in Moskau den Eindruck mit, daß Chrustschow offensichtlich manche falschen Vorstellungen von den USA besitze. „Wir sollten jede Gelegenheit benutzen", so hat Chrustschow nach einem

Bericht von Thayer zu Harriman in Moskau gesagt, „um mit Chrustschow ins Gespräch zu kommen, um mit ihm zu verhandeln; z. B. auf einer Gipfelkonferenz. Und schließlich, so glaube ich, wäre es klug, ihn zu einer Reise nach dem Westen einzuladen. Dann wird Chrustschow vielleicht einige seiner Irrtümer über die nichtkommunistische Welt einsehen." Die Amerikaner können sich nur schwer vorstellen, daß Chrustschow noch an den Sieg des Kommunismus glauben wird, wenn er erst Gods own country mit eigenen Augen gesehen hat. Statt Potemkinscher Dörfer, wie sie einst der Kaiserin Katharina von ihrem Staatsminister vorgeführt wurden, möchte man ihm die „Wirklichkeit" zeigen. Ob es nutzen wird? Mikojan und Koslow sind sicherlich scharfe Beobachter und kein Land der Welt tut mehr für Publicity als die USA. Trotz aller Informationen aber sieht erfahrungsgemäß jemand, der an etwas glaubt, nur das, was er sehen will. Schwerlich aber wird sich der sowjetische Besucher von dem beeindrucken lassen, was man in Bonn für besonders wichtig hält, nämlich von „Macht und Reichtum" des Landes.

„Verhandeln heißt Zeit gewinnen", auf diesen Tenor sind manche Kommentare der westlichen Welt gestimmt. Seit Jahren hat man auf Zeitgewinn gesetzt, ist man Verhandlungen mit den Sowjets aus dem Wege gegangen. Die Genfer Atomstopberatungen werden bald ihren Jahrestag begehen, die Außenministerkonferenz wurde knapp vor dem Ablauf der Moskauer Sechsmonatsfrist für Berlin anberaumt, man fügte sich zähneknirschend der hinhaltenden Taktik Gromykos in Genf. Man wartete. Worauf? Daß die Zeit endlich einmal zum Verbündeten des Westens werde, die bisher für Moskau gearbeitet hat? Vielleicht findet man bis dahin eine neue Wunderrakete, die den westlichen Vorsprung sicherstellt? Vielleicht bricht bis dahin in den Ostblockstaaten ein Aufstand aus, der den Warschauer Block zersprengt. Vielleicht, vielleicht! Sicher ist nur eines: Solange man verhandelt, schießt man nicht. Das ist es. Lieber eine Serie von Konferenzen, als den Ausbruch der Atomkatastrophe, die Millionen Menschen das Leben kosten würde. Eine ungeheure Verantwortung lastet auf den Staatsmännern. Man möchte sie so weit wie möglich hinausschieben.

Gipfelgespräche eignen sich besser als Gipfelkonferenzen, um den Schutt des Kalten Krieges beiseite zu räumen. Dieser Kalte Krieg ist zwar offiziell abgeblasen, aber seine Atmosphäre lebt noch weiter. Das gilt vor allem für das Wettrüsten, das 60 % des amerikanischen und 30 % des sowjetischen Staatshaushalts verschlingt und das die Kriegsgefahr weiter steigert. Auf dem Atomgebiet hängt es praktisch allein von den beiden Weltmächten ab, ob abgerüstet wird. Auch in der Deutschlandfrage sprechen Washington und Moskau das entscheidende Wort, so wie sie die Väter der beiden deutschen Teilstaaten gewesen sind. Dazu kommen die zahlreichen anderen Fragen, in denen sich die beiden Weltmächte festgefahren haben: Korea, Formosa, Vietnam, Iran, Nahost. Die beiden Staatschefs wollen nur „Gespräche, nicht Verhandlungen" führen. Aber wer hindert sie, Abreden zu treffen, die nur noch der Formulierung und Bestätigung von Staat zu Staat bedürfen und die für eine Gipfelkonferenz Vorentscheidungen bedeuten würden. Daher die Nervosität der nichtbeteiligten Großmächte, das hektische Bestreben, noch vor diesen gefährlichen Zweiergesprächen den amerikanischen Präsidenten auf gewisse Zusagen festzulegen. Auch in den Ostblockländern dürfte es trotz der eifrigen Zustimmungen Befürchtungen geben, ob Chrustschow die Interessen der Verbündeten gegen Zugeständnisse einhandeln könnte.

Alle Beurteiler in West und Ost sind sich darüber einig, daß diese Gespräche ein Ereignis von Weltbedeutung werden können, ob sie nun erfolgreich sind oder scheitern sollten. Es ist so viel Zündstoff aufgehäuft, es ist so viel Macht hinter den beiden Gesprächspartnern zusammengeballt, es geht um Fragen von so

schicksalschwerer Bedeutung, daß alle anderen Ereignisse hinter diesen verblassen. Mit Recht fragt die Welt nach den Chancen der Gespräche. Politik ist kein Rechenexempel, es ist allenfalls möglich, Wahrscheinlichkeitsrechnungen anzustellen auf Grund der wesentlichen Tatbestände.

Das atomare Gleichgewicht

Seit jeher galt der Krieg als die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Seitdem die beiden Weltmächte über einen ausreichenden Vorrat an A- und H-Bomben zur völligen Vernichtung des Gegners, ja aller Länder der Welt verfügen, wird die Richtigkeit dieses klassischen Axioms nachdrücklich bestritten. Der Krieg der Vergangenheit ließ auch im Falle der Niederlage meist die Volkssubstanz unangetastet, der zweite Weltkrieg hat es gezeigt. Der große Atomkrieg bedeutet Substanzvernichtung, also Auslöschung dessen, was bisher Zweck der Politik und des konventionellen Krieges war. Es hat eine Weile gedauert, bevor dieser revolutionäre neue Sachverhalt in das Bewußtsein der beteiligten Regierungen und Völker gedrungen ist. Im Pentagon glaubte man zunächst mindestens quantitativ und hinsichtlich des Transports der Atombomben weit überlegen zu sein. Daher die Panik, als die Sputniks die Überlegenheit der Sowjets in der Raketentechnik zeigten. Im Dezember 1957 griff Dulles auf der Pariser Nato-Konferenz zum verzweifelten Aushilfsmittel, den Bundesgenossen Atombomben anzubieten, um den Flugzeug- und Raketenstart näher an das Sowjetgebiet heranzubringen. Die Atomstrategen entwickelten die These vom „kleinen begrenzten Atomkrieg" und vom präventiven Atomschlag. Aber die Eingeweihten wußten längst, daß New York und Chicago im direkten Ziel sowjetischer Fernraketen lagen und daß die Ablenkung des Atomschlages auf Satellitenstellungen nur eine kurz bemessene Galgenfrist bedeuten konnte. In dieser Zeit hat Eisenhower, der als Oberkommandierender in Europa den konventionellen Krieg mit allen seinen Verheerungen kennengelernt hat und der schwerlich als Pazifist gelten kann, zum ersten Male nachdrücklich erklärt, daß es keine Alternative zum Frieden geben könne. Das war das Bekenntnis des alten Generals, der den Zwang der neuen Lage begriffen hatte. Es blieb den uniformierten Herostraten und Geistesverwandten des Herrn S c h l a m m vorbehalten, weiter von Panzerdurchbrüchen und Atomschlägen zu reden, als ob sich in der Welt nichts geändert hätte. Im Weißen Haus weiß man heute, daß Weltanschauungen nicht mehr militärisch durchzusetzen sind, sondern nur noch mit gewaltlosen Mitteln siegen können.

Da aber Politik noch immer nach veralteten Vorstellungen betrieben wird, hat sie sich seit Jahren hoffnunglos festgefahren. Die Konflikte in Korea und Vietnam wurden konventionell ausgekämpft, aber über ihnen schwebte bereits der Schatten der Atombombe und so mündeten sie in ein Remis, das die Entscheidung bewußt in der Schwebe ließ. Die englisch-französische Aktion gegen Ägypten blieb schon im Anlauf stecken, weil Moskau mit der großen Bombe drohte. Der Aufstand in Ungarn blieb ein „lokales" Ereignis, weil ein amerikanisches Eingreifen die Weltkatastrophe ausgelöst hätte. T s c h i a n g - K a i - T s c h e k sitzt noch immer auf Formosa, weil die 7. amerikanische Flotte sich zwischen Festland und Insel schob und Chrustschow in die chinesischen Freunde drang, nicht auf dem atomaren Hilfsversprechen zu bestehen. Und Berlin? Chrustschow befand sich in der taktisch einzigartigen Lage, nicht durch Vormarsch, sondern durch Zurücknahme seiner Truppen den höchst labilen Sonderstatus Berlins erschüttern und dadurch den Westmächten das Odium des ersten Schlages aufladen zu können; auch hier blieb nur der Ausweg des Verhandelns, wobei die Trumpfkarte in den Händen der Sowjets blieb. Man sieht, mit den überkommenen Mitteln

der Politik, zu denen die Drohung mit Gewalt gehört, ist auf dem weltpolitischen Feld nicht mehr weiter zu kommen. Man muß die friedlichen Mittel der Entspannung ausbauen und völlig neue Wege beschreiten, wenn man mit den Problemen noch fertig werden will.

Das bedeutet nicht, daß Gewaltanwendung von heute auf morgen aus dem Völkerleben verbannt wäre. Auch in Zukunft werden außenpolitische Machtverschiebungen und selbst Gewaltakte möglich sein, soweit sie die Interessen der Atommächte nicht vital berühren. Weiterhin werden lokale Kriege stattfinden, soweit sie regional mit konventionellen Waffen ausgefochten werden. Aus Frankreichs Krieg in Algier oder aus seinem blutigen Zusammenstoß in Indonesien braucht kein Atomkrieg zu entstehen, hier gelten noch die Gravitationsgesetze der Vergangenheit. Aber wie lange noch? Die Welt ist strategisch und wirtschaftlich so klein, die Abhängigkeit der Staaten voneinander so eng geworden, daß auch weit entfernte Konflikte Weltinteressen berühren müssen. Wie wird es erst sein, wenn sich ein Diktator in Asien, ein Rebell in Südamerika im Besitz von Atombomben befände oder de Gaulle den Algierkrieg mit Atommitteln beenden wollte? Noch herrscht zwischen den Weltmächten das Gleichgewicht des Atomschreckens, dessen Gefahren überschaubar sind. Wenn mit der Ausbreitung der Herstellung und des Besitzes von Atombomben das atomare Chaos hereinbricht, ist es wahrscheinlich, daß über kurz oder lang die atomare Reihenzündung einsetzt und sich mit unvorstellbarer Schnelligkeit um die Erde fortpflanzt. Die Atommächte wissen, daß die Zeit drängt und daß sie sich noch vor dem Eintritt dieses Unheils verständigen müssen. Das weiß Eisenhower so gut wie Chrustschow, in dessen Rücken China steht, das einzige Land, das mit einem Teil seiner Volkssubstanz selbst einen großen Atomkrieg zu überleben hofft.

Es gibt kein Zurück mehr in eine Zeit, in der das Geheimnis der Kernspaltung noch nicht bekannt war. Die Formel ist heute Gemeingut aller Physiker und ihre Anwendung wird immer einfacher und billiger werden. Es gibt in der Tat nur noch ein Radikalmittel, wenn wir uns nicht mit der schrecklichen Gewißheit abfinden wollen, „mit der Bombe zu leben" wie es Weizsäcker prophezeit hat. Das einzige Mittel heißt allgemeines kontrolliertes Verbot der Herstellung, Erprobung, Lagerung und Anwendung von Kernwaffen. Das aber setzt voraus, daß sich erst einmal die großen Atommächte über dieses Prinzip einig werden und es den anderen nachdrücklich aufzwingen. Als Hauptschwierigkeit erschien bisher die Frage der Kontrolle und der Einbeziehung der konventionellen Waffen in die Abrüstung. Moskau hat in dieser Richtung sehr weitgehende Vorschläge gemacht, zuletzt auf der UN-Versammlung im Oktober 1958. Washington hat sich bisher nicht entschließen können, die Sowjets beim Wort zu nehmen, nur über den Atomversuchsstop wird seit langem verhandelt. Hier liegt wahrscheinlich der Kernpunkt der kommenden Gipfelgespräche. Es wird sich erweisen, wie weit die Staatschefs ihre politischen Einsichten gegen das Veto der Atomstrategen durchsetzen.

Die öffentliche Meinung

Im Zeitalter der Massendemokratie müssen die Regierenden entweder ihren Kurs den Wünschen des Volkes anpassen oder dessen Meinungen im Sinne ihres Kurses manipulieren. Wenn auch nur einmal in der Legislaturperiode das Volk selbst die politischen Grundsatzentscheidungen trifft, so besteht in einer echten und wahren Demokratie eine ständige Wechselwirkung zwischen Volksmeinung und Regierungsbeschluß. MacMillan war sich dieser Tatsache bewußt, als er seinen Gang nach Moskau antrat, denn das englische Volk verlangt eine aktive

Friedenspolitik und könnte der regierenden konservativen Partei bei den bevorstehenden Wahlen eine schwere Niederlage beibringen. In dieser ältesten Demokratie der Welt hat also die Volksmeinung einen echten Einfluß auf die Außenpolitik des Landes genommen. Auch in den USA vollzieht sich heute die Politik schon jetzt im Zeichen der Herbstwahlen 1960. Die Niederlage der Republikaner in den vorjährigen Wahlen war mit verursacht durch die wachsende Kritik an der starren Politik von John Foster Dulles. Eine Fortsetzung dieser Gegnerschaft würde die Republikaner mit Sicherheit den Präsidentenstuhl kosten, der schon 1956 nur durch die Zugkraft Eisenhowers gewonnen wurde. Der General wird nicht noch einmal kandidieren, und es gilt also, seinen Stellvertreter und präsumptiven Nachfolger Nixon „aufzubauen". Nixons Reise nach Moskau erwies sich als die wirksamste Wahlreise, die überhaupt denkbar war. Eisenhower ist nun der Gefangene des neuen Meinungs-trends, der nirgendwo in der Welt so präzis gemessen und beachtet wird wie in den USA. Wenn Eisenhower die von Dulles übernommenen Bedenken gegen ein Gipfeltreffen zurückgestellt und die Flucht nach vorn gewagt hat, so nicht zuletzt deshalb, weil der Durchschnittsamerikaner ganz einfach erwartet, daß sein Präsident ihn vor einem Krieg bewahrt, der das eigene Land vernichten könnte. Daher darf Eisenhower schwerlich mit leeren Händen die Gipfelgespräche verlassen, wenn er nicht seiner Partei und Mr. Nixon jede Chance für die Zukunft verderben will.

Wesentlich anders ist die Lage für Chrustschow. Wir machen es uns zu leicht, wenn wir vereinfachend von der sowjetischen Diktatur sprechen und dies dahin verstehen, als ob sich der Regierungschef gegenüber der Bevölkerung einfach alles leisten könnte. Es ließe sich leicht nachweisen, daß Chrustschow — bei Stalin war es anders — mehr abhängig ist von der Zustimmung des Zentralkomitees und des Parteikongresses als mancher Regierungschef der westlichen Welt von seinen verfassungsmäßigen Instanzen. Im Bewußtsein des Sowjetbürgers sind zwei Überzeugungen fest verankert: daß der Kommunismus die dem Westen überlegene Gesellschaftsordnung ist und daß er seinen Siegeszug ohne Krieg rund um die Erde antreten wird. Noch kürzlich hat Chrustschow mit Nachdruck seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß er die Proleten, d. h. die Arbeiter aller Länder als potentielle Bundesgenossen betrachte und doch Menschen nicht vernichten werde, deren Befreiung vom kapitalistischen Joch er erstrebe. Die seit langem verkündeten Parolen von Frieden und Koexistenz sind keine bloßen Propagandaschlagworte; der Sowjetbürger glaubt an sie. Die Zustimmung zum Gipfelgespräch entspricht also der allgemeinen Volksstimmung und es wird auch für die innenpolitische Stellung Chrustschows viel davon abhängen, ob die Gespräche von ihm erfolgreich geführt werden.

Der bevorstehenden Begegnung blicken auch andere westliche und östliche Völker mit Hoffnung und Sorge entgegen. In Großbritannien überwiegt durchaus die hoffnungsvolle Erwartung, und nicht zufällig wird Eisenhower auf seiner Europareise volle fünf Tage seinen Londoner Gesprächen widmen. Dagegen ist die Haltung in Frankreich und der Bundesrepublik so undurchsichtig wie der Einfluß der öffentlichen Meinung in diesen Ländern auf die Regierungen zweifelhaft ist. Die Franzosen blicken wie gebannt auf den Algierkrieg, hinter dem alle anderen Sorgen verblassen, während der Bundesbürger, fern aller Politik, sein Interesse auf sein privates Wohlergehen konzentriert und der Regierung seit Jahren die Entscheidungen überläßt.

Verwandtschaft der Weltmächte

Die meisten Zeitgenossen neigen im Zeichen des Kalten Krieges dazu, die Völker der Sowjetunion und der USA einander für weltenfern zu halten. Vor Zeiten

wußte man es in Europa besser. Man empfand die beiden Länder gegenüber dem alten Europa als gleich fremd und einander ähnlich. Schließlich sind es zwei Pionierländer, die großenteils erst in der Neuzeit entdeckt, besiedelt und entwickelt wurden und den Menschen, die dies taten, ihren Stempel aufgedrückt haben: Wagemut, Optimismus, Härte, Expansionsgeist. Beide Länder stellen Subkontinente dar, während die Vereinigten Staaten von Europa ein Traumziel sind und vielleicht immer bleiben werden. Ihre Weiträumigkeit, ihre Menschenzahlen, ihr ungeheurer, erst teilweise erschlossener Naturreichtum, die Unangreifbarkeit ihrer geographischen Lage lassen sie einander besonders ähnlich erscheinen. Es gibt kaum zwei Völker in der Welt, die einander heute in ihrer Mentalität mehr verwandt sind als Russen und Amerikaner: durch eine Wissenschaftsgläubigkeit, die im skeptischen, kulturbeschwerten alten Europa kein Volk teilt, durch eine Technokratie, die der Größe dieser Länder, dem Zwang zur Standardisierung und Mechanisierung entspricht und in der Welt nicht ihresgleichen hat, durch einen starken Sinn für den Nutzeffekt = efficiency, für Planung und Organisation und für den Aufbau gigantischer Unternehmungen. Das stärkste Kraftwerk, der größte Staudamm, die höchsten Wolkenkratzer, die schnellsten Flugzeuge, das erste Atomschiff, die größten Raketen, solche Weltrekorde sind es, mit denen sich diese beiden klassischen Länder der Technokratie gegenseitig überbieten. Beide Völker glauben sich auf dem Weg zum ungehemmten Fortschritt, die Amerikaner zum höchsten Lebensstandard der Massen, die Russen auf dem Weg zur kommunistischen Perfektion. Es verschlägt nichts, daß beide Völker nach europäischer Auffassung einem Idol nachjagen, sie glauben daran, und dadurch eben ist es real.

Die Affinität zwischen den beiden jungen Weltvölkern ist schon bald nach 1917 erkannt worden, man denke an die geistvollen Vergleiche des Grafen K e y s e r l i n g k. Aber diese Verwandtschaft trat immer mehr zurück hinter der Schärfe politischer und weltanschaulicher Gegensätze, und hier liegen in der Tat die Hauptschwierigkeiten einer Annäherung. Dies, obgleich in keinem Volke der Welt der Konformismus des Verhaltens und Denkens eine solche Abhängigkeit des einzelnen von dem, was die Allgemeinheit tut, geschaffen hat wie in den USA. Umgekehrt sieht der durchschnittliche sowjetgläubige Russe in den USA das Mutterland der monopolkapitalistischen Ausbeutung der arbeitenden Massen und übersieht geflissentlich, daß der ausgebeutete Proletarier mit seinem Lohn durchweg zufrieden ist und vorläufig einen wesentlich höheren Lebensstandard hat als der Arbeiter im „Vaterland der Werktätigen". Es gibt kein westliches Land, in welchem die Richtigkeit der marxistischen Theorie so eindrücklich in Frage gestellt würde wie in den USA. Freilich sollte man nicht übersehen, daß die gegenseitigen Vorstellungen dieser Völker von einander überwiegend das Produkt der Propaganda und einseitiger Informationen sind, da ein Kennenlernen von Volk zu Volk bisher nicht stattgefunden hat. Die Lenkbarkeit der öffentlichen Meinung in beiden Ländern, wenn auch mit verschiedenen Methoden, ist unbestritten und eben jetzt erleben wir eine neue Weichenstellung der Propaganda zu Gunsten des Abbaues von Vorurteilen. Wenn erst den Begegnungen der Chefs beider Länder die Masseninvasionen von Amerikanern in die Sowjetunion folgt — noch für dieses Jahr sind 15 000 Touristen angesagt — so wird mindestens für den westlichen Partner ein Teil des Schleiers der östlichen Geheimnisse gelüftet und erkennbar werden, was die amerikanische Mentalität noch immer am stärksten beeindruckt hat: moderne Städte, technische Giganten, Fortschrittsglaube und Optimismus der Menschen. An dieser Klippe dürfte die sowjetisch-amerikanische Annäherung schwerlich scheitern.

Der McCarthysmus

Eisenhower hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Gipfelgespräche die Atmosphäre des Kalten Krieges endgültig ausräumen möchten. Das ist freilich leichter gesagt als getan, denn auch der Inhaber der höchsten Exekutivgewalt kann die der Entspannung widerstrebenden Kräfte nicht einfach beseitigen. Hinter der seit 1946 systematisch betriebenen Propaganda des Kalten Krieges stehen zu starke Kräfte und Interessen und diese Propaganda hat die Mentalität der Menschen zu stark geformt, als daß eine Wendung um 180 Grad von einem Tag zum anderen möglich wäre. Nicht nur für die Jünger eines McCarthy, sondern für viele Millionen Amerikaner ist jeder Bolschewist ein leibhaftiger Teufel und es fehlt nicht an Leuten, die befürchten, der listige und böse Chrustschow könnte den guten alten Ike in der Schlinge fangen. Das Dogma von der Überlegenheit der amerikanischen Art zu leben über jede andere Mentalität, mit dem die Yankees auch anderen Völkern auf die Nerven fallen, hat sich gegenüber den Kommunisten zu der Meinung verdichtet, daß ein Nebeneinander der beiden extremen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen auf die Dauer unmöglich ist, daß höchstens an einen Waffenstillstand gedacht werden kann. Schon entfachen diese Kreise eine heftige Kampagne gegen den Moskauer Besucher und es wird einer sorgfältigen Regie bedürfen, um ernste Zwischenfälle zu verhindern.

Kein Wunder, da hinter diesen Kreisen mächtige Interessenten stehen, welche die Propagandamaschine seit Jahren in Bewegung halten. Milliarden an Rüstungsaufträgen sind in Gefahr, wenn es zu einem Rüstungsstopp oder gar zu einer Abrüstung kommt. Im big business sitzen daher die stärksten Gegner einer sowjetisch-amerikanischen Verständigung und es wird der ganzen Überredungskunst der Anhänger des Präsidenten bedürfen, um diesen Kreisen klarzumachen, daß sich durch eine weltweite Entspannung ganz neue Aussichten für die wirtschaftliche Initiative eröffnen. In der Vergangenheit hat die westliche Schwerindustrie meist die bequemeren Gewinnchancen des Rüstungsgeschäftes den Anstrengungen eines freien Wettbewerbs vorgezogen. Die Internationale der Rüstungsindustrie ist keine Fabel, sondern eine nachweisbare Realität, die nicht in Rechnung zu stellen zu ernsten Enttäuschungen führen könnte.

Ebenso existent ist die Internationale der Generale. Immer dann, wenn sich in Parlamenten oder am Konferenztisch Entspannungstendenzen zeigten, erhoben irgendwo Kriegsminister oder Nato-Generäle ihre warnende oder drohende Stimme, wurde die Indienststellung neuer schrecklicher Waffen bekanntgegeben. Es wird sich im einzelnen schwer beweisen lassen, ob es sich dabei um Eigenmächtigkeiten oder um ein zur Unterstützung politischer Ziele abgekartetes Spiel gehandelt hat, sicher aber ist, daß sie der Entspannung entgegenwirken und die Stimmung der Furcht und des Hasses wachzuhalten geeignet sind. Diese Trompetenstöße dürften häufiger werden, je näher die Gipfelgespräche rücken. Viele Kräfte sind mobil geworden, um Eisenhower auf seinem Weg zum Gipfel zu erschrecken. Mit dem Gegner in Moskau fertig zu werden dürfte ihm nicht schwerer fallen als der Kampf mit diesen Mächten.

Für Chrustschow gibt es solche Gefahren nicht. Solange die maßgebenden Parteigremien seinen Kurs billigen, hat er freie Hand, um ohne Opposition der Armee, der Industrie, der Partei vorgehen zu können. Diese Unterstützung im Innern gibt ihm eine größere Verhandlungsfreiheit und damit zugleich eine taktische Überlegenheit. Chrustschows Abhängigkeiten sind in erster Linie bündnispolitischer Art, ist es doch ein Irrtum, zu glauben, er besitze im östlichen Lager das alleinige Verfügungsrecht. Auch wenn wir China beiseite lassen, dessen Regierung einen sehr eigenwilligen Kurs verfolgt, bleibt die Aufrechterhaltung der Warschauer Front eine schwierige Aufgabe.

Besonderes Vertrauen und Wohlwollen findet Eisenhowers Initiative bei Macmillans Regierung. Macmillan hat mit seinen Moskauer Verhandlungen den westlichen Stein ins Rollen gebracht und er darf wohl das Treffen der beiden Großen als einen persönlichen Erfolg buchen. In Paris wird er es bedeutend schwerer haben. Auch de Gaulle scheint geneigt, zur Regelung der französisch-sowjetischen Beziehungen durchaus unorthodoxe Wege zu gehen, er wird sich weder vom Bolschewistenschreck noch von Nato-Bindungen, sondern von nüchternen Erwägungen der Staatsraison leiten lassen. Aber eben deshalb wird er geneigt sein, sich seine Zustimmung zu einer sowjetisch-amerikanischen Annäherung mit nationalen Zugeständnissen abkaufen zu lassen.

Am schwersten wird sich Eisenhower mit den Bonner Intentionen abstimmen können. Die Bundesregierung hat bislang aus ihrer Skepsis gegenüber jeder Art von Ostverhandlungen keinen Hehl gemacht und in Genf eifersüchtig darüber gewacht, daß die Bonner Thesen nicht angetastet wurden. Unter diesem Gesichtspunkt ist das kommende Gespräch voller Gefahren, deren Abwehr von außen her besonders schwer ist. Da sich die Bundesregierung bisher beharrlich geweigert hat, die grundlegende Wandlung der Weltlage offiziell zur Kenntnis zu nehmen, wird es ihr nicht leicht fallen, den Anschluß an eine mögliche, ja wahrscheinliche Entwicklung zu finden. Schon in Genf wurde die Isolierung sichtbar, in die sich die deutsche Außenpolitik hineinmanövriert hat. Da aber dort im Mittelpunkt die deutschen Fragen standen, ließ sich ihr Mitspracherecht schwer leugnen. Beim Gipfelgespräch werden die deutschen Fragen keine zentrale Rolle spielen, es werden Übereinkünfte auf höchster Ebene über Sicherheit und Rüstung angestrebt werden, auf die eine Macht zweiten Ranges wie die Bundesrepublik keinen wesentlichen Einfluß nehmen kann. Umgekehrt können sich solche Übereinkünfte auf die Lage der Bundesrepublik entscheidend auswirken, sei es durch ein Disengagement in Mitteleuropa, sei es durch den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Eins wie das andere wird nur von jenen als Niederlage betrachtet werden, die auch heute noch in einer Politik der Stärke ihr Heil erblicken. Die Gesprächspartner dürften sich ziemlich schnell darüber einig werden, die deutschen Fragen, Berlin und Wiedervereinigung auf Eis zu legen, weil sie schwer zu lösen sind und bei gegenseitigem Einvernehmen ausgeklammert werden können. Die beiden deutschen Teilstaaten werden bei einem Erfolg der Gespräche notwendig an Bedeutung verlieren und nicht weiter, wie es die „Neue Zürcher Zeitung" ausgedrückt hat, „von den Dividenden des Kalten Krieges leben können". Es wird ihnen nichts übrig bleiben, als sich entweder mit der nationalen Spaltung und einem anomalen Status quo in Berlin abzufinden, oder selber die Initiative zu einer gemeinsamen Lösung zu ergreifen. Sie können sich nicht mehr darauf hinausreden, daß ihre Zusammenarbeit mißdeutet werden könnte, da die beiden Vorkämpfer des Kalten Krieges die Waffen begraben wollen.

Die Deutschen haben die Chance verpaßt, sich als Brückenland zwischen Ost und West anzubieten, sie wurden dafür der gefährlichste Zündstoff zwischen den beiden Welten. Nun, da die beiden Weltmächte im Begriffe sind, ohne die beiden deutschen Teilstaaten einen modus vivendi zu finden, bleibt ihnen nichts zu tun, als mit einander zu reden und trotz aller inneren und äußeren Widerstände einen Weg zueinander zu finden.

Philipp Wehr, MdB

Randbemerkungen zu Genf

Es gibt zwei Wege, einen Streit zu beenden:
friedliche Erörterung oder die Gewalt.
Das letztere Mittel ist das der wilden Tiere,
das erstere ziemt sich für vernünftige Wesen.

Cicero

Dieses Wort sollte Herrn William S. Schlamm in das Stammbuch geschrieben werden, aber so deutlich und lesbar, daß alle seine möglichen Epigonen sich nicht mit Unwissenheit entschuldigen können. 2000 Jahre alte Weisheit sollte aber auch den eifrigsten Vertretern abendländischer Kultur noch etwas bedeuten, zumal dann, wenn sie im Gewande verantwortlicher Politiker auftreten.

Der Herr Bundesaußenminister und die Bundesregierung hatten in der Schlußphase der Genfer Konferenz einen Anlauf genommen, der vermuten ließ, daß solche Überlegungen möglich sind. Allerdings wurde dieser Anlauf mit dem falschen Fuße begonnen und der Absprung mußte unterbleiben. Das angedeutete Angebot eines Nichtangriffspaktes mit Polen und der tschechoslowakischen Republik und das Schicksal dieses Angebotes hat das deutlich gemacht.

Die Bundesregierung unterliegt der gleichen Fehleinschätzung, wie sie einem großen Teil der Menschen unserer Zeit eigen ist. Es muß klar gesehen werden, daß das Dilemma unserer Zeit nicht erst im Jahre 1945 begann, daß der kalte Krieg zwischen Ost und West nicht eine Nachfolgeerscheinung des zweiten Weltkrieges ist und daß das deutsche Schicksal sich nicht dadurch erträglich gestalten läßt, indem wir so tun, als gäbe es keine deutsche Vergangenheit, die manchen Völkern sehr deutlich ins Bewußtsein geprägt worden ist. Es ist nicht immer Bescheidenheit, die manchmal über die eigene Vergangenheit schweigt, es kann Scham sein, aber es kann auch der Wunsch sein, daß die Mitwisser das Schlechte vergessen werden. Das gilt nicht nur für die Deutschen allein, es gilt für alle Völker und für deren politische Verantwortliche, die die Geschichte der letzten Generationen mitgestaltet haben.

Der kalte Krieg begann 1917 mit der russischen Revolution. Er hat bis heute nicht aufgehört und wird solange weiterdauern, wie sich die gegensätzlichen Gesellschaftssysteme des Kapitalismus und des Bolschewismus gegenüberstehen, wenn nicht eine andere Alternative es beiden Systemen ermöglicht, eine den Menschen erträglichere Form des gesellschaftlichen Seins anzunehmen. Träger dieser Alternative können nicht die Exponenten der kapitalistischen oder der bolschewistischen Gesellschaftsordnung sein. Sie bedingen einander zu sehr, als daß sie frei wären, einer Alternative Raum zu geben. Ohne die am Menschen sündenfällig gewordene kapitalistische Gesellschaftsordnung gäbe es keinen Bolschewismus und auch keinen Faschismus. Das wurde sehr deutlich, als ein bekannter Industrieller nach 1945 bekannte, daß er und seine Freunde sich geirrt hatten, als sie der Meinung waren, den Bolschewismus am besten mit dem Faschismus zu bekämpfen. Dieser Irrtum wurde ein sehr wesentlicher Teil der deutschen Geschichte. Die Trümmer-, Blut- und Tränenspur dieses Irrtums ist in der Welt noch nicht verschwunden.

Aus diesem Irrtum heraus kam es auch zu dem verhängnisvollen Hitler-Stalin-Pakt, wobei das polnische Volk der leidtragende Teil wurde.

Dieser Irrtum der tragenden Kräfte der kapitalistischen Gesellschaft ermöglichte es Hitler, seine Ausrottungspläne gegenüber dem tschechischen Volk zu ent-

werfen und anzukündigen: 10 Millionen Tschechen sollten entweder eingedeutscht oder nach Osten abgeschoben werden.

Wer will es diesen Völkern verübeln, wenn sie eine solche Politik nicht so leicht vergessen, wie manche Deutschen?

Sie erinnern sich auch daran, daß es schon einmal deutsche Nichtangriffspakte des Herrn Hitler gab und haben erleben müssen, was daraus geworden ist. Das war nicht Hitler allein, der das alles ausgeheckt hat und mit den Kriegsverbrecherprozessen sind nicht alle Akteure dieser verhängnisvollen Periode deutscher Geschichte verschwunden. Es gehört eben zum Geschichtsbild, das sich die Welt von uns Deutschen macht, daß wir nicht von Unschuldsengeln regiert worden sind.

So erinnert man sich sehr wohl, daß der Verhandlungsleiter der Bonner Delegation in Genf, Herr Prof. Dr. G r e w e in den „Monatsheften für Auswärtige Politik" im September 1940 die Nazi-Politik in Polen und der Tschechoslowakei verteidigte und sich auch nicht scheute, den Überfall vom 22. Juni 1941 auf die Sowjet-Union in den gleichen Heften zu rechtfertigen. Die „Neue Rheinzeitung" hatte nicht so Unrecht, als sie am 29. Juni 1955 darauf hinwies, daß die französischen Teilnehmer an der Berliner Konferenz Herrn G r e w e und Herrn B l a n k e n h o r n als „Les petits Nazis de Monsieur A d e n a u e r" bezeichneten. Sie sind es geblieben.

Denn nur aus dieser bornierten Einstellung heraus konnte der Glaube erwachsen, daß das Angebot von Nichtangriffspakten gegenüber Nationen, die einmal das Objekt der deutschen Politik waren und zum Teil die Opfer der Gutgläubigkeit wurden, die Probleme des deutschen Volkes lösen würde. Dabei sollten wir nicht übersehen, daß diese Nichtangriffspakte nichts beinhalten über Rüstungsbeschränkungen, Atomwaffenfreiheit, begrenzt militarisierte Räume, oder zu solchen Schritten verpflichten, noch würden diese Pakte die Mitgliedschaft der beteiligten Staaten in Militärblöcken berühren. Sollte in all diesen Ausklammerungen eventuell der Schlüssel für die Vorliebe der Bundesrepublik liegen, solche zweiseitigen Nichtangriffspakte vorzuschlagen? Es ist aber nicht allein die Frage, wer solche Angebote macht, sondern vor allen Dingen eine Angelegenheit der Vorbereitung des Bodens und des Klimas, daß eine solche Saat keimen kann. Aus dem Angebot wurde nichts, weil bestimmte Kreise der CDU in den Vertriebenenverbänden (die baltischen Barone) verstanden haben, diese kleinen Ansätze einer friedlichen Erörterung zu zertreten. Schützenhilfe leisteten ihnen dabei die Herren Bundes- und Landesminister S e e b o h m und S t a i n. Wer mit dem Blick nach Osten verkündet, daß es „Aufgabe der deutschen Jugend sein wird, Gebiete der Tschechoslowakei wieder zu besiedeln" oder verkündet: „Wir brauchen mehr Land!", der hat sich bestimmt ideologisch noch nicht gereinigt, und macht Angebote auf Gewaltverzicht unglaubwürdig.

So muß es auch wirken, wenn man die Aufmärsche mancher Jugendverbände sieht, die noch immer die Trommeln des Führers rühren und mit der in der Hitlerjugend üblichen Zackigkeit sich der Öffentlichkeit vorstellen. Diese Gruppen sind nicht groß, aber Gift hat eine schädliche Wirkung auch in kleinsten Dosen.

Die Bundesregierung sollte sich darüber klar werden, daß man eine fruchtbare Außenpolitik nur treiben kann, wenn man Beziehungen zu seinen Nachbarn hat, die sich auf den erprobten Bahnen internationaler Gepflogenheiten bewegen. Sie muß doch selbst gefühlt haben, daß die Hallstein-Doktrin tot ist. Diplomatische Beziehungen sind keine Sache, die man für gute Führung als Belohnung vergeben kann. Sie sind eine Notwendigkeit. Sie sind erst recht dann eine Notwendigkeit, wenn die nachbarlichen Verhältnisse schlecht sind. Es wird höchste Zeit, sich darauf zu besinnen, daß es unmöglich ist, Nachbarn, die im Völkerleben nicht ein-

fach das Grundstück wechseln können um fortzuziehen, nicht zur Kenntnis zu nehmen. Mit Nachbarn aber, mit denen die Grundstückgrenzen nicht geklärt sind, keine Aussprache zu suchen, ist töricht.

Solche Aussprachen sind nützlich, weil sie gegenseitig die Probleme abwägen lassen; dann wird nicht mehr Forderung gegen Forderung stehen, wobei jeder auf seinem Rechtsstandpunkt verharrt, weil er keinen Einblick in die Sorgen seines Nachbarn hat, vielmehr wird man sich verstehen lernen.

Es wird immer Irrtümer in der Politik geben; aber niemand ist frei, einen Irrtum zu begehen, weil ihm derzeitige Machtverhältnisse einen Irrtum erlauben. Das Verantwortungsbewußtsein wird sich am besten dadurch manifestieren, daß es eine Aussprache sucht mit denjenigen Kräften, die eine andere Meinung vertreten. Es war der große Irrtum der USA, 17 Jahre lang die Existenz der SU nicht anzuerkennen. Es war der Irrtum der Alliierten des 1. Weltkrieges in Versailles ein Friedensdiktat über Deutschland zu verhängen und den gutwilligen Kräften im Deutschland nach 1918 nicht die Möglichkeit zur Änderung der gesellschaftspolitischen Zustände zu gestatten. Die Irrtümer der deutschen Politik nannte ich bereits. Die Reihe auf beiden Seiten ließe sich noch sehr lange fortsetzen.

Es wird Aufgabe des Deutschen Bundestages sein, nicht länger gegenüber der Außenpolitik der Regierung abstinent zu sein. Es ist sicher im parlamentarischen Leben ein selten erreichter Rekord, daß sich ein demokratisches Parlament über einundeinhalbes Jahr nicht um die Außenpolitik der Regierung bemüht. Sicher gab es Gründe, nicht alle Erwägungen vor offenem Fenster auszutragen. Hierfür hätte sich ein Modus vivendi finden lassen, zumal es der Opposition niemals darauf ankam, die eigene Regierung vor dem Auslande zu desavouieren. Eines müßte eine solche Aussprache aber deutlich werden lassen: Was nach Meinung der Bundesregierung der eigene Beitrag zu einer Politik der Entspannung, zur Wiedervereinigungsfrage und zum Problem Berlin sein soll.

Zu diesem Thema sind der Welt bereits eine große Zahl von Vorstellungen übermittelt worden, die beweisen, daß man Wege finden kann. Ob bei diesen Plänen Rapacki, Kennan, die Labour Party oder die SPD als Väter genannt werden, ist nicht ausschlaggebend. Wichtig ist, daß diese Vorschläge gemacht wurden. Noch wichtiger ist, daß solche Vorstellungen überhaupt im internationalen Rahmen diskutiert werden und mit Gegenmeinungen konfrontiert werden. Denn es ist nämlich auch für einen Vater interessant, zu erfahren, ob sein Kind Fehler hat, die er womöglich übersehen hatte.

Noch erfreulicher wäre es, auch den Bundeskanzler als Vater einer eigenen Idee begrüßen zu können. Vieles, was man im Familienleben entschuldigen kann, kann man in der Politik nicht. Dazu gehört Sterilität oder Starrköpfigkeit. Oder besser gesagt: Eine Politik, die nur einen status quo verlangt. Ebensowenig wie sich das Leben um den Augenblick schert und ihn bedenkenlos Vergangenheit werden läßt, ebensowenig ist das Leben der Völker geeignet, dem Wandel entzogen zu werden. Das Verhalten der Menschen, ihre ständigen Reaktionen auf bestehende oder gewordene Zustände widerstrebt einem status quo. Eine solche Politik heißt zudem Verzicht auf eigenes Einwirken zur Gestaltung der Zukunft unseres Volkes. Sie ist im eigentlichen Sinne nicht mehr Politik. Die 14 Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen haben uns durch die Ideenlosigkeit der Bundesregierung immer weiter in die Rolle eines Objektes der Politik anderer gebracht.

Selbst dort, wo sich die Bereitwilligkeit der Siegermächte zeigte, uns aus dieser negativen Rolle herauszuhelfen, war dieses Versagen zu spüren. Warum fürchtet denn die Bundesregierung, daß in einem Gesamtdeutschen Ausschuß die Möglichkeiten und Voraussetzungen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands

geprüft werden? Nachdem man in Genf, wenn auch unter demonstrativer Abwesenheit des Außenministers, unter einem gemeinsamen Dach die gleiche Konferenzluft geatmet hat, klingt es nicht mehr sehr glaubwürdig, zu behaupten, damit werde die DDR anerkannt. Das sind doch Vorstellungen, die wohl die theoretische Denkweise eines Diplomaten beeinflussen können, nicht aber die überwiegende Zahl der realpolitisch denkenden Menschen. Das Beispiel Rußlands hat gezeigt, daß man eine solche Politik wohl jahrelang treiben kann, daß sie sich aber später rächt. Uns Deutschen nimmt niemand die Verantwortung für die Wiedervereinigung ab, sie kann nicht von außen vollzogen werden. Gewiß brauchen wir die Hilfe der Großmächte, denn gegen ihren Willen läßt sie sich nicht vollbringen. Sie können auch nicht einfach aus den Irrtümern von Yalta und Potsdam davonschleichen und uns einfach unserem Schicksal überlassen. Das würde nur den Konfliktstoff in der Welt konservieren. Aber unsere eigene Initiative kann nicht entbehrt werden. Letzten Endes muß doch die Inneneinrichtung des neuen Hauses von den Bewohnern selbst gestaltet werden, wenn sie sich darin heimisch fühlen wollen und das friedliche Zusammenleben möglich sein soll. Denn im Falle häuslichen Unfriedens hätte eine in dieser Hinsicht interessierte Macht jederzeit die Möglichkeit, eine neue, vielleicht für unser Volk tödliche Krise aufbrechen zu lassen.

Die Hilfe der Großmächte in Anspruch nehmen kann man aber auch nur, wenn einem die Hilfe von allen gemeinsam zu Teil wird. Diese Gemeinsamkeit ist aber nur auf einem Boden der Entspannung der Gegensätze zu erwarten. Wenn die Bundesrepublik hier etwas tun kann, dann kann es nur der Verzicht darauf sein, sich an eine Militärblockpolitik zu binden und weiter der Verzicht, bei der eigenen Aufrüstung kurz zu treten. Was zur Zeit geschieht, ist das Gegenteil. Das verscherzt uns sogar die Sympathien im Westen. In Frankreich fürchtet man noch immer deutsches Militär; und man hat nicht nur bei de Gaulle Sorge, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zur Hegemonie in Europa streben wird. Vielleicht erleben wir doch noch den Tag, daß man im Kreise der Bundesregierung umdenkt. Aber mit Spätzündung allein ist es auch nicht getan.

Längst hätte einmal überprüft werden müssen, welche Rolle eigentlich die Rüstungsindustrie in diesem Ost-West-Konflikt spielt. Diese Rolle ist nicht unbedeutend und man muß kein Gegner des kapitalistischen Wirtschaftssystems sein, um nicht das Verhängnis zu sehen, das die Milliardenziffern der Rüstungsetats herbeigeführt haben. Der Rahmen dieses Aufsatzes ist zu eng, das ganze Gebiet zu durchleuchten. Nur auf eines sei hingewiesen:

Die Größe und die Regelmäßigkeit der Rüstungsetats (z. Zt. £ 71 000 000 täglich) aller am Ost-West-Konflikt beteiligten Nationen haben den Volkswirtschaften nicht nur eine fast unerträgliche Bürde aufgedrückt, sondern haben die Volkswirtschaften dieser Nationen selbst so weit davon abhängig gemacht, daß bei einer Änderung dieser Politik kaum krisenhafte Erscheinungen zu vermeiden sind. In der kapitalistischen Wirtschaft wiegen solche Überlegungen schwerer, als bei den Staatswirtschaften des Ostblocks. Diese sind leichter umzustellen, und die Rendite spielt in einer solchen Wirtschaft keine ausschlaggebende Rolle. Die westlichen Volkswirtschaften würden aber schmerzvoll daran erinnert werden, daß die Milliarden für die Rüstungsproduktion im Sozialprodukt eine wesentliche Rolle spielen und sich nicht ohne Schockwirkung einfach streichen lassen. Derartige Aufträge sind mit eigens dazu errichteten Produktionsstätten gekoppelt, sie sind auf Jahre hinaus als Entwicklungsaufträge geplant und Hunderttausende von Arbeitskräften sind daran gebunden worden. Wer die Abrüstung will, wer Entspannung in der Welt schaffen will, kann an diesem Problem nicht vorübergehen. Er muß beachten, daß schon allein ökonomische Gewohnheiten und Über-

legungen zu einer Automatik führen, die am Ende durch politische Mittel nur schwierig wieder beseitigt werden kann. Es ist nicht unbedingt allein das Profitstreben gewissenloser Rüstungsindustrieller, die diese Automatik auslöst, sondern die Gewöhnung an Milliardenetats öffentlicher Haushalte kann einer Volkswirtschaft und deren Exponenten eine Rolle zuweisen, von der die Politiker nachher behaupten: Das haben wir nicht gewollt!

Es wird also auch wirtschaftspolitischer Überlegungen bedürfen, um dem Verhängnis automatischer Entwicklungen auszuweichen. Hier hat die SPD Überlegungen angestellt und hat die Bundesregierung auf Möglichkeiten in den technisch unterentwickelten Teilen der Welt verwiesen. Eine internationale Ansprache dieses Problems dürfte sehr schnell zu der Erkenntnis führen, daß die Abrüstung keine Wirtschaftskrise bringen muß. In der Welt gibt es noch unendliche Bedürfnisse zu befriedigen, die durchaus auch einer kapitalistisch orientierten Wirtschaft eine Aufgabe bieten könnten. Vernünftig und natürlich wäre es, Ost und West fänden sich dabei zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Vielleicht können gemeinsame Wirtschaftsaufgaben zu einer anderen Form von Verständigung führen und tatsächlich eine erträgliche Koexistenz einleiten. Verantwortliche Politiker müssen auch diese Frage prüfen.

Prof. Dr. K a r l R o d e

Zum 1. September 1939

Welche Schlußfolgerungen müssen aus den Erfahrungen des 2. Weltkrieges gezogen werden? Diese Frage setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, „aus der Geschichte zu lernen", d. h. aus neuen Erfahrungen neue Folgerungen zu ziehen. Eine solche Voraussetzung besteht weithin nicht.

Es scheint immer noch jenes Sprichwort der weltklugen Römer zu gelten „memoria praeteritorum malorum juncunda est", was in gegenwärtiges Deutsch übersetzt etwa lautet: Groschenschmöker über den zweiten Weltkrieg zu lesen, ist angenehm, und sie herzustellen und zu verbreiten, bringt die Annehmlichkeit eines guten Geschäfts. Derweil schwelgen die Kriegervereine — nach Waffengattungen, Truppenteilen und Frontabschnitten sauber geordnet — in der Erinnerung vergangener Übel, der erlittenen Strapazen wie der verrichteten Taten. Und damit verbinden einige von ihnen, gewiß nicht alle, den Wunsch, es möge die „Jugend von heute", die halbstarke wie die ganz idealistische, des von der Mehrheit ja schließlich doch überstandenen Stahlbades auch teilhaftig werden. Denn nach dem anderen lapidaren Spruch unserer römischen Vorkämpfer von dem „süßen und ehrenvollen Sterben für das Vaterland" kann ja das Leben für das Vaterland an Ehrwürdigkeit mit dem Heldentod sich nicht messen. Dazu tritt dann noch auf der philosophischen Ebene die Offenbarung des griechischen Weisen H e r a k l i t — auch der Dunkle genannt —, daß der „Krieg der Vater aller Dinge" sei. Die Rüstungsgewinnler und die Kernphysiker aller Länder können nicht umhin, die Richtigkeit dieses Satzes zu bestätigen. Dazu kommen noch die Vertreter der Zubringerindustrie, an der fast jeder von uns, auch gegen eigenen Wunsch und Willen, mittelbar beteiligt ist.

Welch' andere Folgerungen sollen denn alle diese Leute aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges ziehen als die Befolgung des Kommandos in der Putz- und Flickstube des preußischen Kommiß alter Art beim Erscheinen eines höheren Vorgesetzten, nämlich: „Weitermachen!". Das Essen nicht zu vergessen. Dabei wurde, wie alle Kenner wissen, die Mannschaft in Ruhe gelassen und durfte ohne Kommando weitermachen. Also wird weiter geflickt, weiter geputzt und weiter gegessen. Bis es dann eines Tages wieder erschallt: „Raustreten!", nämlich zum Empfang eiserner Rationen und scharfer Munition, und wir also mit der Stoffsammlung von Erfahrungsfrüchten des 3. Weltkrieges beginnen können. In diesem Kreislauf bewährter Erfahrung und zwangsläufiger Folgen hat unsere Frage nur einen Sinn für die Taktiker und die Techniker und allenfalls noch die Uniformfabrikanten.

Seit Heraklit und seit der Spruchweisheit der römischen Republik ist aber zweierlei geschehen, was die Menschen erschütterte:

Golgatha und Hiroshima

Wer diese beiden Ereignisse der Menschheitswende nicht ernst nimmt, scheidet als ernster Gesprächspartner im Ringen um die Antwort auf unsere Frage aus, auch die geschätzten Freunde der Sowjet-Union scheiden aus, wenn sie die freilich bemerkenswerte Oktoberrevolution für wichtiger und folgenschwerer halten als den Opfertod des Gottessohnes für alle Menschen und den ersten Schritt zur technischen Vernichtung des irdischen Lebens.

Es scheiden aus

die Schriftgelehrten und religiösen Patrioten, die damals wie heute den Heiland der Welt Verräter an Volk und Vaterland nennen und nach ihm seine Jünger je nach geltendem Zeitstil auf die Scheiterhaufen, in die Konzentrationslager und Zuchthäuser oder in den bürgerlichen Verruf bringen.

die Statthalter, Satrapen und Satelliten, die aus taktischen Erwägungen und um ihrer Karriere willen das Urteil sprechen und danach ihre Hände in Unschuld waschen,

die Kriegsknechte aller Waffengattungen, die im schuldigen Gehorsam jederzeit den Menschensohn und alle sonstigen Menschenkinder ans Kreuz zu schlagen bereit sind, und danach um den Mantel würfeln,

und schließlich das „Volk", das zu allen Zeiten den Exekutionen beiwohnt — mit heimlichem Schauder oder offener Wollust, auf den Märkten und Galgenbergen und — vor den Breitwänden und Fernsehschirmen.

Für diejenigen, die dann noch bleiben, gibt es nur den Weg der Umkehr, worunter sie etwas anderes verstehen als die Fortschrittsapostel, wenn sie die Reaktionäre meinen.

Am Anfang dieses Weges steht der feste Entschluß, nicht ein drittes Mal mitschuldig zu werden, sei es aus Feigheit, sei es aus Unwissen.

Auf diesem Wege liegt die tägliche Pflicht, den freundlichen und den feindlichen Brüdern ins Gewissen zu reden, das Wissen voneinander zu vertiefen und den Mut zur Freiheit des Denkens und Entscheidens zu stärken.

Am Ende des Weges winkt weder das Paradies auf Erden, noch ein Denkmal für Menschenfreunde, nicht einmal die lang entbehrte Genugtuung, auf seiten der Gewinner gestritten und gelitten zu haben, sondern einzig und allein die Gewißheit, dem Frieden mit allen Kräften gedient zu haben —

auch zwischen den Menschen, die nicht guten Willens sind,

und der Wahrheit, die anders ist als die Beteuerungen und Doktrinen und Haßschwüre hüben und drüben,

und der Gerechtigkeit, die mehr ist als Strafe für den Übeltäter und Befriedigung der Rachsucht für den, der es sich leisten kann.

Wer diesen Weg beschreitet, muß sich freilich darauf gefaßt machen, von beiden Seiten als Spielverderber oder Verräter verketzert und wohl auch für abwegige Zwecke mißbraucht und dann wechselseitig für eben diese Zwecke verantwortlich gemacht zu werden.

Es ist nämlich nicht der Weg von Säulenheiligen und Schmollwinkel-Advokaten, sondern der von erfahrenen, wachen, unbestechlichen Weltbürgern, die im vollen Umfang und nach besten Kräften an den Dingen dieser Welt teilhaben.

Hier wird überhaupt nicht Gesinnungsethik und Seelenhygiene gepredigt, sondern verlangt wird praktisches Tun für den Ausbruch aus dem Teufelskreis, von dem die Rede war. Das ist glücklicherweise keine Utopie mehr. Allen Mitteln der Massenverdummung zum Trotz beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Mächtigen dieser Welt — mit und ohne parlamentarische Vollmacht — nicht mehr tun und lassen können, was ihnen gefällt, sondern daß sie unabhängig von verdienter oder unverdienter Zustimmung die wahre Stimmung und die echten Wünsche ihrer Völker beachten müssen. Und die wollen l e b e n und lassen sich nicht mehr länger einreden, daß zuvor ein Weltuntergang riskiert werden müsse. Die Menschheit beginnt, mündig zu werden. Laßt uns dieses Beginnen fördern. Denn wer Erkenntnis gewonnen hat, dem ist nicht mehr erlaubt, zu leben als hätte er sie nicht.

Prof. Dr. M i c h a e l S e i d l m a y e r

Eine Theologie und eine Philosophie der atomaren Selbstvernichtung: P. Gundlach S. J. und Karl Jaspers

Auf der von der „Katholischen Akademie in Bayern" Ende Februar 1959 in Würzburg veranstalteten Atomkriegstagung[1]), hielt der Professor (und bis vor kurzem Rektor) der päpstlichen Gregoriana in Rom, P. Gustav G u n d l a c h S. J., ein Referat, das laut Tagungsprogramm „Die Lehre P i u s ' XII. zum Atomkrieg" hätte darstellen sollen. Die offiziell kirchlich-katholische Presse hat den Vortrag so ziemlich einhellig in hohen und höchsten Tönen angepriesen. „Die hochbedeutsame Interpretation der Lehre Pius' XII.", erklärte etwa die „Herder-Korrespondenz", „ist geeignet, die notwendige Klarheit in dieser wichtigen Frage zu schaffen" [2]). Trotzdem, oder eben deshalb gibt es seitdem innerhalb der christlichen bzw. katholischen Atomdebatte so etwas wie einen „Fall Gundlach". Er weist zwei verschiedene Aspekte auf.

Der eine davon, das eigentliche Thema des Vortrags betreffend, steht mit der folgenden Untersuchung nur in einem lockeren Zusammenhang, er soll daher hier nur in aller Kürze angedeutet werden, um dem Leser dieser Zeitschrift einen Überblick über die Gesamtsituation zu ermöglichen. Seit jenem Vortrag steht Gundlach — insbesondere von seiten des Verfassers dieses Aufsatzes[3]) — unter der Anklage, die „Lehre Pius' XII" nur unter grober Verfälschung des Sachverhaltes dargestellt zu haben. Und zwar — es ist nicht der einzige, wohl aber der entscheidendste Punkt — dadurch, daß er jene Erklärung des Papstes vom September 1954, in der er die ethische Erlaubtheit eines atomaren Verteidigungs-

krieges strikt und *absolut* an die Norm der „Kontrollierbarkeit" der physischen Wirkungen der angewendeten Vernichtungswaffen gebunden hatte, seinen Hörern und Lesern vorenthalten, bzw. das einzige, von ihm willkürlich aus dem Zusammenhang gerissene Satzfetzchen in falscher, d. h. in sinnentstellender Übersetzung des französischen Originaltextes wiedergegeben hat. Mit diesem Verfahren hat Gundlach selbstverständlich die Gewissen derjenigen Katholiken, die auch die in einfachen päpstlichen Ansprachen formulierten Weisungen (mehr oder weniger) als bindend erachten, grob irregeführt; dies um so mehr, als er für seine eigenen Ausführungen (als der angeblich päpstlichen Lehre) einen kirchlichen Autoritätsanspruch erhob, der ihm auf keinen Fall zukommt. Die Frage, auf welche Weise Gundlach zu einer solchen *substantiellen* Entstellung der Lehre Pius' XII. gelangte, muß (und kann) hier natürlich beiseite gelassen werden; es läßt sich vielleicht dazu nur so viel sagen, daß es eben innere Befangenheiten und Vorentscheidungen gibt, die auch einen gewiegten alten Professor gegenüber dem klarsten und eindeutigsten Aussagegehalt eines Textes blind machen können. Von einer Gundlach sehr nahe stehenden Seite wurde die Meinung geäußert, daß der gegen ihn erhobene Vorwurf „für einen wirklichen Wissenschaftler tödlich" sei. Gundlach selbst schweigt sich (bis heute) dazu aus. Damit ist auch für uns dieses Kapitel abgeschlossen.

Der andere Aspekt geht auf den Kern der Sache selbst. Krieg ist, so führt Gundlach aus, „Gewaltanwendung im Dienste des Rechts, das wesentlich zur Friedensordnung gehört", er ist also „Strafaktion" im Dienste einer Rechtsgemeinschaft, und deshalb sei auch die Lehre vom Krieg von den alten Scholastikern „in der Lehre von der *Charitas* untergebracht" worden. (Wir verzichten hier darauf, diese Auffassung vom Krieg mit der historischen Wirklichkeit „Krieg", wie sie durch die jahrhundertelange Geschichte der christlichen Völker und Staaten in Erscheinung tritt, zu konfrontieren — es würde für sie zu niederschmetternd ausfallen!). Rechts- und Friedensordnung ist *„Weltordnung Gottes"*: wäre ihre Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung durch Gewalt „grundsätzlich in irgendeinem Fall" nicht erzwingbar, so „wäre sie als Ordnung in der Welt von sich aus unzureichend, was nicht denkbar ist" (daher kann und darf der Staat als Träger dieser Rechtsordnung auch nicht die Bergpredigt befolgen). Und ob die Wiederherstellung der Ordnung im Verteidigungs- oder im Angriffskrieg geschieht, das „macht zuletzt keinen Unterschied". Die *„Ordnung Gottes in der Welt"* und die *„Treueverpflichtung"* zu ihr ist also „ein allererstes christliches Anliegen". Auch in einem Atomkrieg seien daher, ungeachtet natürlich der schwersten „materiellen" Opfer, die *„an sich objektiv höchsten Güter"*, die *„echten Menschtumswerte"* zu verteidigen; als solche nennt Gundlach die Religion, die christliche Familie, die „wesentlichen Elemente der Personenrechte". Die Verteidigung verweigern, hieße „einfachhin die materiellen Werte derartig voranstellen, daß wir für die immateriellen Werte keine rechte Wertschätzung mehr haben". Das wäre *„Sozialeudämonismus"*, der „mit dem wahren Prinzip der Sittlichkeit des Menschen als gottgeschaffenen und von Gott erlösten Geistwesens unvereinbar ist". Der wahrhaft neue „Fund und Wurf" des Theologen Gundlach ist aber erst dies: „Ja sogar der *Untergang eines ganzen Volkes in der Manifestation der Treue zu Gott* gegen einen ungerechten Angreifer — warum nicht auch *als* Angreifer (s. oben)?? — kann einen solchen Wert darstellen, daß dies gerechtfertigt wäre" (S. 8). „Ja, *wenn die Welt untergehen sollte* dabei — nämlich in dem „möglichen Fall, wo nur noch eine Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung, die wir als Menschen (eben in der „Treuverpflichtung" zu Gott) schulden, als Erfolg bliebe" — dann wäre auch das kein Argument gegen unsere Argumentation" (S. 13). Im Gegenteil, es wäre nach Gundlach offen-

bar ein Zeichen echter „moralischer Kraft in einem (vom „Wirtschaftswunder" sittlich noch nicht zerfressenen) Volk", wenn es in solcher Weise den letzten Einsatz wagen würde (vgl. S. 11 f.). Die Begründung dafür hört sich wohl etwas seltsam an. Einmal: „Wir haben ja die sichere Gewißheit dafür, daß die Welt nicht ewig dauert" — es kommt also (so ist das „Argument" leicht zu verdeutlichen), schließlich nicht darauf an, ob die Welt ein wenig früher oder später untergeht (freilich, was der ganzen Menschheit gegenüber Recht ist, ist wohl dem Einzelmenschen gegenüber erst recht billig — die Auslöschung beispielsweise „lebensunwerten" Lebens, das ja auch einmal von selbst zu Ende gegangen wäre, durch den Nationalsozialismus wäre also ganz in Ordnung gewesen??). Und zum andern: „Wir können dann sagen, *daß Gott der Herr*, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat oder hineinkommen ließ, wo wir dieses Treuebekenntnis zu seiner Ordnung ablegen müssen, *dann auch die Verantwortung übernimmt.*" Wie aber, wenn wir in diese „Situation" doch nicht *nur* durch die „Vorsehung", sondern vielleicht *auch* — liegt das denn gar so fern?? — durch Schuld und Versagen unser selbst hinein kämen?? Wie dem auch sei, der Theologe Gundlach jedenfalls weiß genau, was sich Gott alles an „Verantwortung" von uns in die Schuhe schieben ließe — bis zu dieser letzten Ungeheuerlichkeit einer bewußten Vernichtung der Welt in der totalen Verkehrung des dem Menschen übertragenen „dominium terrae".

Der langen Rede kurzer Sinn: ob jene „an sich objektiv höchsten Güter" auf der Erde (auch nur relativ) gerettet werden oder nicht, ob die gebrochene „Rechts- und Friedensordnung" — die es ja doch einmal nur geben kann, solange eben Menschen als ihre Träger existieren — wiederhergestellt wird oder nicht: darauf kommt es letztlich gar nicht mehr an. Es genügt vielmehr für das Recht oder sogar die Pflicht zum atomaren „Verteidigungs"krieg, daß „nur irgendwie eine Aussicht besteht, dem Gegner wirksam zu begegnen" — d. h. also, wenn man schon selbst keine Aussicht auf Erfolg und Überleben mehr hat, dann wenigstens auch den andern (und vielleicht die ganze Menschheit, einschließlich der Neutralen!), mit ins totale Verderben hereinzureißen. Sicherlich, ein wahrhaft erstaunliches „christliches" Plädoyer für einen möglichen, sittlich sogar ausgesprochen hochstehenden Völker- und Menschheitsmord und -Selbstmord — unter der Flagge: „Lehre Pius' XII." segelnd!

*

Wir verlassen jedoch vorerst den Theologen Gundlach und befragen den Philosophen Jaspers[4]). Karl Jaspers' ganzes, weitläufig über 500 Seiten sich erstreckendes Philosophieren über das „politische Bewußtsein in unserer Zeit" dreht sich um den einen Angelpunkt: „die mögliche Alternative zwischen Totalitarismus und Atombombe oder zwischen Zerstörung der Freiheit menschenwürdigen Lebens und dem möglichen Untergang aller Menschen . . ., als dem Opfer, das das totale der Menschheit werden könnte". Denn „Atombombe und Totalitarismus sind die beiden *End*formen der Vernichtung" (S. 107, 399). Dabei ist er sich bewußt, daß angesichts solcher letzter und absoluter Lebensbedrohung ein Krieg kaum mehr durch eine voll überlegte, freie Willensentscheidung zustande kommen könnte, sondern (abgesehen vom „Druckknopfkrieg") nur mehr in der Weise, daß „niemand mehr wagt, nein zu sagen, und zustimmt, obgleich er dagegen ist. Jeder hat Angst vor dem andern . . . Niemand will, und es geschieht doch" (S. 105, 233). Und Jaspers versperrt auch — was ihm hoch angerechnet sei! — dem Leser jede Flucht in Illusionen und Selbsttäuschungen: in die Selbsttäuschung, die sich bei der Unterscheidung zwischen den (ja gar nicht *so* schlimmen)

„taktischen" und den (schließlich nicht zur Verwendung kommenden) „strategischen" Bomben beruhigt, und ganz besonders in die „verhängnisvolle" und doch bekanntlich so allbeliebte Selbstvertröstung, daß man die Atombomben ja nur zur Drohung oder Abschreckung benötige: „Wer unter keinen Umständen die Bombe anwenden will, brauchte sie auch nicht herzustellen ... Eine nicht ernstgemeinte Drohung ist keine Drohung" (S. 103, 223 f. und 54). Und im Ernstfall: es gäbe keine Abwehr (keine „Verteidigung") mehr, sondern nur noch Vergeltung (S. 96)!

Trotzdem (oder besser: deswegen): „Die Selbstbehauptung der Freiheit ist nicht möglich ohne die *Bereitschaft zum totalen Opfer,* in dem die Menschheit zugrunde gehen würde." Dies nicht sehen zu wollen, „bedeutet den Verlust des Opfermuts. Opfer aber bleibt die Grundlage des eigentlichen Menschseins" (S. 144, 107). Dies ist so, denn „zwischen Freiheit und Totalitarismus handelt es sich um *Sein oder Nichtsein.* Was aus dem Prinzip der totalen Herrschaft getan wird, ist *in jedem Fall* schlecht ... Hier, wo es um das *Prinzip des Lebens selbst* geht — weil die Beraubung der Freiheit durch den Totalitarismus das Leben lebensunwert machen würde — ist *radikal,* ohne Kompromiß Nein zu sagen ... (Denn) Totalitarismus ist die ... Verwandlung der menschlichen Lebensbedingungen dorthin, wo der *Mensch aufhört, er selbst zu sein*" (S. 166, 228, 233). Daher gilt also, „daß nicht die Ehrfurcht vor dem Leben an sich, sondern die Ehrfurcht vor dem *Leben, das des Lebens würdig gelebt werden kann,* der letzte Maßstab ist ... Das Leben, das zu retten der zur Freiheit geborene Mensch alles tut, was möglich ist, ist *mehr als Leben.* Darum kann das *Leben als Dasein,* wie das einzelne Leben, so *alles Leben,* eingesetzt und *geopfert* werden, um des lebenswürdigen Lebens willen" (S. 231; ähnlich S. 22, 479 u. ö.). Und daher darf die Ausschaltung der Atombombe „nicht um den Preis der Möglichkeit eines *eigentlich menschlichen Lebens* geschehen" (S. 235).

*

Das genügt zunächst. Gundlach und Jaspers — ist es nur ein äußeres, zufälliges Zusammentreffen, daß beide in solcher Weise an ein und demselben Strang ziehen: atomare „Verteidigung", die kaltblütig auch die Völker- und Menschheitsvernichtung in ihre Rechnung mit einkalkuliert? Keineswegs. Es ist nicht mehr allzu schwer einzusehen: der altscholastische Jesuitentheologe und der Philosoph, für den alle christlichen Glaubensaussagen — einschließlich der Aussage „Gott" (s. S. 493) — nur die Funktion von „Chiffern" haben, sind (im Bereich unserer Thematik) in einem tiefen und letzten Sinn dennoch *eines* Geistes Kinder. *Jaspers ist nichts anderes als der in den säkularisierten „Vernunft"-Philosophen umgesetzte Theologe Gundlach,* oder — wie man lieber will — *Gundlach der mit dem theologischen Umhang verkleidete Philosoph Jaspers* (womit zugleich schon angedeutet ist, was in den Gundlach'schen Positionen an genuin *Christlichem* übrig bleibt — nichts!). Ihre Grundbegriffe, mit denen alles steht und fällt, heißen bei dem einen: „das Leben als Dasein", „das Prinzip des Lebens selbst", „das menschenwürdige Leben"; bei dem andern: „Weltordnung Gottes", „die an sich objektiv höchsten Güter", „die echten Menschtumswerte" — man kann sie ohne weiteres gegeneinander auswechseln, ohne daß sich an der Sache selbst etwas ändern würde. Und die einen wie die andern sind nicht nur als *Postulate* einer Idee des Absoluten als der verbindlichen Richtschnur unseres Handelns gemeint, vielmehr: *sie setzen dieses Absolute selbst als tatsächlich in der Welt existent voraus* — sonst könnte ihre „Verteidigung" von vorneherein nicht den *absoluten* Einsatz alles Lebens sittlich rechtfertigen oder gar fordern. Sie gehören aber

nicht der Welt der Realität an (und haben ihr nie angehört), sie sind nur Fiktionen (oder in Jaspers' Sprache: „Chiffern") — die abstrakten Produkte aus der Gedankenretorte, die in der philosophischen und theologischen Gelehrtenstube am Werk ist.

Fünf Jahrtausende umfaßt die Geschichte der Kulturmenschheit und in ihrem Ablauf alle nur erdenklichen, sei es theoretisch postulierten oder (noch mehr) praktisch gelebten Daseinsformen und Daseinsbedingungen dieser Milliarden von Menschen. Wie will Jaspers aus ihnen *das* herauspräparieren, was den hybriden Anspruch erheben dürfte, *allein* als „*das* Leben als Dasein", als „*das* Prinzip des Lebens selbst", als „das *eigentlich* menschliche Leben" Geltung zu haben? Denn wohlgemerkt — *darauf* kommt es ja hier an — nicht jenes Leben ist gemeint, das der *einzelne für sich* in eigener Entscheidung und eigener Verantwortung als lebenswürdig oder nicht mehr lebenswürdig erachten (und dann gegebenenfalls „opfern") mag, sondern das „eigentlich menschliche", das „lebenswürdige" Leben *als absolute Norm,* die über „Sein oder Nichtsein" der Völker, der Menschheit selbst zu befinden haben soll! Lassen wir die Vergangenheit ruhig beiseite: mehr als die Hälfte oder zwei Drittel der heutigen Menschheit — Jaspers selbst ist sich dessen bewußt (s. S. 108) — werden in Hunger, Elend und Krankheit geboren, vegetieren und sterben dahin in Hunger, Elend und Krankheit. Sie wollen zu essen haben, vor Hitze, Kälte, Seuchen usw. geschützt sein: *das* wäre *ihr* „lebenswürdiges" oder „menschenwürdiges" Dasein, *ihr* „Leben als Dasein" — sonst auf lange, lange hinaus nichts! Das „Leben, das mehr ist als Leben", die „an sich objektiv höchsten Güter" u. dergleichen (und sei es die „Freiheit"!) sind für sie nur ein Hohn. Wonach sie schreien, heißt ganz schlicht „Sozialeudämonismus" (wenn auch ein Sozialeudämonismus auf sehr bescheidener Stufe). *Sie haben Recht damit.* Und (um das gleich hier festzuhalten), sie um all jener wunderschönen und hochgeistigen Erfindungen abendländischer philosophischer oder theologischer Provenienz zu „opfern", wäre nichts als ordinärer Mord. Allerdings ein vielhundert-millionenfacher Mord.

Steht es mit Gundlachs „Weltordnung Gottes" etwa anders als mit Jaspers' „Leben als Dasein"? Gewiß, der Christ weiß, daß ihm mit dem „dominium terrae" der göttliche Befehl zur Ordnung der Welt aufgetragen ist. Er weiß auch — vielmehr: er *sollte* es wissen! — daß er, wenn er nur auf seine kleine oder große individuelle Sündhaftigkeit sieht, aber *diesen* Befehl mißachtet oder in seiner ganzen Schwere nicht ernst nimmt, nichts anderes tut, als „Mücken seihen und Kamele verschlucken" (Matth. 23, 24). Aber er weiß ebenso, einmal, daß die „göttliche Ordnung in der Welt" niemals mit einer bestimmten politischen, wirtschaftlichen, sozialen „Ordnung" identisch sein kann (und identifiziert werden *darf!),* sondern sich allein an dem allgemeinen, dafür um so unbedingteren Befehl zur Nächstenliebe in lebendiger Verantwortung für den Nächsten ausrichten muß. Und er weiß zum andern, daß er die wahre, die absolute „göttliche Ordnung" — die nichts anderes wäre als die „Ordnung" der Bergpredigt! — niemals verwirklicht hat, noch je auf dieser Erde verwirklichen wird (womit seiner unabdingbaren Verpflichtung, sich ihr so weit als nur immer möglich anzunähern, nicht der geringste Abbruch getan wird). Wohl, christliche Zeitalter der Vergangenheit, die noch arm an Welt-Erfahrung waren, mochten sich noch der idealistisch hochfliegenden Selbsttäuschung hingeben, daß sie — etwa im christlichen Imperium des Mittelalters oder dann in der Weltleitung, durch ein hierokratisches Papsttum — die absolute „Weltordnung Gottes" als „Civitas Dei" verwirklichen könnten; die Geschichte der Christenheit, und gerade auch die jener beiden Institutionen, müßte uns eine solche (damals noch unbewußte) Hybris wohl gründlich ausgetrieben haben! Heute noch irgendeine bestimmte politisch-sozial-

wirtschaftliche *und* geistige „Ordnung" — sei es etwa die feudalistische des sog. „christlichen Mittelalters" oder gar die kapitalistische des gegenwärtigen „christlichen Abendlandes" — als „die Weltordnung Gottes", in der jene „an sich objektiv höchsten Güter" gültig dargestellt seien, auszugeben und sie unter diesem Titel mit jenem Absolutheitsanspruch zu umkleiden, der um ihretwillen selbst die Weltvernichtung rechtfertigen könnte, das hieße nichts als vor der übrigen Welt den Namen Gottes verhöhnen — oder sich vor ihr lächerlich machen.

In der Hingabe an dieses „Leben als Dasein" oder in der „Treueverpflichtung" zu dieser „Weltordnung Gottes" erwarten also Jaspers und Gundlach wenigstens von einem Volk mit „moralischer Kraft" die „Bereitschaft zum totalen Opfer" (Jaspers S. 144; Gundlach (S. 8), nennt es „außerordentlichen, ja ungeheueren Einsatz", was, wie die obigen Zitate zeigen, auf das gleiche hinauskommt). Der Begriff „Opfer" ist bei Jaspers neben den Begriffen „Freiheit" und „Vernunft", die dritte große Säule, auf der seine ganzen Konstruktionen aufruhen: „Ohne Opfer kein Menschsein", „Opfer bleibt die Grundlage des eigentlichen Menschseins" (S. 92, 107, 234 u. ä. vielfach). Das ist eine hohe und wahre Erkenntnis — nur: auf die Völker- und Menschheitsvernichtung angewendet, wird sie — was bei einem Philosophen vom Range Jaspers' füglich in Erstaunen versetzen darf — schlicht gesagt, zur groben Falschmünzerei (und analog gilt das gleiche für den „ungeheueren Einsatz" im Sprachgebrauch Gundlachs). „Opfern" oder „Einsetzen" — als sittliche Tat — kann der Mensch immer nur *sich selbst* und was uneingeschränkt *sein* Eigentum ist: *das* gibt er in freiem Entschluß hin für höhere religiöse, sittliche oder geistige Werte oder im Dienst am Nächsten (so daß es bereits als sehr fraglich erscheinen muß, ob es noch „Opfer" genannt werden kann, wenn jemand sein Leben freiwillig beendet nur deswegen, weil es ihm nicht mehr als „lebenswürdig" erscheint). Aber wie so manche andere Begriffe aus der religiös-sittlichen Sphäre hat der moderne Sprachgebrauch ja auch den Begriff „Opfer" weitgehend ent-ethisiert, ja schlechterdings in sein Gegenteil pervertiert. H i t l e r hat in Stalingrad 100 000 deutsche Soldaten oder mehr „geopfert" — nicht *sie* (in ihrer Masse) haben *sich* geopfert, sie sind „geopfert", nämlich hingemordet worden. Verhielte es sich mit Jaspers' „Selbstopfer der Menschheit" (S. 200) — zur „Manifestation der Majestät Gottes und seiner Ordnung", wie Gundlach es sich vorstellt — etwa anders? Wohl liest man bei Jaspers: „Das Opfer muß als gemeinsames mitgewollt werden" (S. 74), aber er weiß selbst gut genug, was für eine billige Redefloskel das ist, denn er weiß genau, wie es in Wirklichkeit wäre: „Das Dasein der Menschheit überhaupt wird zum Opfer, *ohne daß die überwältigende Mehrzahl der Menschen dies will. Durch das Wagnis ihrer Minderheit* vollzieht sich das Selbstopfer des Menschendaseins überhaupt" (S. 234, dazu auch S. 231). Das wäre also dieselbe Minderheit, von deren maßgeblichen Repräsentanten „niemand mehr wagt, nein zu sagen, und zustimmt, obgleich er dagegen ist" (s. oben), und wie es im übrigen um die menschliche Qualität dieser Führer gerade auch in der Massendemokratie bestellt sein kann, das möge man bei Jaspers (S. 434 f.) selber nachlesen! Mit welchem Recht würde diese Minderheit es „wagen"? Mit jenem „Recht", mit dem Hitler das deutsche Volk, weil es seines „Führers" nicht mehr würdig und des „lebenswürdigen" Weiterlebens nicht mehr fähig sei, am liebsten ausgelöscht oder „geopfert" hätte. Mit diesem selben „Recht" und *mit keinem andern.* Und selbst den in jeder Hinsicht unmöglichen Fall vorausgesetzt, daß wenigstens ein einzelnes Volk (nicht zu reden von der „Menschheit", zu der ja schließlich auch die Neutralen gehören!) in einem konkreten Beschluß den Weg in den gemeinsamen Untergang wählen würden, selbst dann bliebe noch der Massenmord an den Kindern und den übrigen Beschluß- und Entscheidungsunfähigen. Oder will man

das sogenannte „Elternrecht" auch auf das „Einsetzen" und „Opfern" der Kinder ausdehnen? Deswegen etwa — denn das Opfer muß „sich für die Nachkommen verantwortlich wissen" (S. 291) — weil ihnen ja doch kein „Leben als Dasein" und kein „Leben, das mehr ist als Leben", mehr beschieden wäre, oder vielleicht auch, weil sie sonst (wie auf jener Würzburger Tagung in der Diskussion tatsächlich argumentiert wurde, aber auch von Gundlach selbst (S. 8) es angedeutet wird) einer staatlichen atheistischen Erziehung ausgeliefert würden, weil ihr Seelenheil also dann besser gleich durch ihre rechtzeitige Tötung sicherzustellen wäre?? Wäre das Rezept nicht in der ganzen bisherigen Menschengeschichte so einmalig infernalisch oder irrsinnig — man müßte eine Satire auf diese Ausgeburten eines „christlichen" und eines „humanitär"-philosophischen „Vernunftglaubens" (S. 490) schreiben.

Das eigentliche Grundmotiv, das diese neue apokalyptische Vision des Weltuntergangs, vielmehr der Weltzerstörung durch den Menschen selbst, heraufbeschwört, muß aber noch etwas genauer verdeutlicht und in seiner Tragfähigkeit untersucht werden. Es ist bei Jaspers eben jene „Freiheit", die erst das „eigentlich menschliche" oder „lebenswürdige" Leben begründet und gewährleistet. Gundlach drückt sich wohl etwas unbestimmter aus: „die wesentlichen Elemente der Personenrechte" (S. 11), wie sie Bestandteil jener „Weltordnung Gottes" sind; sein Interpret und Anwalt K. Forster (der Leiter der Würzburger Tagung), dagegen nimmt für die „absoluten menschlichen Werte" ebenso wie Jaspers auch einfach „die Freiheit" in Anspruch (SZ vom 21./22. März 59) (wobei — nur in Parenthese — immerhin gefragt werden darf, ob denn in der bisherigen Geschichte der Kirchen (nicht *nur* der römisch-katholischen), das Wort „Freiheit" wohl immer schon mit *so* großen Buchstaben geschrieben worden ist oder ob dies wenigstens heute, z. B. in gewissen staatskirchlichen Ländern, geschieht?) Diesem allein menschenwürdigen Dasein stellt Jaspers das Dasein im Totalitarismus gegenüber: „das funktionalisierte Dasein existenzlos sich wiederholenden Lebens, wo *der Mensch aufhört, Mensch zu sein*". Denn es besteht die *„Radikalität* des Entweder-Oder von Totalitarismus und Freiheit": das Dasein im Totalitarismus, nur „aus biologischer Fruchtbarkeit sich nährend, ... wäre das *Ende der Geschichte* bei erhalten bleibendem Dasein" (S. 156, 377, 399).

Jedoch Jaspers selbst ist sich darüber im klaren, daß „sich nur in der *Konstruktion* ein klares Bild ergibt ... Völker sind wie die einzelnen Menschen stets die *Wirklichkeit*, an der die Prinzipien nur eine *teilweise* Realisierung gewinnen" (S. 162, 173). Und mit der praktischen Anwendung jener doktrinären — und das heißt also: simplifizierenden — Formeln auf die gegenwärtig vor uns liegende Wirklichkeit ist es dementsprechend auch bei Jaspers reichlich schlecht bestellt. Er unterscheidet zunächst zwischen totalitären Staaten und (bloßen) Diktaturen. Spanien ist für ihn — selbstverständlich! — kein totaler Staat, das Hitler-Deutschland war es nur die letzten sieben Jahre, Jugoslawien unter Tito ist „zwar nicht totalitär, aber als Diktatur kommunistisch und dem totalitären Rußland zugewandt" (S. 179 f.; Polen wird nicht klassifiziert), und wenn Jaspers glaubt, daß selbst in China „der Totalitarismus keineswegs sein endgültiges Nichts verwirklicht" (S. 171), so fragt man sich wohl schon hier ziemlich ratlos, was es mit jener „Radikalität des Entweder-Oder" in Wirklichkeit noch auf sich hat? Aber noch mehr. „Freiheit ist (wohl) das meistgebrauchte Wort unserer Zeit, ... aber nichts ist unklarer, vieldeutiger, mißbrauchter als «Freiheit»" (S. 134, zur Jaspers'schen Kritik — freilich immer nur recht im Vorbeigehen vorgebracht — an der „abendländischen" Freiheit vgl. S. 245, 376, 430). Es gibt (so unterscheidet Jaspers an anderer Stelle) eine „politische" und eine „existentielle" Freiheit. Das ist sicher richtig — nur müßte Jaspers diese Unterscheidung auch wirklich durchhalten!!

Von der „existentiellen Freiheit" heißt es: sie „ist die persönliche Freiheit des Selbstseins und scheint möglich auch in Zuständen politischer Unfreiheit. Sie ist *überall möglich, solange ein Mensch als er selbst da ist*". „Die Menschen unter totaler Herrschaft können trotz allem nicht in bloße Funktionen verwandelt werden. *Da sie Menschen bleiben,* muß das Regime Bereiche der Freiheit zulassen" (S. 296, 162). Und was das Verhältnis zwischen „totalitärer und freier Denkweise" anlangt: „Mag der Abgrund noch so tief sein, er muß überbrückbar sein durch *das gemeinsame Menschsein... Denn die Totalitären sind Menschen wie wir*" (S. 336, 337). Jaspers zeugt gegen Jaspers (und hier vielleicht stärker, als wir selbst es wagen würden!).

Welcher von beiden Jaspers hat recht? Wenn etwas auf diese Frage eine Antwort (sei es auch mit allen Vorbehalten) zu geben vermag, dann ist es doch wohl nicht die graue Theorie, sondern die lebendige Anschauung und Erfahrung. Klaus Mehnert — unter den Rußlandkennern unbestritten an vorderster Stelle stehend und in gleicher Weise in der Intaktheit seiner christlich-abendländischen Gesinnung gewiß unverdächtig — hat zu Eingang seines bekannten Buches[5]) die Generalfrage gestellt: „Ist der Sowjetmensch mehr sowjetisch oder mehr Mensch?", und als Ergebnis seines in reicher Fülle ausgebreiteten und überaus instruktiven *Erfahrungsmaterials* gibt er am Schluß die Antwort: „eindeutig mehr Mensch!" (ob Frage und Antwort in dieser Weise ganz glücklich formuliert sind, d. h. ob das Problem mit ihnen *präzis* erfaßt wird, ist hier nicht von wesentlicher Bedeutung). Es ist eben dies, daß das wirkliche Leben immer noch unendlich vielgestaltiger und komplizierter (in diesem Fall könnte man auch sagen: gegenüber einem System „listenreicher") ist, als es alle abstrakten Begriffe und Definitionen der Gelehrten wiederzugeben vermögen. Und dazu ein Zweites (worauf Mehnert ebenfalls hinweist): die gesamte bisherige Menschheitsgeschichte kennt keine einzige Daseinsform, kein einziges „System", das in ewiger Statik eines einmal erreichten Zustandes hätte verharren, das sich auf die Dauer also gegen die natürliche Dynamik des eigenen Lebens hätte abschirmen können. Die 40-jährige Geschichte des Bolschewismus beweist bereits, daß auch er nicht ein solches erstmaliges Unikum darstellt. Es gibt kein „Ende der Geschichte" — außer im Untergang oder in der Zerstörung der Welt. Solche Feststellungen nehmen der Problematik und der tiefen Sorge unserer „westlich-abendländischen" Welt wahrlich nichts an Schwere und Belastung (im Gegenteil!), sie rücken sie nur auf die *einzige* Ebene, auf der sie bewältigt werden können: auf die Ebene der vor der *Wirklichkeit* nicht zurückschreckenden *Wahrhaftigkeit.* Die abendländische Welt hat kaum lebensbedrohendere Feinde als die simplistischen Schlagworte in jener „markanten" Schwarz-Weiß-Manier, die uns nur in billige Selbsttäuschungen einlullen und uns den Blick für *das, was ist,* vernebeln.

*

Wir kehren zum Ausgangspunkt zurück. In der traditionellen scholastischen Lehre vom Krieg — und auch die traditionelle lutherische Lehre vom Krieg ist (in allem, worauf es hier ankommt) Scholastik — gehört zu den notwendigen Voraussetzungen eines „gerechten" Verteidigungskrieges, daß *Verteidigung* möglich ist, d. h. daß mit „moralischer Sicherheit" (oder Wahrscheinlichkeit) der Sieg des Rechts — den es ohne Überleben der verteidigten Menschen und Güter von vorneherein nicht geben kann — erwartet werden darf. Ebenso, daß sich der Krieg auf den Kampf zwischen den „Kombattanten" beschränkt, daß also die Zivilbevölkerung davon verschont bleibt (so viel als nur möglich: „böse, nicht intendierte *Neben*folgen" müssen mit in Kauf genommen werden), und erst recht,

daß die Neutralen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Vernünftige, ernstzunehmende Scholastiker — auf der Würzburger Tagung durch N. Monzel (München) vertreten — klammern sich in der Anwendung dieser Lehre auf den Atomkrieg vorläufig immer noch daran, daß es auch jetzt noch einen solchen Verteidigungskrieg mit „begrenzt einsetzbaren", nämlich „kleinen oder taktischen" Atomwaffen gebe. Sie werden sich aber von den zuständigen Physikern (und Biologen) noch genauer über den wahren Vernichtungs„wert" auch dieser sog. „kleinen" Atomwaffen belehren lassen müssen (wenngleich dies auf der Würzburger Tagung der Erlanger Physiker R. Fleischmann in ganz ausgezeichneter Weise getan hat), und sie werden insbesondere auch *endlich* die zahlreichen eindeutigen Erklärungen der maßgeblichen Politiker und Militärs des Westens ernstnehmen müssen, daß irgendeine Selbstbeschränkung auf die (angeblich) „kleinen oder taktischen" Atomwaffen gar nicht in Frage kommt, daß im Gegenteil ihr Hauptprogramm gerade in der „massiven (oder auch: „stufenweisen") Vergeltung" besteht. Womit jene scholastische (und das ist zugleich die *kirchliche)* Rechtfertigung des atomaren Verteidungskrieges als eine im luftleeren Raum hängende Theorie hinfällig geworden ist, vielmehr — gewiß ungewollt! — nur mehr dazu dienen kann, jenen Teil des Volkes, der sich noch an eine christliche Ethik gebunden fühlt, de facto verhängnisvoll irrezuführen. Daß es im Atomkrieg nicht mehr das gibt, was man bisher immer und ausschließlich unter „Verteidigung" verstanden hat, sondern nur noch die Möglichkeit, den Vernichtungsschlag mit einem Vernichtungsschlag zu erwidern, das ist durch Politiker, Militärs und Physiker, die es wissen müssen, hinlänglich genug klargestellt. Das heißt also: *die Lehre vom „bellum iustum" ist tot;* sie ist deswegen tot, weil die Erfordernisse dafür, die sie selbst aufstellt, im Atomkrieg *prinzipiell* nicht mehr erfüllt werden *können* (während früher ihre Erfüllung oder Nicht-Erfüllung — freilich oft und oft mit sehr bescheidenem „Erfolg"! — der Freiheit und sittlichen Verantwortlichkeit der Kriegführenden anheimgestellt blieb). Der Krieg heute und der Krieg von ehedem haben eben nur mehr das gleiche *Wort* gemeinsam, oder, um mit H. Thielicke (den man in diesen Fragen gewiß nicht eines unbedachten ethischen Radikalismus bezichtigen wird!) zu sprechen: die Schwelle des Atomzeitalters brachte eine *„qualitative* Zäsur in der Geschichte des Begriffes «Krieg» mit sich" [6]).

Gundlach dagegen sieht es nicht gerne, daß man heute so viel von der (durch die Technik nun einmal revolutionierten) „Situation" redet, die „allgemeinen Gesichtspunkte und Zusammenhänge" sind ihm weitaus wichtiger (vgl. S. 12). Aber er ist (wie sich gezeigt hat) auch nicht bereit, ängstlich über die Zwirnsfäden zu stolpern, die dem scholastischen Theologen die „allgemeinen Grundsätze" eben jener scholastischen Kriegslehre in den Weg legen würden. Für ihn genügt es, „wenn nur irgendwie eine Aussicht besteht, dem Gegner wirksam zu begegnen". Und er will uns glauben machen, daß in diesem Fall der Papst „einen solchen Entschluß (den „Einsatz für die an sich objektiv höchsten Güter zu wagen") zweifellos nicht für unsittlich hielte" (S. 12). In Wirklichkeit hat der Papst ganz im Sinn der scholastischen Lehre ausdrücklich die notwendige Voraussetzung für die Erlaubtheit des Verteidigungskrieges statuiert, daß „eine *begründete* Wahrscheinlichkeit für den *guten Erfolg"* (probabilità fondata di buon successo) besteht. Gundlach zitiert diesen Passus aus der Weihnachtsansprache von 1948 selbst (S. 9) — man sieht, was in seinen Händen aus der „Lehre Pius' XII." wird!

Auch bei Jaspers geht es also aufs Ganze. Die Hemmungen, die die kirchliche Kriegslehre dem entgegenstellen würde, sind für den Philosophen Jaspers füglich gegenstandslos. Aber — das Völkerrecht? Auch dieses würde ja — weit-

gehend in Übereinstimmung mit der scholastischen Kriegslehre — die Anwendung (zum *aller*mindesten: die *erste* Anwendung) solcher Massenvernichtungsmittel wie es die nuklearen Bomben sind, eindeutig verbieten und erst recht für jenes durch eine „wagende Minderheit" ausgelöste „Selbstopfer der Menschheit" (einschließlich der Neutralen!) keinen, aber auch gar keinen Raum lassen. Man wird dennoch (so viel ich sehe) in den ganzen 500 Seiten des Jaspers'schen Buches kaum etwas davon erfahren, daß es, was die Art und die Mittel der Kriegsführung anlangt, ein Völkerrecht gibt, geschweige denn, daß dieses bei der philosophisch-ethischen Behandlung des Atomkriegsproblems ein Wort mitzureden habe.

Die Vernichtung des Lebens durch die Atombombe wäre also, in der Sprache Gundlachs ausgedrückt, die Folge eines „ungeheueren Einsatzes" durch ein Volk mit „moralischer Kraft", in der Sprache Jaspers' wäre sie „keineswegs das unausweichliche Ende eines an sich zerstörerischen Grundvorgangs" (sagen wir vielleicht einfacher: eines blind hereinbrechenden Verhängnisses), sondern „eine Tat von Menschen als freier Vernunftwesen, die durch nichts erzwungen wird" (S. 410; vgl. allerdings oben: „niemand will, und es geschieht doch"!). Die letzte Auskunft aber heißt bei dem einen: „Die Verantwortung übernimmt Gott", bei dem andern: „Und wenn die Vernunft überhaupt scheitert, bleibt sie noch ihrer selbst gewiß: daß sie sein sollte" (S. 455, ähnlich 489 f.). Was macht den Unterschied zwischen beiden Versionen aus? In der einen wie in der andern schiebt der Mensch zuletzt die Verantwortung für sein *freies* Tun von sich ab — auf eine *nicht mehr haftbare* Instanz: Gott oder „Die Vernunft". Dem einen sagen wir ab, radikal und absolut, gerade *als Christen.* Wir maßen uns nicht — unter keinen Umständen — an, das zu tun, was Gott im Noah-Bund feierlich sich selbst versagt hat (Gen. 8, 21 f.), und das dann noch als „Treueverpflichtung" gegen Gott und als „Manifestation der Majestät Gottes" zu deklarieren. Für ein noch halbwegs christliches Verständnis der Heilsbotschaft könnte das (um alle Urteile nach rein menschlichen Denkkategorien beiseite zu lassen) kaum noch etwas anderes als Blasphemie sein. Das andere ist für uns Millionen und Abermillionen nicht-philosophischer Menschen zu „philosophisch", und das heißt hier — alle Philosophen mögen es mir gnädig verzeihen! —: *zu wenig,* zu dünn und blutleer.

Dennoch wäre es Unrecht, würden wir mit dieser Absage schließen. Gundlach allerdings können wir verlassen, denn er befaßt sich ja nicht mit der „Situation", d. h. er gibt sich — was natürlich das gute Recht des Moraltheologen ist — mit den Fragen der realen Politik nicht ab. Anders dagegen Jaspers. Die Jaspers'sche Trinität: Freiheit-Vernunft-Opfer ist gerade dazu berufen, den Menschen „in seiner sittlich-vernünftig-politischen Erscheinung zu *wandeln* in einem Maße, daß es der *Wendepunkt der gesamten Geschichte* würde" (S. 22). Diese Wandlung zielt zugleich ganz konkret auf eine *„neue Politik"* ab. Was Jaspers uns dazu zu sagen hat, wie sich diese „neue Politik" bei ihm real ausnimmt, soll in einem zweiten Aufsatz untersucht und kritisch beleuchtet werden.

Anmerkungen:

[1]) Außer den zahlreichen Presseberichten vgl. dazu meinen eigenen eingehenden „Kritischen Bericht" in der Zeitschrift „Welt ohne Krieg", März-April-Ausgabe 1959.

[2]) Herder-Korrespondenz vom Mai 1959, S. 374 u. 406. Überschwenglich äußerte sich der Berichterstatter des „Rheinischen Merkur": im Vortrag „wurde deutlich spürbar, daß die Arbeit und das Werk eines Theologen, der den letzten Entscheidungen nicht ausweicht, eine Wohltat für die Welt ist. Gundlach sprach ... mit bezwingender personaler Autorität." — Der Vortrag liegt in den „Stimmen der Zeit", April 59, gedruckt vor. Die Hervorhebungen in den folgenden Zitaten stammen durchweg von mir.

[3]) Leserzuschrift in der SZ vom 14./15. März 59. Textvergleichender Nachweis in den „Werkheften Kath. Laien", Juli 59 (diese Ausführungen Gundlach seit Mitte Mai bekannt). Vgl. auch meinen Aufsatz „Der Atomkrieg als politisches und ethisches Problem" in dieser Zeitschrift, August 1958; was dort S. 584 ff (sowie etwas eingehender in meinen „Zehn politisch-ethischen Thesen zur Atomrüstungsfrage", Welt ohne Krieg, Sept.-Okt.-Ausgabe 1958) über die Unvereinbarkeit der bekanntesten deutschen kirchlich-katholischen Verlautbarungen zur Atomkriegsfrage mit den päpstlichen Lehrweisungen festgestellt wurde, gilt — z. Teil in verschärfter Form — ebenso auch für Gundlach. — Ferner etwa G. Hirschauer in den „Werkheften ...", April 59, und M. Kriele im „Hochland" 51 (1959), S. 468 ff.

[4]) K. Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit, München (Piper) 1958. — Die Hervorhebungen im Text von mir.

[5]) Kl. Mehnert, Der Sowjetmensch. Versuch eines Porträts nach zwölf Reisen in die Sowjetunion 1929—1957, 5. Aufl., Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1959, S. 13 bzw. 452.

[6]) H. Thielicke, Die Atomwaffe als Frage an die christliche Ethik, Tübingen (Mohr) 1958, S. 5 u. 7. — Was die Lehre vom „bellum iustum" in der Vergangenheit *real* geleistet oder nicht geleistet hat, soll hier außer Betracht bleiben. Wie oft z. B. — das wäre doch eine Art von Probe aufs Exempel! — haben die Kirchen und die Christen eines kriegführenden Staates die reale oder moralische Beihilfe (auch nur „im Rahmen des Möglichen") zu einem „bellum iniustum" verweigert? Ich wüßte kaum einen solchen Fall zu benennen. Noch die gesamte Kriegsrüstung Hitlers (bekanntlich „um dem deutschen Volk die Greuel des Bolschewismus zu ersparen"!) und sein nachfolgender Verbrecherkrieg selbst ist von den Kirchen beider Konfessionen in Deutschland — mindestens durch die Verlautbarungen ihrer offiziellen sog. „Heeresseelsorge" — moralisch gedeckt und unterstützt worden!

Dr. Ernst Schwarz

Das Gewissen des Politikers

In und nach der Krise der 20 Tage, da der Bundeskanzler vom Bundespräsidentenanwärter wieder zum Bundeskanzler wurde, war viel vom Gewissen die Rede, vom Gewissen des Kanzlers sowohl wie von dem seiner Gefolgschaft. Wenn irgendwo das Wort vom Gewissen ausgesprochen wird, erfaßt alle, die es hören, heilige Scheu. So kündet insbesondere Dr. Gerstenmaier, daß man das Gewissen des Bundeskanzlers und seine darauf beruhende freie Entscheidung uneingeschränkt respektieren müsse. Damit wurde sozusagen ein feierliches Siegel unter das häßliche Manöver gesetzt. Es hätte dies nicht geschehen können, wenn man zwischen dem Gewissen des Einzelmenschen und dem kollektiven Gewissen des Politikers unterschieden hätte.

Der Politiker, der Staatsmann fühlt sich „einer Gesamtheit gegenüber" verantwortlich, er identifiziert sich mit ihr und ist dann — wenn das Kollektiv sogar zum Krieg schreiten kann — an das für das Individuum geltende Ethos nicht mehr gebunden. Hitler, obzwar ein Verbrecher, hatte sich aber doch zweifellos eine staatsmännische Aufgabe konstruiert, die er mit allem was drum und dran war auf sein „Gewissen" nehmen konnte. Aus dem Bewußtsein dieser Aufgabe empfing er die ebenso erstaunlichen wie unheimlichen Energien, mit denen er seine Pläne durchgeführt hat. Er war bereit, sich „vor der Geschichte" zu verantworten, doch die Geschichte zeigte schließlich nur die Verantwortungslosigkeit seines Tuns. Immerhin, er glaubte an die Größe seiner Sache und steigerte sich damit in eine geschichtliche Rolle hinein, die ihm selbst die ungeheuerlichsten Maß-

nahmen zu rechtfertigen schien. In seinem „Gewissen" sah er sich als Staatsmann entlastet angesichts der grandiosen Ziele, die er sich setzte. Das Gewissen ist in einem solchen Fall passiv, es bestimmt nicht, ob gewisse Ziele mit ihren Folgen gesetzt werden können, sondern die Zielsetzung befiehlt über das Gewissen. Hitlers Ideen, wirre Phantome, waren zwar aus dem Abgrund emporgestiegen, aber sie hatten den irreführenden Glanz des geschichtlich Großen und so konnten sie jeden Gewissensskrupel sowohl bei Hitler wie bei seinen Anhängern beseitigen.

Es sind also die Ideen eines Staatsmanns, seine Mutmaßungen und Zielsetzungen, an denen er sein Handeln ausrichtet und sein politisches Gewissen rät ihm dann zu, wenn die Situation diesen Zielsetzungen günstig zu sein scheint. Da aber jede Wahnsinnsidee, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, sich politisch Raum schaffen kann, so muß das Gewissen des Staatsmannes in der Demokratie unter Kontrolle gebracht werden. Er wehrt sich dagegen unter Hinweis auf seine persönliche Verantwortung, wobei nur allzuleicht vergessen wird, daß die Verantwortung im Grunde bei denen liegt, die ihn an die Spitze berufen haben. Deswegen stützt sich das gute Gewissen des Staatmannes in der Demokratie ganz besonders gern auf das Bewußtsein, die Mehrheit hinter sich zu haben, aber dies ist oft eine sehr windschiefe Stütze, da solche Mehrheiten in der Regel mit dem Geld der daran Interessierten künstlich-propagandistisch erzeugt werden. Die Demokratie bietet nur eine Möglichkeit, in die Klausur des Staatsmannes, der mit seinem Gewissen zu Rate geht, einzudringen, nicht indem man ihm Gewissensbisse bereitet — dagegen macht ihn seine „Verantwortung" immun —, sondern, mit N i e t z s c h e zu reden, durch V e r n u n f t b i s s e !

Das Gewissen des Politikers gilt wohl dem Kollektiv, das er zu vertreten hat, aber wenn das Kollektiv nicht selbst wieder auf seinen Exponenten einwirkt, dann verliert dessen Gewissen möglicherweise jeden Maßstab. Deswegen ist dieses Gewissen nur insoweit zu respektieren, als es sich selbst dem Kollektiv unterwirft und nicht aufgeblasen vorgibt, allein zu wissen, was dem Staate dient, allein vorauszusehen, welche Entwicklung die Dinge nehmen werden. Deswegen ist die Demokratie am Ende, wenn der führende Staatsmann mit der Berufung auf sein Gewissen die Kritik bei seinen Anhängern wirkungslos macht und die Opposition innerhalb und außerhalb seiner Partei auf die notwendigen aufweckend schmerzhaften Vernunftbisse verzichtet.

Dies alles ist geschehen und der Entschiedenste der Opponenten innerhalb der Kanzlerpartei, Dr. Gerstenmaier, hat vor dem Gewissen des Kanzlers kapituliert. Es ist nach dem soeben Ausgeführten schwer zu sagen, wer von beiden in dieser Situation mehr — der eine aktiv, der andere passiv — gegen den Geist wahrer Demokratie verstoßen hat. Adenauer und Hitler sind sicherlich vollkommene Gegensätze, aber es gibt dennoch beachtenswerte gemeinsame Aspekte. Es besteht dies der Sache nach zunächst darin, daß Adenauer ebenso wie Hitler den radikalen Kampf gegen den Bolschewismus führt und aus dieser Weltspannung seine einzigartige Berufung herleitet, Hitler aus „völkischer", Adenauer aus „abendländischer" Motivierung. In peinlich vereinfachter, um nicht zu sagen primitiver Weise, vertritt Adenauer die „Restauration" so wie Hitler in primitivster Weise die „konservative Revolution" vertreten hat. Solche Vereinfachung hat den Vorteil der größten Massenwirkung (vom Bundeskanzler schon selbst gerühmt), aber eben auch den Nachteil, daß wesentliche integrierende Gesichtspunkte nicht zur Geltung kommen.

Es erscheint seltsam, daß gerade solche gefährlich vereinfachte und vereinseitigte Parolen in ihren Trägern ein maßloses Sendungsbewußtsein wecken, daß sie zu einer Unnachgiebigkeit aufstachelt, wie es bei Hitler schon pathologisch

war, bei Adenauer mindestens die Grenzen einer immer wieder den wechselnden Verhältnissen sich klug anpassenden Politik überschreitet. Aber in ihrer einfachsten und unbedingtesten Form wirken politische Überzeugungen nicht nur am stärksten auf ihre Anhänger, sondern auch auf die Führung selbst, die um so dünkelhafter werden muß, je unentwegter die Geführten, sei es in echter Ergebenheit oder nur aus ihrem Macht- und Selbsterhaltungstrieb, folgen.

Alles in allem haben die Vorgänge im Juni 1959 gezeigt, daß in der deutschen Politik seit 1933 eine fatale Kontinuität herrscht, in erster Linie durch den vergiftenden Antibolschewismus (wohl zu unterscheiden von einer sachlichen Ablehnung, zu der auch wir uns bekennen), dann aber weiter durch eine Praxis von Demokratie, die auch heute, trotz allen aus der Hitlerei gezogenen Lehren, von echter Demokratie sich vielfach weit entfernt hat. Beides zusammen ergibt auch heute wieder eine Mischung, die jenen üblen Geschmack auf der Zunge hinterläßt, der schon die Hitlerei für einen empfindlichen politischen Gaumen ungenießbar gemacht hat. Wir haben einen Kanzler, der sich allein für erleuchtet und konsequent genug hält und wir haben eine Regierungspartei, die allein den Staat repräsentieren zu können glaubt; das sind trotz aller Verschiedenheit doch deutliche Parallelen zur Vergangenheit.

Es sind erhebliche und gewiß auch erfolgreiche Anstrengungen gemacht worden, diese Vergangenheit zu überwinden, aber sie kehrte dennoch unbemerkt zurück, einfach deswegen, weil die große Katastrophe eine wirkliche Läuterung der Geister nicht zu bewirken vermocht hat. Die Niederlage hat uns die wirklichen Machtverhältnisse keineswegs realistischer einschätzen lassen und politische Macht korrumpiert noch wie eh und je. Statt christlicher Substanz haben wir nur eine christliche Attrappe. So sind Verhältnisse herangediehen, in denen viel vom staatsmännischen Gewissen in jenem fragwürdigen Sinne geredet wird, den wir zu überwinden hofften, in denen aber das Gewissen in seinem ethischen Sinne mit offenkundigem Zynismus immer wieder aufs heftigste schockiert wird.

Da die Menschen und die Verhältnisse sich nicht geändert haben — soziologisch und geopolitisch blieb ja alles weitgehend gleich — so hätte man wenigstens entgegenwirkende verfassungstechnische Bestimmungen treffen müssen, die eine Änderung, wenn auch mit den unvermeidlichen Risiken, begünstigen. Man hat aber, in Verkennung der eigentlichen Schwächen der Weimarer Verfassung, genau das getan, was man hätte vermeiden müssen, um eine Fortsetzung der Vergangenheit, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, unmöglich zu machen — man hat überstabilisiert. Und wie leicht hätte man aus der Geschichte und aus den Erfahrungen der großen politischen Schriftsteller lernen können. So schreibt Alexis de Tocqueville 1850 in seinen „Erinnerungen":

„Seit langem war ich der Ansicht, daß man nicht danach streben solle, unseren Regierungen einen möglichst langen Bestand zu sichern, sondern im Gegenteil dahin, auf leichte und einfache Weise Regierungsänderungen zu ermöglichen. Alles in allem fand ich eine solche Regelung weniger gefährlich als die entgegengesetzte." (S. 261)

Da man beim Lesen dieser einzigartigen Erinnerungen mancherlei empfindliche Gewissens- und Vernunftbisse für die bundesrepublikanische Gegenwart verspüren kann, sofern Gewissen und Vernunft noch nicht abhanden gekommen sind, so möchte ich sie nicht vorenthalten, auch wenn dies nicht unmittelbar zum Thema gehört.

Tocqueville schreibt über die Gesellschaft des Frankreich von 1830: „1830 war der Sieg der Mittelklasse endgültig und so vollständig . . ., daß sie die alleinige Beherrscherin der Gesellschaft wurde . . . Der besondere Geist dieser Klasse wurde zur allgemeinen geistigen Haltung der Regierung; er beherrschte die Außen- wie die Innenpolitik. Dieser Geist ist regsam, fleißig, oft unredlich, bisweilen kühn

aus Eitelkeit oder Egoismus, aber von Natur furchtsam, gemäßigt in allen Dingen außer in der Lust am Wohlleben, mit einem Wort mittelmäßig. Herr der Gesamtheit, nahm der Mittelstand . . . das Wesen privaten Unternehmertums an. Er verschanzte sich in seiner Macht und bald auch in seinem Egoismus, und alle seine Angehörigen dachten weit mehr an ihre privaten Geschäfte als an die öffentlichen Angelegenheiten, weit mehr an den eigenen Genuß als an die Größe der Nation." (S. 41) „Alles schien darauf angelegt, durch das Räderwerk der Freiheit eine Macht zu erzeugen, deren Übergewicht fast an das einer Despotie heranreichte" (S. 48).

Wer vermag, wenn er dies liest, an der deutschen Gegenwart vorbeizudenken?

Aber mehr noch. Die Spitze jener Gesellschaft, Louis-Philippe, war zwar König und nicht Kanzler, aber auch seine Charakterisierung durch Tocqueville fordert einen Vergleich mit der Gegenwart heraus.

„Von Natur ein Freund des Gesetzes und ein Feind jeglichen Übermaßes, war er beherrscht in seiner Lebensführung . . . Aufgeklärt, schlau, wendig und hartnäckig, war Louis-Philippe nur dem Nützlichen zugewandt . . . Er hatte keinen Sinn für die Literatur und die schönen Künste, aber eine leidenschaftliche Vorliebe für die Industrie . . . Sein Ehrgeiz, dem nur seine Vorsicht Schranken setzte, war unersättlich und zugleich so wenig hochstrebend, daß er immer am Boden haften blieb . . . Seine Reden bestanden in der Regel aus einer Flut von Gemeinplätzen, die er mit falschen und übertriebenen Gesten vortrug . . . Den Sinn der Verfassung zu verschieben, ohne ihren Buchstaben zu ändern, die Gebrechen und Laster des Volkes gegeneinander auszuspielen und das Feuer der revolutionären Begeisterung unmerklich in der Sucht nach materiellen Genüssen zu ersticken, das war die Leitidee seines ganzen Lebens . . . Er besaß eine tiefe Kenntnis der Menschen, aber nur ihrer Fehler . . ." (S. 43, 44, 45, 111).

Und nun das Wesentlichste:

„Die Blutsverwandtschaft zwischen seinen Fehlern und denen seiner Zeit . . . machte ihn für seine Zeitgenossen, und vor allem für die herrschende Klasse, zu einem anziehenden, aber besonders gefährlichen und verderblichen Fürsten. Als Führer der Bourgeoisie trieb er sie auf die abschüssige Bahn, die sie nur zu gern einschlug. Die Fehler beider vereinigten sich, und diese Verbindung, die zunächst eine Stärke des Führers ausmachte, vollendete die Demoralisierung der Geführten . . ." (S. 43/44).

Wenn dies alles heute auch nicht Punkt für Punkt zutrifft, so ist die von Tocqueville aufgezeigte Wechselwirkung doch überaus bemerkenswert.

Es ist also alles schon dagewesen und man hätte besser getan, nicht aus der unmittelbaren Vergangenheit, die noch zu wenig verstanden werden konnte, Lehren zu ziehen, sondern aus der Zeit, die Tocqueville erlebt und deren politisch-soziologische Hintergründe er in so unübertrefflicher Weise gedeutet hat.

Überdies hatte Tocqueville ein politisches Gewissen, so fein und selbstkritisch, daß ihn jeder Politiker zum Vorbild nehmen kann und sollte, der wirklich bestrebt ist, das Kollektivinteresse mit dem sittlichen, dem individuellen Gewissen in Einklang zu bringen.

Dr. Jonas Lesser, London

Deutsche Illusionen

Die nachfolgenden Ausführungen gingen uns aus London zu. Der Verfasser, Mitarbeiter der Contemporary Review, arbeitet an einem umfangreichen Buch über „Deutsche Geistes- und Ungeistesgeschichte".

Diese Zeilen sind nicht angenehm zu lesen. Es ist gewiß nicht unnützlich, sie zu überdenken, zumal sie als Beispiel für manche ausländische Veröffentlichung der letzten Zeit zu diesem Thema stehen. *D. Red.*

Meinen Beitrag habe ich „Deutsche Illusionen" überschrieben. Ich hätte ihn vielleicht besser „Deutschland, erwache" überschreiben sollen. Denn genau das beabsichtige ich, genau das ist heute bitter notwendig, wenn die Dinge nicht zu einem Krieg führen sollen, der uns vernichten wird.

Ich versuche Dinge klarzustellen, um die man sich in Deutschland fast allgemein herumzudrücken sucht. Das Leugnen unerbittlicher Gegebenheiten kann zu nichts Gutem führen. Irgend jemand muß den Anfang damit machen. Lassen Sie es mich tun, da sich innerhalb der deutschen Grenzen anscheinend niemand dazu aufraffen kann.

Seit Jahr und Tag ertönen die Losungen „Wiedervereinigung in Freiheit" und „Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen mit friedlichen Mitteln". Neuerdings wird schon mehr und mehr von „Befreiung" gesprochen, und einige westliche Politiker ermutigen Deutschland in seinem Glauben an die Erfüllbarkeit dieser Hoffnungen. Was sagen andere dazu?

Hören wir zuerst Hitler, bevor wir diese anderen hören. Er sagte in „Mein Kampf": „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfte ich für das Werk des Herrn" und nannte die Demokratie eine Erfindung der Juden. Er wetterte gegen Humanismus, Pazifismus, die Liberalen und Sozialdemokraten und kündigte einen neuen Germanenzug nach Rußland an, um neuen Lebensraum zu erobern mit „dem siegreichen Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes". Viele Millionen jubelten ihm zu: „Wir danken unserem Führer", „Alle Macht dem Führer", „Deutschland erwache — Juda verrecke". Deutschland wurde nicht, wie man heute immer wieder hört, von Hitler „vergewaltigt", es hat ihn, verhetzt und vergiftet durch hundert Jahre Staatsvergötzung, Dünkel, Militarismus, Kriegsverherrlichung und Judenhaß, mit offenen Armen empfangen. In Nürnberg wurde 1945 gesagt, „daß ‚Mein Kampf' nicht ein privates Tagebuch war, in dem Hitler seine geheimen Gedanken niedergelegt hatte. Vielmehr wurde dessen Inhalt von den Dächern geschrieen . . . Von seinen Worten führte ein gerader Weg zu den Gasöfen". Der englische Ankläger sagte dort: „Zwölf Millionen Männer, Frauen und Kinder wurden getötet, nicht im Kampfe, nicht aus Leidenschaft, sondern durch einen kaltblütigen, berechneten, vorsätzlichen Versuch, Nationen und Rassen zu vernichten." In „Mein Kampf" wurde auch gesagt, daß ein Volk, welches seine Rasse hochhält, eines Tages der Herr der Welt werden müsse: „Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird." Man weiß, wie dies 1945 in Erfüllung ging.

Der englische Historiker G. P. Gooch sagt: „Das moderne Deutschland hat vornehmlich an die Macht und Majestät des Staates gedacht, das moderne England vornehmlich an das Recht und die Freiheit des Bürgers." Der Historiker Arnold Toynbee sagt: „Der wüste Militarismus des nachbismarckschen Preußen-Deutschland, der über Europa die Katastrophe von 1914—1918 brachte, war

ein europäisches Gegenstück des spartanischen Geistes, der im Jahre 371 bei Leuktra seine Nemesis fand. Der Militarismus der verrückten Hunde des Nationalsozialismus kann nur mit der letzten Epoche des furor Assyriacus verglichen werden." Der Historiker A. J. P. Taylor sagt: „Wie um Himmels willen konnte es geschehen, daß ein hochzivilisiertes Volk in einen Alptraum von Barbarei sank? Wir verstehen die bolschewistische Revolution — aber Hitlers Deutschland? Die Konzentrationslager, die schamlose Illegalität, die Gaskammern, den Irrsinn eines ganzen Volkes können wir nicht verstehen." Er wirft darum dem Westen vor: „Wir schämen uns geradezu, den Deutschen die Wahrheit über ihre Geschichte gesagt zu haben. Wir geben gerne vor, das alles sei nicht geschehen, und suchen die deutsche Vergangenheit genau so zu behandeln wie die Vergangenheit der anderen Völker." Lord Herbert Samuel sagte: „Die beiden großen Kriege waren das Ergebnis des deutschen Militarismus, der auf einer Weltanschauung ruhte und den Deutschen durch ihre vom Staat ernannten Universitätsprofessoren eingebleut wurde. Sie folgten nicht der humanen Philosophie Goethes, sondern den barbarischen Philosophien Fichtes, Treitschkes, Spenglers und ihrer Nachfolger. Hegel sagte, der Staat sei die göttliche Idee, wie sie auf Erden existiere."

Bevor man sich über diese Äußerungen entsetzt, erinnere man sich, daß kritische Deutsche von den Tagen Goethes bis zu den Tagen Thomas Manns sehr ähnliche Dinge über ihr Volk gesagt haben.

Der englische Schriftsteller Robert D. Henriques, ein Jude portugiesischer Herkunft und Oberst in der englischen Armee des letzten Krieges sagt: „Die englische Tradition der Gerechtigkeit und Anständigkeit würde nie einen Antisemitismus hinnehmen." Als General Sir Brian Horrocks Belsen sah, sagte er: „Die Welt wird Deutschland diese Konzentrationslager nie verzeihen." Die englischen Juden, meist Abkömmlinge der ausgerotteten polnisch-russischen Juden, sagen: „Wenn das Wort ‚verzeihen' bedeuten soll, daß wir unsere Leiden vergessen, daß wir die Deutschen ohne Einschränkung wieder als unsere Brüder in der großen Völkerfamilie ansehen, so müssen wir dies mit Bedauern, aber ohne Zögern ablehnen." Der jüdisch-amerikanische Schriftsteller Zvi Kolitz läßt einen Juden im brennenden Warschau zu Gott sagen: „Wir haben gesündigt. Aber ich will, daß Du mir sagst, ob es eine Sünde in der Welt gibt, die eine solche Strafe verdient. Du sagst, Du wirst unseren Feinden heimzahlen. Ich glaube es, daß Du ihnen mitleidlos heimzahlen willst. Ich will aber, daß Du mir sagst, ob es eine Strafe in der Welt gibt, die das Verbrechen sühnen kann, das an uns begangen wurde." Graf Birkenhead äußerte: „Auch noch so viel Kasuistik oder Propaganda wird den Deutschen nichts nützen, die sich dieser schrecklichen Anklage entziehen wollen." Die Schriftstellerin Mary Stocks schreibt: „Es wäre schrecklich, wenn man die deutschen Untaten vergessen und verzeihen wollte."

Der amerikanische Professor M. J. Proudfoot sagt: „Man weiß, daß es 1944 in Deutschland 500 Konzentrations- und Sklavenarbeitslager gab. Aber die Deutschen vergaßen sehr bald die Leiden der anderen und sprachen voller Selbstbemitleidung nur von ihren Leiden, die doch sehr milde waren, verglichen mit den Leiden, die in ihren Konzentrationslagern gelitten wurden." Professor Max Beloff (Oxford) erklärte: „Die Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen ist das schrecklichste Faktum der neueren Geschichte, aber deutsche Historiker sprechen viel über die Schrecken des Bolschewismus und beschönigen die Verbrechen des Nationalsozialismus." Professor H. R. Trevor-Roper (Oxford) stellt fest: „Die Deutschen suchen die nationalsozialistische Epoche lieber zu beschönigen oder zu vergessen als zu verstehen. Ihre politischen Rechtferti-

gungsbücher sind nicht deshalb beliebt, weil sie die Wahrheit erzählen (was sie meist nicht tun), sondern weil sie die Gewissen bequem beruhigen." Der amerikanische Ex-Diplomat Charles Thayer sagt: „Die Deutschen erinnern sich lieber an die Leiden der unmittelbaren Nachkriegsjahre, für die sie die Alliierten verantwortlich machen, als an das Naziregime, das für jene Jahre und unendliches Leid verantwortlich ist."

Als Dr. Adenauer sich über eine antideutsche Verschwörung in England beklagte, sagte der regierungsfromme konservative „Daily Telegraph": „Es bedarf keiner Verschwörung, es gibt antideutsche Strömungen in England, ohne daß sie künstlich erzeugt werden. Die englische Volksstimmung ist wahrscheinlich mehr antideutsch als in jedem anderen Nato-Lande." Die Zeitung erinnerte daran, daß das englisch-deutsche Bündnis kein „Liebesbund" sei.

In Frankreich denkt man sehr ähnlich: Wir lieben die Deutschen nicht, wir haben zuviel unter ihnen gelitten. Aber wir wollen Westdeutschland an unserer Seite halten. Die Aussage von Francois Mauriac ging durch alle deutschen Zeitungen. In Norwegen protestierte man gegen deutsche Nato-Offiziere: „Keine Wehrmacht in Norwegen", „Wir haben die Nazi-Besetzung nicht vergessen", „Wir wollen nicht von Deutschen verteidigt werden".

Was sagen Tschechen, Polen und Russen? J. B. Hutak, ein Tscheche, der in der englischen Armee gedient hat, äußerte: „Alle unsere Mütter und Väter, Brüder und Schwestern, die den Weg von Auschwitz nach Mauthausen, von Theresienstadt nach Ravensbrück gingen, haben uns eine Verpflichtung, ein Testament, einen Befehl hinterlassen: „Vergeßt niemals!" Den sudetendeutschen Sprechern bei Landsmannschaftstreffen sagt er: „Auch hundert Lidices werden sie nicht belehren!" Als Dr. Lodgman von Auen kürzlich sagte, das Sudentenland habe als reichsdeutsches Gebiet zu gelten, antwortete die englische Regierung, das Münchener Abkommen sei von Hitler gebrochen worden und darum nicht mehr gültig.

Der polnische Schriftsteller Czeslav Milosz, der im Exil lebt, betont, die Deutschen hätten die Polen als „eine Untermenschenrasse" betrachtet, „die auszurotten war. Was wir mitansehen mußten, übersteigt die kühnste und grausamste Phantasie." Polen, die in ihrer Heimat geblieben sind, sagen, die Deutschen sollten in Büßerhemden kommen und die Polen um Verzeihung für das unermeßliche Leid bitten, das sie vom deutschen Militarismus und von deutschen Kriegsverbrechern zu erdulden hatten. Es gebe keine „friedliche" Lösung der deutsch-polnischen Grenzfragen, die Oder-Neiße-Linie sei unantastbar. Der englische Historiker D. W. Crowley stellt fest: „Die Träume der deutschen Vertriebenen bilden ein beunruhigendes und gefährlich unrealistisches Element in Nachkriegseuropa." Lord Saint Oswald erinnert an Churchills Wort aus dem Jahre 1944, daß die Deutschen sich nicht auf die Atlantic Charter sollten berufen können, wenn es zu Grenzverschiebungen komme. „Es schien uns keine ungebührliche Sanktion gegen Deutschland, das den Krieg gegen Polen begonnen hatte und dessen barbarische Kriegsführung in unser aller lebhafter Erinnerung war." Durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie „können sie auf überzeugende Weise für die grauenhaften und unvergessenen Untaten büßen, die die deutsche Nation in den Jahren verübte, als sie mit Begeisterung dem Nationalsozialismus diente." Bundesvertriebenenminister Oberländer, der einst sagte: „Der Nationalsozialismus setzt Haltung voraus. An der Grenze im Osten vor allem kann sich diese Haltung bewähren", will davon nichts hören. Aber Professor F. W. Foerster, der sein Leben lang den deutschen Nationalismus, Militarismus und Antisemitismus bekämpfte, der im ersten Kriege vor Ludendorff, im zweiten vor Hitler fliehen mußte, und dem erst kürzlich Papst Jo-

hann XXIII. zu seinem 90. Geburtstag den päpstlichen Segen erteilte und die herzlichsten Glückwünsche schickte, sagte schon vor Jahren, daß die Deutschen ungeheuerliche Verbrechen im Osten verübt haben und darum von den slawischen Völkern vertrieben worden sind. Wie können sie sich auf Recht berufen, wenn sie die Idee des Rechtes so unmenschlich mit Füßen getreten haben? Die Russen sagten 1945, daß sie den Deutschen keine Gnade gewähren würden, weil die Deutschen ihnen keine Gnade gewährt hatten, und daß die Gebiete Osteuropas für immer den Slawen zurückgegeben worden seien.

Der amerikanische Schriftsteller Harrison P. Salisbury sagte: „Man könnte sich solche Verworfenheiten und Verrücktheiten gar nie vorstellen, wenn sie nicht mit pedantischer Genauigkeit von den deutschen Bürokraten selbst aufgezeichnet worden wären. Es ist kein Wunder, daß die Deutschen von den Russen besiegt wurden. Das Wunder ist, daß überhaupt ein Deutscher am Leben gelassen wurde." Der Bonner Korrespondent der „Times" schreibt: „Die Deutschen haben ihre Opfer vergessen und schreien laut über ihre eigenen Leiden. Sie haben 1700 russische Städte, 70 000 Dörfer zerstört und 25 Millionen Russen obdachlos gemacht, und der Begriff der Vergeltung ist ihnen offenbar unbekannt." Dr. Adenauer glaubt heute gegen Rußland wettern und ihm seinen atheistischen Kommunismus vorwerfen zu dürfen, nachdem ungezählte Millionen Deutsche dem atheistischen Nationalsozialismus zugejubelt haben. Und Dr. von Brentano verglich vor einigen Jahren die Russen mit den „heidnischen Nomadenscharen des Ostens", die vor tausend Jahren Europa bedrohten und am Lechfelde besiegt wurden. Schickt sich solche Sprache, nachdem man Rußland überfallen, ausgeplündert und verwüstet, vier Millionen unschuldige Russen ermordet und zehn oder zwölf Millionen Russen als Sklavenarbeiter nach Deutschland verschleppt hat? Im Nachruf des katholischen Erzbischofs von Liverpool, John Heenan, auf Papst Pius XII. finden sich die Worte: „Die Nazis haben Unheil über ganz Europa gebracht." Der amerikanische Rechtslehrer W. R. Harris sagt: „Die verübten Verbrechen sind die größten, die die leidende Menschheit je erduldet hat." Thomas Mann, dessen Warnungen vor dem Nationalsozialismus ungehört verhallten, spricht von „einer Erniedrigung des Menschen, wie sie kaum je sonst in der Geschichte der Zivilisation vorgekommen ist", und von dem „Unsäglichen, das dies unglückselige Volk der Welt angetan . . . Alles Deutschtum, auch der deutsche Geist, der deutsche Gedanke, das deutsche Wort ist in tiefe Fragwürdigkeit gestürzt worden", und die tausendjährige deutsche Geschichte ist „als unselig verfehlt, als Irrweg erwiesen" und mündete „in eine von donnernden Flammen umtanzte Höllenfahrt". Es war eine „Barbarei, die's zweimal ist, weil sie nach der Humanität" kam. Ganz Europa wurde „mit Füßen getreten, gefoltert, geschändet, entmannt, ausgemordet". Professor Helmut Gollwitzer erklärt ganz lapidar, „daß unter den bisherigen Gewaltherrschaften der Neuzeit die unsere die bestialischste war und daß sie getragen war von der Zustimmung weiter Kreise unseres Volkes". Paul Schallück läßt in seinem Roman „Die vergessene Schuld", nach dem völligen Versagen beider Kirchen angesichts der Austreibung und später Verschleppung der deutschen Juden, seinen Engelbert aussprechen, daß ihm heute Worte wie die von einem „die ganze Welt geistig und auch kriegerisch bedrohenden Bolschewismus" und von dem „christlich-abendländischen Gedanken" nur „leer gewordene Begriffe" seien.

Man kann heute lesen, daß das geteilte Deutschland „als Alpdruck auf der Welt" liege; jeder scheint vergessen zu haben, daß der Nationalsozialismus sechs Jahre lang, die für Europa gleich tausend waren, auf allen Völkern als etwas ungleich Schlimmeres denn ein bloßer Alpdruck lag. Feldmarschall Montgomery meinte kürzlich, Rußland habe nicht vergessen, was ein geeintes Volk

von 70 Millionen unter einem Führer ihm angetan habe, und nannte es unlogisch, so zu tun, als ob die ostdeutsche Regierung nicht existierte, wie es auch unlogisch sei, Tschiang-Kai-Schek als chinesische Regierung anzusehen. Der englische Arbeiterführer Aneurin Bevan nannte das Argument der Westmächte, man könne mit den Deutschen der Sowjetzone nicht zusammenarbeiten, weil sie keine Demokraten seien, Humbug und Unsinn. Habe man nicht das totalitäre Spanien, das totalitäre Portugal anerkannt? Lord Attlee sagte, daß die Deutsche Demokratische Republik eine Tatsache sei. Der sozialistische Abgeordnete Emanuel Shinwell, ehemaliger englischer Kriegsminister (seiner Herkunft nach ein russischer Jude), erklärte genau dasselbe. Diese Meinung haben sie nicht aus Liebe zum Kommunismus; die englischen Sozialdemokraten hatten nie etwas dafür übrig. Aneurin Bevan vertritt die Auffassung, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland ein Alarm für Polen sei, weil es nicht Frieden halten werde. Die Russen fürchteten ein wiederbewaffnetes Deutschland, nicht weil sie es nicht besiegen könnten, sondern weil Deutschland es eines Tages vor die Wahl stellen könnte, entweder Polen fallen zu lassen und einer deutschen Erpressung nachzugeben oder einen Krieg zu beginnen.

Professor Anthony Rhodes, der vor einigen Monaten die Ostzone besuchte, fand dort auch unter den Nichtkommunisten eine tiefe Abneigung gegen den „Kapitalismus", der „für Hitler verantwortlich" sei. Die Erinnerung an Hitler ist viel lebhafter in Ost- als in Westdeutschland. Die Leute schämen sich dort mehr der Hitlerperiode als die Leute im Westen; sie haben ihre Verantwortung für sie eingesehen und suchen nichts auf die Art zu beschönigen, „wie ich es in Westdeutschland gefunden habe". Die Ostzone, sagt er, wird mehr und mehr in das Wirtschaftsleben der Oststaaten eingegliedert; ein Kanalsystem wird ausgebaut, das Rostock mit Moskau verbinden soll. Der Abgeordnete Denis Healey, der kürzlich Polen besuchte, bemerkt, jeder Pole wisse, daß Polen ohne enge und freundliche Beziehungen zu Rußland nicht existieren könnte. Die Polen mißtrauten heute den Deutschen im Westen sehr, deren Haltung, nachdem Millionen Polen in Auschwitz ermordet wurden, sie nicht verstehen. Ein Engländer, T. H. Elkins, sagte über die deutsche Ostzone: „Wir täuschen uns sehr, wenn wir glauben, daß man dieser industriell wichtigen Zone erlauben werde, den Ostblock zu verlassen, in den sie wirtschaftlich immer mehr eingegliedert wird." Graf Coudenhove-Kalerghi sagte vor einigen Monaten, daß Deutschland nichts gelernt habe und die friedliche Entwicklung der Weltpolitik hemme. Die Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten sei eine der Grundtatsachen der heutigen Politik; die „Wiedervereinigung in Freiheit" sei ein Wunschtraum, und eine von Illusionen genährte Politik führe zur Katastrophe.

Dies sind einige der unerbittlichen Tatsachen, die das notwendige Ergebnis eines langen deutschen Sündenweges sind. Wenn man fragt, worin für „ein ehrlich bereites und gewandeltes Deutschland" Hoffnung liege auf dem Boden der Realpolitik und einer notwendigen friedlichen Entspannung und eines gemeinsam möglichen Weges aller europäischen Völker, so ist darauf etwa folgendes zu antworten:

Die religiöse Antwort liegt in den Worten des Gebetes: „Cor contritum non despicies, Domine." Reinhold Schneider mahnte 1944: „Tut Buße, betet, schweigt ... Auf jedem Lager krümmt sich eure Schuld." Thomas Mann äußerte: „Es gibt für die Aussöhnung mit der Welt eine Vorbedingung: das ist die klare Einsicht in die Unsühnbarkeit dessen, was ein von schändlichen Lehrmeistern zur Bestialität geschultes Deutschland der Menschheit angetan hat."

Moralisch gesehen, lautet die Antwort: Wenn ein Volk nicht auf die Warnungen seiner großen Schriftsteller und seiner Bischöfe hören will, sondern sich von

neuem deutlich Anzeichen eines Rückfalls in die Barbarei ankündigen; wenn es sich also vom Humanismus Lessings, Herders, Goethes und Schillers zu der Barbarei eines Hitler, Himmler, Goebbels, Göring, Streicher und Rosenberg und von der Matthäus-Passion zum Horst-Wessel-Lied zurückentwickelt; wenn man die Rechte aller Völker Europas mit SS-Stiefeln zertreten hat, die größten Verbrechen der Weltgeschichte verübt und aus den Knochen der Ermordeten Dünger und aus ihrem Fett nach dem Rezept gen auf die früheren Gebiete nicht gut auf das Völkerrecht und das Recht auf Heimat berufen. Thomas Mann fragte sich in tiefer Scham und Verzweiflung, „wie Heimat berufen. Thomas Mann fragte sich in tiefer cham und Verzweiflung, „wie überhaupt noch in Zukunft ‚Deutschland' in irgend einer seiner Erscheinungen es sich soll herausnehmen dürfen, in menschlichen Angelegenheiten den Mund aufzutun."

Alles, was verantwortungsvolle und einsichtige Deutsche seit 1945 über die Folgen des Nationalsozialismus gesagt haben, ist ungehört verhallt. Die breiten Massen verschlingen die Lügenbücher der vielen Ex-Nazis und Hitler-Generale und sind aus ihrer Vergeßlichkeit nicht herauszureißen. Sie jagen nach Komfort und sind auf das „Wirtschaftswunder" so stolz, daß ein englischer Besucher Westdeutschlands sagte: „Das deutsche Wunder ist ein magisches Wort geworden und der Deutsche führt es so stolz im Munde, wie er einst sein Parteiabzeichen trug." Ein anderer Engländer, der Bonner Korrespondent des „New Statesman", sagte kürzlich: „Die parlamentarische Entwicklung in Westdeutschland hat noch nicht die Periode der Kinderkrankheiten hinter sich. Viele fürchten die Folgen, wenn das Wirtschaftswunder aufhören und eine beträchtliche Arbeitslosigkeit eintreten sollte." Sehr viele Nazis sind als Minister, Staatssekretäre, Gesandte, Abgeordnete wiedergekehrt, verbrecherische Ärzte praktizieren wieder und viele Richter (man sagt achthundert), an deren Händen Blut klebt, walten wieder ihres Amtes. Bestechungsskandale um hohe Beamte häufen sich in einem Ausmaß, daß die Staatsverdrossenheit weiter Bevölkerungskreise zunimmt. Nazis bekommen Pensionen, die weit höher sind als die Renten der Opfer des Hitlerregimes. Die jüdischen Opfer aus Österreich, die Opfer aus Holland, Belgien, Norwegen, Dänemark, Frankreich, England erhielten überhaupt keine Entschädigung.

Dies alles zeugt von keiner wahren Wandlung. Der immer leidenschaftlichere Ruf nach den Vorkriegsgrenzen zeugt auch von keiner Sinnesänderung. Die Wahrheit des englischen Sprichwortes „You cannot eat your cake and have it" ist in Deutschland unbekannt, wo man nicht weiß, daß man einen Angriffskrieg nicht ungestraft verlieren, daß man Europa nicht ungestraft dezimieren kann. Erst wenn sich diese Grundwahrheit alles menschlichen Zusammenlebens überall in Deutschland durchgesetzt hat, kann das deutsche Volk darauf hoffen, daß die Weltöffentlichkeit allmählich ihr Mißtrauen verliert. Wenn heute aber wieder in Westdeutschland militärisch gedacht wird, atomar aufgerüstet werden soll, wird sich das Mißtrauen nicht nur erhalten, sondern verstärken und wahrscheinlich in einer weltweiten Isolierung enden. Wer es gut meint mit Deutschland, in einem tieferen nationalen Sinn gut meint, wird die Politik und die öffentliche Meinung entsprechend zu beeinflussen suchen und sich vor allem gegen die restaurativen und stärker werdenden revanchistischen Bestrebungen wenden müssen.

Dr. Anton Liebsch

Nato-beschattete Agrarpläne

Zu den geplanten Attentaten auf unser Kleinbauerntum

Vor einem halben Jahr begannen die EWG-Experten davon zu sprechen, daß von den 50 Millionen Bauern Westeuropas mindestens 8 Millionen überflüssig seien. Es ist gut, daß diese über das ihnen zugedachte Schicksal nachdenken können, bevor es über sie hereinbricht.

Um es vorweg zu nehmen: Die Rechnung der EWG wird nicht aufgehen. Unser europäisches Kleinbauerntum wird hier, in den Etappengebieten des Kalten Krieges, als willkommene lohnbremsende Arbeitskräfte-Reserve n i c h t verheizt werden! Selbst in den am meisten gefährdeten extrem land- und kapitalarmen kleinbäuerlichen Gebieten Westdeutschlands und Italiens wird das nicht in nennenswertem Umfang geschehen. Denn einerseits nähert sich die Expansion der sog. „sozialen", d. h. nur noch mit schlechtem Gewissen kapitalistischen, Marktwirtschaft ohnehin der Grenze des Möglichen; im Gegensatz zur industriellen Entwicklung aller jener Länder, die ebenso aus natürlichen Impulsen, wie aus fortschrittlicher Plangesinnung heraus ihre Verbraucherkräfte systematisch entwickeln (zutreffend kann man auch sagen: „die ihre Konsumbasis demokratisieren"). Andererseits werden aus der Perspektive der Wissenschaft und der Technik die bäuerlichen und dabei auch die kleinbäuerlichen Chancen, jedenfalls in Europa, wieder ungleich besser, als sie während der letzten Generation gewesen waren. Denn mit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung wird sich die Potenz der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe immer weniger nach der „Fläche" und immer mehr nach den Fähigkeiten der wirtschaftenden und ihren technischen Mitteln richten, auch auf dem Hintergrund eines immer qualifizierteren Nahrungsmittel-Konsums.

Wir europäischen Bauern, die wir zwar in unserer Bildung, vor allem der wirtschaftlich-gesellschaftlichen, seit langer Zeit von Obrigkeitsstaaten aller Spielarten fahrlässig oder womöglich sogar vorsätzlich vernachlässigt worden sind, die wir uns aber doch eine Menge natürliche Schläue und auch Instinkt bewahrt haben, werden den nato-beschatteten Drahtziehern der EWG also nicht auf den Leim gehen, wenn sie jetzt, im Herbst dieses Jahres, die Katze endlich aus dem Sack lassen... Wenn sie die nun schon seit Jahren „psychologisch abgetasteten" und hinter unserem Rücken auch schon organisatorisch vorbereiteten Patentlösungen loslassen:

E r s t e n s mit Hilfe einer komplizierten bürokratischen Apparatur allen genügend mit Kapital und reichlich mit Boden ausgestatteten landwirtschaftlichen Betrieben in den jeweils boden-, klima- und verkehrslage-bedingten Produktionszweigen glatte Geschäfte zu garantieren (auf der ersten voll gesteuerten Stufe durch ein „Europäisches Getreideamt" und ein „Europäisches Zuckeramt", auf der zweiten teilgesteuerten Stufe durch ein „Europäisches Marktbüro für Vieh und Fleisch" und ein „Europäisches Marktbüro für Milch und Milcherzeugnisse");

z w e i t e n s mit Hilfe eines „Europäischen Fonds zur Strukturverbesserung in der Landwirtschaft" auch noch den halbwegs genügend mit Kapital und mit Boden ausgestatteten Bauern auf die Beine zu helfen, nicht aber uns, dem Gros des europäischen Bauerntums.

Wir europäischen Bauern kennen diese „bauernpolitische" Linie aus den einzelnen nationalen Bereichen Europas schon zur Genüge. Vor allem wir westdeutschen Bauern wissen vom „Grünen Heinrich", dem künftigen Bundespräsidenten

Dr. h. c. L ü b k e , ein Liedlein zu singen. Seine „Grünen Pläne" schütteten den Milliardensegen aus über Gerechte und Ungerechte unter unserem Wirtschaftswunder-Himmel, d. h. über Bauern mit und ohne genügend Kapital. Auf diese Weise aber verteilte sich der Segen so, daß er nur den Gerechten, d. h. den eigentlich schon vorher Satten half... So wie im trockenen Sommer heuer die gelegentlichen Regenfälle nur den ohnehin Wasser haltenden Äckern und Wiesen nützen konnten.

Heinrich Lübkes mit sehr großen Worten angekündigte Aktion zur Verbesserung der Agrarstruktur aber war vollends eine einseitige, für unseren Geschmack peinlich einseitige Hilfestellung. Von den nach Lübkes eigenen Worten aus alten, zu engen oder sonstwie falschen Dorflagen auszusiedelnden allermindest 250 000 Bauernhöfen wurden in den über fünf Jahren von 1953 bis 1959, während deren dieses Projekt bereits läuft, nur rund 5000 Höfe auf die erwünschte Basis gestellt. Selbstverständlich waren es nur solche, die von Haus aus immerhin so viel Werte an Land und Kapital in der Hand hatten, daß sie Initiative zeigen, besser ausgedrückt, daß sie sich an die Krippe der öffentlichen Agrarstruktur-Verbesserungsbeihilfen und Kredite herandrängen konnten. Wir andern aber, das Bauerngros, durften uns nur die Nase wischen...

Niemand soll uns weismachen, daß die gleichen Ärzte mit den gleichen Medizinen, die uns bisher in unseren nationalen Grenzen nicht gesünder, sondern kränker gemacht haben, nun „im übernationalen europäischen Rahmen" heilen können oder auch nur wollen. Im Gegenteil, die Versuchung liegt sehr nahe, daß man noch ungleich „großzügiger" wird, d. h. veraltet-kapitalistische Lösungen im Auge hat, wenn man schon im voraus eingesteht, daß von 50 Millionen Bauern 8 Millionen überflüssig erscheinen. Es wäre jedenfalls das erste Mal in der Geschichte einer mißverstandenen und mißbrauchten Entwicklung der Wirtschaft, daß die Manager der Sache ihre Absichten schwärzer malten als sie sind. Neger pflegen sich nun einmal höchstens heller aber nicht dunkler zu schminken ...

Bei mir persönlich fiel der Groschen, wie man so sagt, als ich zwei Darstellungen für die Gründe der nato-beschatteten EWG-Manager nebeneinander las. Da rutschte mir die Maske all zu sehr von diesen edlen wahrheitsliebenden Gesichtern weg. — Im 8. Jahresbericht der OEEC, der u. a. eine Einschätzung der Entwicklung der europäischen Wirtschaft bis zum Jahre 1960 enthält, hieß es vor einigen Monaten dem Sinne nach: Im vorigen Jahrfünft 1950/55 hatte das Sozialprodukt der westeuropäischen Länder, der Mitgliedstaaten der OEEC, mengenmäßig um 26,5 v.H., das sind 46 Mrd. Dollar, zugenommen. Im laufenden Jahrfünft 1955/60 kann, dank vieler aufgetretener Schwierigkeiten, der Zuwachs nur noch auf 17 v.H. oder 38 Mrd. Dollar geschätzt werden. Das westeuropäische Sozialprodukt würde dann bei rund 285 Mio Menschen rund 257 Mrd. Dollar betragen, zum Unterschied von bereits 1955 396,5 Mrd. Dollar bei nur 165,3 Mio Menschen in den USA. Der Wirtschaftserfolg Westeuropas, und dem entsprechend auch die hier den amerikanischen durchaus vergleichbaren Kapital-Zuwachsraten, hängen also entscheidend von seinen verhältnismäßig billigen Arbeitskräften ab. Das trifft insbesondere für Westdeutschland und Italien zu, wenngleich zu berücksichtigen ist, daß eben diese beiden Länder auf sehr unterschiedlichen industriellen Entwicklungsstufen stehen, daß also die westdeutschen Löhne entsprechend höher liegen als die italienischen.

In Zukunft aber, so heißt es in dem OEEC-Bericht sinngemäß weiter, dürften sich für Westeuropa aufs Ganze gesehen sehr große Schwierigkeiten gerade aus dem zahlenmäßig nachlassenden Nachwuchs für seine bisher relativ billigen Industriearbeitskräfte ergeben. In Europa ließ das natürliche Wachstum der Be-

völkerung nicht erst in den letzten Jahren erheblich nach, so daß immer weniger Menschen in das Erwerbsleben eintreten werden. Die Zunahme der Erwerbspersonen wird für den Zeitraum 1956/60 nur auf 4 Millionen, das sind 3,4 v.H. veranschlagt, während sie in der Zeit von 1950 bis 1955 8 Millionen oder 6,2 v.H. betragen hatte. Der Trend in der natürlichen Zunahme der Erwerbspersonen wird aber nach 1960 noch ungünstiger verlaufen. Demzufolge aber muß die Abwerbung von Arbeitskräften aus anderen Wirtschaftsbereichen durch die Industrie einen immer größeren Umfang annehmen.

Wörtlich heißt es dann in dem OEEC-Bericht: „In bestimmten Wirtschaftszweigen zusätzlich benötigte Arbeitskräfte (schamhaft wird hier natürlich die Rüstungsindustrie verschwiegen ... d. Vf.) werden immer mehr aus anderen Berufen und immer weniger aus den Reihen der erstmalig auf dem Arbeitsmarkt erscheinenden Nachwuchskräfte oder der Arbeitslosen heranzuziehen sein. Nachwuchsschwierigkeiten seien zum Beispiel im Baugewerbe, im Bergbau oder in „anderen Industrien" (wir wissen jetzt schon, welchen! d. Vf.) mit Sicherheit zu erwarten, wobei vor allem die Möglichkeit besteht, ... überzählige landwirtschaftliche Arbeitskräfte, insbesondere bäuerliche Kräfte, in andere Wirtschaftszweige einzuschleusen."

Hier hört man „die Nachtigall schon deutlich trapsen", wie der Berliner sagt. Der scheue Vogel marschiert da sozusagen in Natostiefeln auf. Doch uns Bauern gegenüber zeigte er sich bei einer anderen Gelegenheit dann wieder ganz zahm, gewissermaßen tirilierend, wie es seiner Natur eigentlich zukommt. Vom Nato-Spaak-Sozialisten Dr. Sicco L. Mansholt, dem ehemaligen holländischen Landwirtschaftsminister und jetzigen Vizepräsidenten der EWG-Kommission, hörte ich diesen verführerischen Zungenschlag im Frühjahr des Jahres auf der Bad Tölzer Tagung der vom hessischen SPD-Landwirtschafts-Staatssekretär Dr. Tassilio Tröscher dirigierten „Agrarsozialen Gesellschaft" und dann, über das Radio, in der Straßburg-Agrar-Debatte des Europarates Ende Juni 1959. Dr. Mansholt suchte dabei umgekehrt den Eindruck zu erwecken, als wenn wir bäuerlichen Menschen gerade jetzt in Westeuropa von uns aus den Drang und das Interesse hätten, unsere Höfe zu verlassen und der Industrie, möglichst natürlich der Export- und noch besser der Rüstungs-Industrie, zuzuströmen. Diese Industrien sollten doch also um Gottes willen so gut sein, zu prüfen, ob sie nicht vielleicht doch noch, „wenn auch unter Opfern", Erweiterungsmöglichkeiten sähen, um uns landmüde, ja landüberdrüssige Menschen aufzunehmen. Wir würden uns gewiß sehr dankbar zeigen und — billig zur Verfügung stellen.

So fängt man „Bauern", Herr Dr. Mansholt! aber doch nur Bauern in Anführungszeichen... Also nicht uns, die durch vielerlei Versuchungen gegangenen real denkenden Bauern eines im Grunde fortschrittlichen Europa! Sie jonglieren mit vielerlei Zahlen, Herr Dr. Mansholt; aber wir lassen uns auch nicht durch Zauberkunststücke irreführen. Was soll es beispielsweise, wenn Sie uns erzählen, was wir längst wissen, daß eben in diesen Jahrzehnten in der SU und in den USA bisher in der Landwirtschaft wirkende Erwerbstätige sich in verstärktem Maße industrieller Tätigkeit zuwenden? Die Verhältnisse jener großen und unserer kleinen Länder lassen sich doch gerade in diesem Punkte nicht vergleichen. Jene Länder, besonders die Sowjetunion, befinden sich doch erst auf dem Wege zur vollen Industrialisierung. Ihr Bevölkerungszuwachs, nicht zuletzt ihr ländlicher, ist außerdem, auch in den Einzelrelationen, größer als unserer. Ihre Landbevölkerung kann also durchaus noch verschiedene Aderlässe vertragen — friedliche natürlich nur, versteht sich!

Die Bemühungen der an zahlreichen Entwicklungsländern „interessierten" USA und vor allem der mit einem ganzen Block von Entwicklungsländern ver-

bündeten Sowjetunion um neue Märkte, werden also von viel sichereren, festeren Basen aus betrieben. Von Basen einer immer dichteren Eigenbevölkerung, wie eines immer kräftigeren Binnenmarktes aus! Diese Bemühungen sind also nicht so labil wie das westdeutsche, „nun endlich auf Europa übertragene" Wirtschaftswunder. Der spezialisierte und hochgeschraubte geschäftliche und technische Sinn von uns Westeuropäern ist zwar auch seine Taler wert; aber er darf sich doch nicht all zu sehr in Spekulationen verlieren... Das muß uns zu Übersteigerungen führen, die uns schließlich nicht mehr klarsehen lassen. Wir können dann nur zu Bankerotteuren werden, zu immer gewagteren Schuldenmachern oder zu — Kriegsmachern.

Nein, Herr Dr. Mansholt, unsere Aufgabe ist es, einen Weg zu suchen, das Bauerntum gerade nicht zu reduzieren, sondern es zu stabilisieren, vielleicht sogar einmal es zu expansieren, d. h. es wieder auszudehnen. Zur Regeneration unserer Volkskräfte und zur Reorganisation unseres Binnenmarktes! Damit aber zur Fundierung einer echten Friedfertigkeit auch in Westeuropa, einer Friedfertigkeit, die nicht eine Angelegenheit von Lippenbekenntnissen, sondern von positiver Aufbauarbeit ist! Nicht zuletzt von uns Bauern...

So fiel bei mir also, dank Ihrer, Herr Dr. Mansholt, der Groschen. Ich begriff, daß uns europäischen und besonders uns westdeutschen Bauern das Fell wieder von falschen, wenngleich diesmal intelligenteren, infolgedessen aber auch gefährlicheren Verführern über die Ohren gezogen zu werden droht. Von Ihren weiteren Milchmädchen-Rechnungen, Herr Dr. Mansholt, will ich im Interesse Ihres Ansehens als eines wissenschaftlich gebildeten Wirtschaftspolitikers lieber schweigen. Obwohl man manchen solcher „absichtsvollen" Theoretiker doch gern dazu verhelfen möchte, sich ihre Studiengebühren wieder zurückerstatten zu lassen. Natürlich hat es über mehrere Generationen, gerade auch in Europa, einen ständigen Zug vom Lande zur Stadt gegeben, die sattsam bekannte Landflucht nämlich. Als Goethe 1830 seine Augen schloß, ahnte er bereits etwas von dieser kommenden Dynamik. Damals aber ging es in Europa darum, die Industrie zu entwickeln, wie es künftig auf unserem Kontinent-Anhängsel darauf ankommt, Industrie- und Agrarwirtschaft „auszugewichten".

Natürlich hat es nach dem jüngsten großen Krieg in Europa und namentlich in Deutschland ein Zurückfluten der Menschen vom Lande zur Stadt und auch ein letztes größeres Hinfluten von Agrar-Arbeitskräften in die Industrie-Wirtschaft gegeben. Denn der Aufbau der zerstörten Werke und Städte erforderte ein Viel, teilweise ein Mehr an Kräften, und es war zunächst gewiß auch sinnvoll, daß im Schwung dieses Kräftezuwachses manche verlorenen Außenmärkte wiedergewonnen, ja manche neuen an Stelle nicht mehr greifbarer alter dazu erobert wurden. Aber aus dieser „Gelegenheit" gleich einen „Dauerzustand" machen zu wollen, ist wohl menschlich, all zu menschlich, hier privat-industriell verständlich, aber objektiv nicht zu begründen.

Bei einem nato-beschatteten EWG-Vizepräsidenten, wie bei Ihnen, Herr Dr. Mansholt, kann man mit solchen Argumenten allerdings wohl kaum etwas werden. Aber das schadet auch nichts. Wichtiger dünkt es mir, daß wir Bauern selbst uns mit solchen Argumenten zur Klarheit bringen. Wir dürfen allerdings nicht im Negativen stecken bleiben — mag man uns von den Hallsteins, Mansholts usw. auch noch so dicht bei dicht mit falschen Argumenten zudecken! — wir müssen vielmehr eine positive Ausgangsstellung zu gewinnen suchen. Für die Zeit n a c h den Spaaks, den Hallsteins und den Mansholts! Denn nur das kann uns letztlich genügend Kraft geben, ihren falschen Zielen Widerstand zu leisten. Erfreulicherweise gibt es dafür heute schon genügend positive Aussichten, ja bereits Ansätze.

Das westeuropäische Bauerntum braucht nicht dezimiert zu werden, es kann vielmehr in friedlicher Arbeit neue Sicherheit und neues Wachstum gewinnen, wenn folgende Wege beschritten werden:

Erstens gilt es einen größeren Teil des Sozialeinkommens als bisher — statt in Export- und Rüstungsanlagen — in das Individualeinkommen hineinfließen zu lassen. Allerdings weniger in das Individualeinkommen der Manager, der unmittelbaren Kapital-Nutznießer und der Arbeits-Stars, als vielmehr der breiten Arbeits-Intelligenz und der Opfer einer widernatürlichen Kriegs- und einer überdrehten Friedensmaschinerie! Diese schätzungsweise 120 bis 150 Millionen in Europa, selbst in Europa, können durchaus noch reichlicheres und vor allem höherwertiges Essen gebrauchen. Werden sie geldlich besser gestellt, sehen also auch wir Bauern uns mittelbar wirtschaftlich gehoben.

Zweitens müssen endlich auch die landwirtschaftlichen, insbesondere die bäuerlichen Betriebe in der gleichen Weise des Kapital-Einstroms teilhaftig werden, wie er über ein Jahrhundert den industriellen Betrieben zugeflossen ist. Will sich das private Kapital in der Landwirtschaft nicht verstärkt engagieren, müssen öffentliche Kapitaldecken dafür bereitgestellt werden. Mit vollen, auf die Dauer garantiert angemessen tragbaren Verzinsungen erst nach längeren Anlaufszeiten, denn wir Bauern sind ja kapitalmäßig entsprechend lange ausgehungert worden. Sind die einzelnen bäuerlichen, namentlich die kleinbäuerlichen Betriebe nicht in der Lage, die notwendigen Sicherheiten für solche langfristigen Investitionen zu bieten, müssen diese Garantien gemeinde- und kreisweise bäuerliche Organisationen treuhänderisch übernehmen.

Drittens ist es erforderlich, über den gegenwärtigen, schon recht erfreulichen, die künftigen noch ungleich reicheren Perspektiven ins Auge zu fassen, welche die Technik bietet, und sie in der Verwirklichung für das Land gegenüber der Stadt vorzuziehen. Mit Hilfe der „gemeinwirtschaftlichen" Kapitalinvestitionen, nachdem das „freiwirtschaftliche" Kapital das Land, d. h. vor allem das kleinbäuerliche Land, auch heute noch vernachlässigt. Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, sollten hier insbesondere die agrartechnischen Perspektiven vollkommen aufgezeichnet werden. Es genügt zu sagen, daß atomkraftbetriebene Anlagen einerseits zur Bewässerung und Beregnung, andererseits zur Trocknung und grundsubstanziellen Verarbeitung der Agrarerzeugung der gesamten Landwirtschaft in aller Welt ein gänzlich anderes Gepräge geben werden, in Verbindung mit ungleich differenzierteren, dabei billiger hergestellten und betriebenen Boden- und Vieh-, Pflege- und Nutzungs-Aggregaten.

Der einzelne bäuerliche Betrieb wird dann auch auf kleiner Fläche, allerdings zwangsläufig in einem größeren organisatorischen Rahmen gut funktionieren können. Der kleinere Bauer wird dann dem größeren gegenüber vielleicht sogar das Übergewicht gewinnen. Mag auch den größeren noch manche besondere Chance winken: als Züchter, als Gastwirt für Erholungsuchende, als Landgestalter in Naturschutzparks, in sonstigen Spezialaufgaben, die aber nicht jedes Bauern Sache sind.

Diese für den Bauern und gerade für uns kleineren Bauern Europas interessanten Perspektiven als Sozialismus, Marxismus und Kollektivismus diffamieren zu wollen, kann nur als eine üble Ausgeburt des Kalten Krieges angesehen werden. Bestenfalls als ein psychologischer Trick! Wie alle Tricks dürfte aber auch dieser Trick schließlich nicht verfangen. Denn diejenigen, denen er vorgespiegelt wird, sind schließlich nicht dümmer, sondern eher schlauer als die Vorspieler selbst. Es hat sich schon oft in der Geschichte gerächt, Bauern als dumm verkaufen zu wollen.

Wir Bauern sagen uns, daß die ganze sowjetrussische Agrarkollektivierung möglicherweise in einem dort, auf den weiten und ackerbaulich noch nicht voll entwickelten Flächen, begründeten Zug zum Großbetrieb beruht. Und daß jene auf diese Weise neu entstandenen Großbetriebe sogar aus einer gewissen geschichtlichen Gunst von früher bäuerlich tätig gewesenen Menschen, statt von reinen Unternehmern aufgebaut werden konnten ... Und wir folgern weiter, daß wir westeuropäischen Bauern die Hand am Drücker behalten müssen, um die zu uns passenden Formen der Wirtschaft in einer wissenschaftlich und technisch voll erschlossenen Zukunft selbst entwickeln zu können. Wir können gewiß noch nicht genau wissen: welche Formen! Aber manches spricht dafür, daß größere organisatorische Einheiten — gemeinde- und kreisweise — und kleine Initiativ-Einheiten eine Rolle spielen werden.

Aus genügend reichen eigenen Gedanken und aus einem recht guten Gewissen können wir also den Spaaks, Hallsteins und Mansholts Widerstand leisten. Mit ihren viel zu kaltherzigen und auch sonst von der Wirklichkeit sich loslösenden „großzügigen" Umgehen mit unserer Existenz und unserer Gedankenwelt werden sie dann bald „aufgelaufen" sein. Die Export- und die Rüstungs-Industrie-Manager mögen dann noch so sehr stöhnen, daß sie von uns Bauern keinen billigen Arbeitskräfte-Nachschub erhalten. Und die Nato-Generäle mögen, je nach Temperament, zähneknirschen oder fluchen. Uns kann das gleich sein. Wir bleiben auf unseren Höfen sitzen, bis es sich herumgesprochen hat, daß unser kleines Europa nicht mehr dazu da ist, sich in schlechte Kriegsgeschäfte zu mischen, sondern nur noch anständige bescheidene Friedensarbeit zu leisten.

Dr. Bodo Manstein

Das Verteidigungsministerium hat Recht

Man hörte und las erboste Kommentare, als das Verteidigungsministerium der Bundesrepublik den Vorschlag einiger Kirchenmänner ablehnte, der dem Soldaten die Atomkriegsverweigerung zuerkennen wollte. Es heißt in dem Antrag, daß dem Soldaten der Schutz des Paragraphen 11 des Soldatengesetzes zustehen solle, wenn er die Anwendung atomarer, chemischer oder bakteriologischer Kampfmittel verweigere.

Die Entscheidung des Verteidigungsministeriums ist konsequent. Gewaltanwendung und Mord im Kriege ist kein quantitatives Problem. Sicher ist vielen Menschen erst durch die Überwaffen der Wahnsinn eines Krieges bewußt geworden, aber wo ist denn heute die Grenze? Will man den Atomkrieg ächten und Flächenbombardements auf große Städte mit Luftminen und Brandbomben gutheißen?

Gerade eine solche, von kirchlicher Seite kommende, Empfehlung offenbart erschreckend, wie wir uns mit halben Maßnahmen an der harten Wirklichkeit vorbeizudrücken versuchen. Wir liegen mit unseren Empfindungen und sogar dem so hochgepriesenen Vernunftgedanken meist mehr als eine Nasenlänge hinter der Technik, hier hinter der Militärtechnik zurück.

Überall in der Welt gibt es eine ganze Anzahl von Gegnern der Atomrüstung, die mit guten Gründen die Gefahr einer Menschheitsvernichtung im Ernstfalle

verkündet haben. Sie hatten und haben es wahrlich nicht einfach, ihre Argumente ins Volk zu tragen, besonders da das Wissen um die biologischen Gefahren so bedauerlich gering ist. Man neigt auch eher dazu Stimmen Gehör zu leihen, die die altgewohnte Verhaltensweise verteidigen und die durch das Atomzeitalter entstandenen neuen Probleme ignorieren, weil man sich dann nicht umzustellen braucht. Die kaum zu übertreffende biologische Naivität des Journalisten S c h l a m m ist ein schlagender Beweis dafür. Er beruhigt mit völlig falschen biologischen Beweisführungen die Menschen vor dem Grauen der Kernwaffen und empfiehlt das jahrtausendealte blutige Rezept der Gewaltauseinandersetzung. Man weiß jedoch bei ihm, wo man dran ist, auch wenn er von falschen Voraussetzungen ausgeht. Er ist so klar, wie diejenigen, die sagen, daß der militärische Gehorsam unteilbar sei. Aber nüchtern betrachtet sind alle gemeinsam rückständig gegenüber der technischen Kriegsmaschine unseres Zeitalters, sowohl die Befürworter einer Atomrüstung wie die alleinigen Atomkriegsgegner oder die Vertreter einer abgestuften christlichen Moral. Warum?

Nachdem man mit erheblicher geistiger Spätzündung begriffen hatte, daß die Kernwaffen im militärischen Einsatz eine Totalvernichtung herbeiführen werden und sogar schon die Teste mit diesen „Monstren" für mehrere Generationen einen unübersehbaren Schaden setzen können, begann man mit den endlosen Verhandlungen. Keineswegs allerdings mit einer so offenen, rücksichtslosen Aussprache, wie es dem Ernst der Sache und der Menschheitsnot entsprochen hätte, sondern mit altgewohnten diplomatischen Tricks und Manövern einer überholten Epoche. Unbelehrbare technische Berater suchten ständig nach Möglichkeiten, den Politikern Pläne für heimliche Atomexperimente auszuarbeiten. Aber während man mit großem Zeit- und Kostenaufwand diese Atomwaffenprobleme behandelte und behandelt, ist es den einseitig ausgerichteten Experten noch gar nicht aufgegangen, daß ihre eigenen Erfindungen sie längst überholt haben. Nicht die Frage des Atomkrieges sondern die des Krieges überhaupt steht heute zur Debatte.

Wer das im gegenwärtigen Zeitpunkt ausspricht, läuft Gefahr, von den sogenannten „vernünftigen" Menschen für geistig verdächtig angesehen zu werden. Da man bisher nicht gemerkt hat, daß man bereits in einer Sackgasse steckt, wünscht man auch nicht darauf hingewiesen zu werden. Kein Wunder, wenn die offizielle Politik sich unerwünschten Gedankengängen verschließt, für die sie noch keine Ausrede gefunden hat. Aber es nützt uns nichts, wir müssen uns mit den harten Tatsachen befassen; denn — wie ein bekannter Publizist gesagt hat — „den Kopf in den Sand stecken, heißt den Verstand unter die Erde bringen".

Der H-Bombenvater T e l l e r schreibt in seinem Buch:

„Reaktoren werden jetzt geplant, die 300 000 Kilowatt Strom produzieren. Wenn solch ein Reaktor für ein halbes Jahr in Betrieb ist und dann explodiert und seinen radioaktiven Inhalt in die Atmosphäre freigibt, so wird seine Radioaktivität mit der einer Wasserstoffbombe vergleichbar sein. Ein solcher Unfall wäre in einer wichtigen Hinsicht sogar schlimmer als eine Wasserstoffbomben-Explosion: Der Kernsprengstoff hebt die meisten seiner radioaktiven Produkte zu einer großen Höhe, und die giftige Aktivität wird weit zerstreut und verdünnt, bevor sie wieder herabsteigt. Die Aktivität aus einem Reaktor dagegen wird sich dicht am Erdboden halten und könnte die Menschenleben in einem Gebiet von Hunderten von Quadratkilometern gefährden. Sie wird ein noch größeres Gebiet verseuchen.

Bei dem langjährigen Betrieb vieler Reaktoren in den Vereinigten Staaten ist bis jetzt noch niemand durch Radioaktivität getötet worden. Das verdanken wir zum Teil der Vorsicht, zum anderen dem Glück. Wir müssen vorbereitet sein, daß

früher oder später sich Unfälle ereignen. Deshalb müssen wir versuchen, ausreichende Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um diese katastrophalen Unfälle zu vermeiden. Bei großer Sorgfalt kann dieses Ziel gewiß erreicht werden."

Die meisten Menschen glauben infolge des Völkerwettlaufs um die Atomenergie, daß wir zukünftig nur auf dem Wege über die Kernspaltung die für die Ernährung und zum Halten des Lebensstandards notwendige Energie bei wachsender Bevölkerung gewinnen können. Daher schießen an allen Stellen der Welt, in Ost und West, in unbesiedelten und dichtbesiedelten Gebieten Forschungsreaktoren und Atomkraftwerke wie Pilze aus der Erde. Einige unangenehme Zwischenfälle hat es bei dieser überstürzten Entwicklung trotz technischer Vorsichtsmaßnahmen in friedlicher Zeit gegeben, und die Unfallberichte aus England und anderen Staaten mit inzwischen bekanntgewordener „Nachlese" bestätigen und übertreffen z. T. die früheren Besorgnisse.

Was aber Teller und andere Autoren nicht erwähnen, sind die gewaltigen Mengen von Atommüll, die in der näheren Umgebung des Atomkraftwerkes lagern, und die große Anzahl von Instituten mit „heißer Chemie", die ebenfalls räumlich mit dem Reaktor verbunden sind. Als Beispiel sei Hanford, England, genannt; dort sind neben dem Werk ständig 225 Millionen Liter radioaktiver Substanz in großen Behältern vorhanden.

Wer in die Fachzeitschriften sieht, findet sich kaum durch bei der Fülle von Neuplanungen nicht nur für feststehende, sondern auch für bewegliche Reaktoren. Vom Atom-U-Boot, Atom-Kreuzer über atomgetriebene Öltanker und Flugzeuge breitet sich die Verwendung von radioaktiven Stoffen in allen Industrien aus.

E r t a u d schreibt dazu: „Natürlich ist das Sicherheitsproblem im Falle eines Schiffsreaktors viel schwieriger zu lösen als im Falle eines ortsfesten Reaktors, und zwar wegen der gedrängten Konstruktion, der zuweilen stärkeren Beanspruchung, wegen mechanischer Beanspruchungen durch Schiffsbewegungen, weil zahlenmäßig geringes und eventuell weniger qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und wegen der Benutzung eines Kernreaktors im Hafen, also in der Nachbarschaft von stark bevölkerten Gebieten." Er erwähnt dann die bekannten norwegischen Arbeiten, bei denen darauf hingewiesen wurde, daß 100 Tage nach dem Schiffbruch e i n e s e i n z i g e n großen Kernenergietankers die gesamte Wassermasse der Nordsee auf das Zahnfache der augenblicklich „erlaubten" Dosis radioaktiv verseucht würde.

Sowohl bei den Stand- wie auch bei den beweglichen Reaktoren finden wir zivile und militärische Aufgaben gekoppelt.

Hat man wirklich so wenig Phantasie, daß man nicht bemerken will, was hier für die Menschheit heraufzieht? Man streitet sich in großangelegten militärischen Theorien um gemischte Kriege, spricht von taktischen und strategischen Atomwaffen und will anscheinend nicht sehen, daß jeder Krieg heute zwangsläufig zum Atomkrieg werden muß, es sei denn, man wollte alle Erfahrungen früherer Gewaltauseinandersetzungen ignorieren.

Jeder Soldat weiß nämlich, daß man versuchen muß, möglichst schnell die Energiezentren des Gegners zu treffen. Hat aber erst jeder Regierungsbezirk bei uns eine solche allgemeine Atomzentrale, was ja angestrebt wird, so ist die Katastrophe unausdenkbar; denn 3—4 zerstörte Großkraftwerke dürften beispielsweise für die tödliche radioaktive Verseuchung der Bundesrepublik ausreichen. Dazu genügten unter Umständen einige Haftladungen oder einige konventionelle Bomben auf den Reaktor und in die großen Atommüllbehälter. Auch die anderen „heißen" Industrien sind lohnende Ziele.

Wie sieht es mit den Kriegsschiffen aus? Hält man sie für unverwundbar? Hat man vergessen, wieviel Unterseeboote im letzten Weltkrieg getroffen wurden? Land- und Wasserverseuchung überschneidet sich also selbst dann, wenn keine einzige Atombombe gefallen ist, ja sie kann schneller und nachhaltiger sein als bei der H-Bombenexplosion. Die für solchen Fall schon völlig unzureichenden Schutzmaßnahmen würden dabei noch sinnloser sein.

Das Internationale Rote Kreuz bemüht sich, die Atomwaffen völkerrechtlich unter die „blinden" Waffen einordnen zu lassen. Aber auch der konventionelle Krieg ist heute „blind", d. h. er kann niemals mehr unterscheiden zwischen militärischen und zivilen Schäden. In jedem Fall wird die Zivilbevölkerung mit leidtragend sein und weder der Artillerist noch der Bombenflieger, weder der Infanterist mit Sprengwaffen, noch der Panzerschütze können im geringsten vorausberechnen, was sie an radioaktiver blinder Verseuchung anrichten.

Da also der heutige Soldat sowieso nicht anders schießen kann als mit der Erwartung auf unübersehbare Massenvernichtung, ist es völlig sinnlos, der Bundeswehr eine Atomkriegsdienstverweigerung empfehlen zu wollen.

Wer heute Gewalt bejaht, muß sich klar sein, daß jeder Schuß aus einem konventionellen Rohr mit „normalem" Sprengkopf die Atomkatastrophe einleiten kann.

Einstweilen verschließen Politiker und moderne Strategen vor dieser Konsequenz einer schnell um sich greifenden technischen Entwicklung fest beide Augen. Wem angesichts der H-Bomben-Effekte etwas heiß wurde, der flüchtete sich in das geschichtliche Heldentum konventioneller Verteidigung. Aber damit ist es vorbei. Es gilt, ehrlich Farbe zu bekennen. Was der Mensch nicht von sich aus, von innen heraus fertiggebracht hat, dazu wird er jetzt von außen gezwungen.

Zwei große Gruppen werden sich zukünftig in der freien Welt gegenüberstehen. Die einen besitzen noch die Macht und die Unvernunft. Sie wollen um ihrer Ideologie willen unter Umständen alles aufs Spiel setzen, sie vertrauen nur der Gewalt und achten die geistige Kraft gering. Sie halten die „Gewaltlosen" für Schwärmer, und gerade weil sie unter den heutigen Umständen der Engpaßsituation keine gangbare Lösung mehr sehen, bleiben sie verkrampft in ihrem Vernichtungsdenken.

Die Vertreter einer gewaltlosen Verständigung sind bisher ohne wesentlichen Einfluß und es bleibt fraglich, ob ihre Alternative ausreichend geistigen Boden gewinnt. Die echten Freiwilligen dieser Bewegung müssen furchtlos und angriffsbereit sein. Zaghaftigkeit steht diesen Männern nicht an. Sie sind ohne Illusion aber voller Glauben an eine geistige Revolution, an deren Anfang Zivilcourage und Auflehnung gegen ein überholtes Denken und Handeln steht. Halbe Maßnahmen sind tödlich. Die Situation ist so zugespitzt, daß es nur ein Entweder — Oder gibt. Es gilt die Völker vor denen zu schützen, die aus Unverständnis oder Machtstreben die Menschheit in eine Totalvernichtung zu stürzen drohen. Dafür sollte kein Opfer zu gering sein.

Dr. Hans-Heinz Holz

Selbstbewußtsein und Krise des Liberalismus

In den vergangenen Wochen ist die deutsche liberale Partei, die FDP, in eine politische Grundlagendiskussion eingetreten, in der sie die Prinzipien der politischen Weltanschauung herauszuarbeiten versucht, die für sie als Vertreterin des Liberalismus heute maßgebend sein müssen. Zwei grundlegende Referate beim Berliner Parteitag der FDP von Professor Walter Erbe und Dr. Thomas Dehler leiteten diese Selbstbesinnung des deutschen Liberalismus ein. Von diesen Referaten ausgehend, ergibt sich ein Bild dessen, was der Liberalismus heute von sich selbst aussagt und wie er sich selbst versteht.

I.

Der rationalistische Charakter des Liberalismus

a) Der Begriff „liberalismo" ist als Antithese zum „servilismo" spanischer Hofschranzen entstanden. Er bezeichnet so zunächst eine Haltung, weit weniger ein politisches Programm. Dieser Ursprung ist für den Liberalismus auch dann noch bestimmend geblieben, als er längst zum Titel einer politischen Bewegung mit Parteiorganisation und konkreten staatlichen Zielsetzungen geworden war. Liberalität als Haltung, „liberal" als Bezeichnung einer Einstellung zur Umwelt gehen in ihrem Begriffsumfang weit über das hinaus, was Liberalismus als politische Doktrin bedeuten kann. Sie benennen so etwas wie einen allgemeinen kulturgeschichtlichen Boden, aus dem auch andere Gewächse als der Liberalismus im engeren Sinne Nahrung ziehen. Rationalität, Individualität, Toleranz nennt Walter Erbe[1]), Rechtsstaatlichkeit und Selbstverantwortlichkeit fügt Thomas Dehler[2]) hinzu, Pluralismus und Friedlichkeit stellt Karl-Hermann Flach[3]) heraus, Humanismus, Personalismus, Rationalismus heißt es bei Wilhelm Röpke[4]). Es sind ganz verschiedene Begriffssphären und Lebensbereiche, die hier angesprochen werden: metaphysische, ethische, staatsphilosophische. Zwischen ihnen gibt es eine Verbindung: die Fundamentalkategorie der Freiheit, die in alle diese Bereiche eingebettet ist. Eine klärende Analyse muß ausgehen von den allgemeinsten Voraussetzungen liberaler Haltung, um deren Manifestationen begreifen zu können.

Wenn wir die Grundtatsache des „Liberalen" als eine Haltung verstehen, so stellt sich wiederum die Frage, von welcher ersten Voraussetzung, von welchem primum principium sich diese Haltung herleitet. Wir kennen am ehesten das Phänomen der alle Lebensäußerungen bestimmenden Haltung vom Christentum her, dessen Kardinaltugend Demut, einen solchen Haltungsbegriff darstellt. Demut ist die Einstellung, die aus dem ständigen Bewußtsein der „schlechthinnigen Abhängigkeit" von einem höheren Wesen hervorgeht, die letztlich von dem Gefühl der Schuldhaftigkeit, Sündhaftigkeit oder einfach der Kleinheit und Geringfügigkeit des Menschen bedingt ist. Liberalismus erwächst dagegen aus dem Bewußtsein eigener Würde, unverlierbaren menschlichen Ranges und Selbstseins.

b) Dieses Bewußtsein stammt aus der Renaissance, schafft die Voraussetzungen neuzeitlichen Denkens bei Descartes und wird zur politischen Theorie in der Aufklärung. Es gründet sich auf die Selbsteinschätzung der Vernunft als eines autonomen Vermögens[5]). Das vernünftige, d. h. allein den Gesetzen der Logik folgende und sich nur dem Prinzip wissenschaftlicher Wahrheitsfindung unterwerfende, Denken macht sich zum Maßstab seiner selbst und seines Gegenteils, das es an diesem Kriterium mißt und verwirft. Absolute Rationalität schließt ein: Absage an jede Art von Vorurteil, Aberglauben, ungeprüfter Mei-

nung; nur das wissenschaftlich Erweisbare hat Anspruch auf Gültigkeit. Bekenntnis zur Erkennbarkeit der Welt, prinzipiell auch zur Erkennbarkeit des bislang noch Unerkannten. Annahme einer rational erfaßbaren Struktur der Welt, deren Ordnung als solche unserer Vernunftvorstellung von Ordnung entspricht, und des Weltgeschehens, dessen Prozesse gesetzmäßig verlaufen.

Rationalität als metaphysisches Axiom ist eine weltanschauliche Vorentscheidung. Man kann sie plausibel machen[6]), aber nicht in strengem Sinne beweisen, da ein solcher Beweis ihre Gültigkeit bereits voraussetzen, und somit einem circulus vitiosus verfallen würde. Während die Haltung der Demut diese weltanschauliche Entscheidung in entgegengesetztem Sinne trifft und das „credo, quia absurdum" Tertullians akzeptieren muß, kann die den Liberalismus fundierende Haltung der Selbst-Ständigkeit nur auf der Basis der Rationalität durchgehalten werden. Denn der Mensch als das animal rationale (nach antiker Definition) kann sich seines Eigenwertes nur versichern, wenn er das auszeichnende Merkmal seiner selbst, eben die ratio, absolut setzt.

Den praktischen Sinn der Rationalität als Element des Liberalismus, hat Walter Erbe umrissen: „Rationalität als Anspruch an die Freiheit heißt, weder aus Willkür noch aus blindem Gehorsam zu handeln, sondern aus Einsicht. Damit meint der Liberalismus die Überprüfung der Gedanken, die Deutung der Erfahrung und Unterscheidung der Wirklichkeit gegenüber dem Nichtunterscheidenkönnen der Leidenschaft und des Fanatismus ... Deshalb ist der Liberalismus bereit, was ihm von außen an Wahrheiten zukommt, nicht nur als Gegensatz zu nehmen, sondern in sich hineinzubilden. Gerade die Einformung geistiger Substanzen, woher sie kommen, in das eigene Ich gehört zum Wesen liberaler Haltung. Ich habe deshalb den Liberalismus einmal das politische System des integrierenden Realismus genannt. Denn er hat einen dynamischen Begriff von der Wahrheit, nicht einen statisch-absolutistischen". Eine Leibniz'sche Offenheit schlägt sich in diesen Worten nieder, der jeder Dogmatismus ungesicherter Hypothesen fremd sein soll[7]). Der Haltungscharakter des Liberalismus wird an dieser Stelle besonders deutlich. Denn nur als Haltung kann eine solche Offenheit bestehen, als Theorie, Programm, System ist sie dauernd Verfestigungen ausgesetzt, die erst durch den aus der Haltung geborenen Widerspruch wieder aufgebrochen werden.

c) Rationalität stellt den Menschen in die Selbstverantwortung. Er muß aus seiner eigenen Vernunft heraus entscheiden, denn keine Autorität kann ihm die Überprüfung von Behauptungen und Schlußfolgerungen abnehmen. Die Vernunft ist notwendigerweise immer individuell, ihr Erzeugnis, die Vernunftwahrheit, hingegen immer allgemeingültig. Aus diesem Widerstreit von individueller Wahrheitssuche und allgemeiner Wahrheitsaussage, ergibt sich die Pflicht der Nachprüfung, also auch die Pflicht, die Beweise für eine getroffene Aussage vorzulegen. So formuliert Thomas Dehler: „Der Liberale ist der selbstdenkende, aus dem Selbstvertrauen der Vernunft verantwortlich handelnde Mensch". Diese rationale Selbstverantwortlichkeit macht den Menschen innerweltlich autonom. Er ist keinem Gesetz unterworfen, das nicht aus seiner eigenen Vernunft geboren ist — nur die Einsicht in das für alle Menschen als Bedingung des Daseins des Einzelnen Notwendige kann für den Menschen gesetzgeberisch sein. Insofern ist Kants „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten" der ethische Katechismus der Liberalität[8]). Rationalität, Liberalismus und innerweltliche Autonomie des Menschen gehören zusammen. Eine liberale Theorie, die auf diesen Zusammenhang verzichten wollte, wäre undenkbar. Die aufklärerische Gesinnung des Liberalismus ist nicht aufzuheben, ohne daß der Liberalismus selbst negiert würde.

Das muß klar zu Bewußtsein gebracht werden, weil heute nicht wenige Vertreter liberaler Ideen zu einem Verzicht auf Rationalität und menschliche Autonomie, zu einer Mythisierung bestimmter Verhältnisse, Ordnungen und Institutionen geneigt sind. Das gilt zum Beispiel für Wilhelm R ö p k e , der als einer der ersten nach dem Kriege sich für die Erneuerung des Liberalismus eingesetzt, dabei aber entscheidende Voraussetzungen der Liberalität aufgegeben hat. Da heißt es etwa: „Wer nämlich die Gesellschaft für einen einfachen Verband von Individuen hält, welcher mit dem logischen Verstand des einzelnen zu erfassen ist, wird unvermeidlicherweise zu dem Schlusse verführt, erstens, daß nichts in der Gesellschaft geduldet werden sollte, was nicht in das klare Bewußtsein des einzelnen tritt, nichts, was das ungeplante und unbewußte Ergebnis ungezählter Einzelakte ist, wie etwa der Eisenpreis, der Devisenkurs oder der Kapitalzins, und zweitens, daß der menschliche Verstand ausreicht, das Ganze der Gesellschaft und Wirtschaft nicht nur zu begreifen, sondern auch nach einem bewußten Gesamtplan zu lenken" [9]). Dem kann, aus dem Geiste des Liberalismus selbst, nicht scharf genug widersprochen werden. Natürlich sind Gesellschaftsordnungen rational einsehbare Beziehungssysteme ihrer individuellen Glieder, wobei es selbstverständlich ist, daß aus der Integration der Individuen in die Gesellschaft neue Seinsqualitäten entspringen, die nicht einfach als Summe der individuellen Merkmale der integrierten Glieder gefaßt werden dürfen, aber doch intelligibel und gesetzmäßig beschreibbar sind. Wer das nicht zugibt, macht die Gesellschaft zu einer mythischen Größe (wie die „Volksgemeinschaft" der nationalsozialistischen Ideologen), die Aufopferung statt Erkenntnis fordert. Dagegen ist Thomas D e h l e r zu zitieren: „Der liberale Glaube geht vom Menschen aus, der sich seine Ordnung schafft, immer wieder von neuem schafft ... Wir haben keinen theokratischen, keinen Kirchenstaat, sondern einen säkularen Staat. In ihm waltet das Gesetz der Vernunft, der Wille, die Dinge des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft möglichst zweckmäßig zum Besten der Gesamtheit aller Menschen zu ordnen".

Die Frontstellung gegen eine religiös-institutionelle (also klerikale) Staatsauffassung, die den Staat in dogmatisch fixierte Formen pressen will, ist dem Liberalismus traditionell — sie ist heute, in einer Zeit klerikaler Restitution und klerikal-faschistischer Ambitionen, besonders aktuell. Sie kommt aus jener grundsätzlichen Anerkennung der Selbstverantwortlichkeit des Menschen für die Gestaltung seines Lebens und Zusammenlebens, die man als Freiheit oder Autonomie bezeichnet. Die Theoretiker des Liberalismus legen Wert darauf, diese menschliche Autonomie auf den Bereich der irdischen Dinge zu beschränken: „Die liberale Idee gibt keine Lösungen für die Ewigkeitsentscheidungen des Menschen. Das ist nicht ihre Sache, ist nicht Sache einer politischen Partei" (Dehler). Was über die innerweltliche Selbständigkeit hinausgeht — religiöse Bindung an die Transzendenz oder atheistische Leugnung — fällt nicht mehr in den Bereich des Liberalismus; dieser läßt für beides Raum. Er nimmt zur Religion ein positiv-indifferentes Verhalten ein. Die Nachbarschaft zum Protestantismus in seinen nicht-eifernden Formen bleibt für viele Liberale bestehen, ist aber nicht zwingend. Das Bekenntnis zur Rationalität hat an den Grenzen dieser Welt ebenfalls seine Grenze.

d) Bindend ist hingegen der Primat der Wissenschaft als Korrelat der Rationalität. Was wissenschaftlich widerlegt oder als unwahrscheinlich erwiesen ist, kann der Liberale nicht mehr in seine Weltanschauung aufnehmen. Theorie und praktisches Handeln müssen sich nach dem Stand der Erkenntnis, nach dem wissenschaftlich Begründeten richten. Der Liberalismus läßt darum seinem Wesen nach auch echte Diskussion zu, weil über den Beweiswert und die Gültigkeit wissenschaftlicher Argumente mit objektiven Methoden und mit der Aussicht

auf ein überzeugendes Ergebnis gestritten werden kann. Dieses Ergebnis, sobald es gesichert ist, muß allerdings für den Liberalen kraft seiner rationalen Grundeinstellung zwingend sein, auch dann, wenn es überkommenen und lieb gewordenen Vorstellungen widerspricht.

Der Primat der Wissenschaftlichkeit schließt allerdings — im Gegensatz zu der von Röpke[10]) vertretenen Auffassung — ein, daß man der Wissenschaft die Vorzeichnung des gesellschaftlich-politisch Anzustrebenden zutraut und zuweist. Das politische Zielbild muß wissenschaftlich fundiert sein, so sehr die politische Praxis aus Rücksicht auf widerstrebende Kräfte zu Abweichungen davon gezwungen sein mag. Wer politische Diskussion mit wissenschaftlichen Argumenten und Methoden betreiben will, darf die Gesellschaftswissenschaften[11]) nicht davon ausschließen, selbst politische Zukunftsdiagnosen und Zielrichtungen aufzustellen. Wissenschaft ist nicht nur nachträglich deskriptiv und explikativ, sondern auch antizipierend normativ. Hier liegt eine im Wesen der liberalen Rationalität begründete Forderung, die der pragmatische Politiker wohl am schwersten anerkennen wird. Gerade sie ist aber mit dem echten Liberalismus fest verbunden.

II.

Der traditionelle Freiheitsbegriff des Liberalismus

a) Wie das Selbstverständnis des Menschen von der Rationalität her ein Erbstück des aufgeklärten Bürgertums ist, so auch der Begriff der Freiheit, jener zweite tragende Pfeiler in der Ideenwelt des Liberalismus. Es zeugt zwar von einem abgrundtiefen Mißverständnis des Wesens der Freiheit, und ihrer ideengeschichtlichen Bedeutung für den Liberalismus, wenn Reinhold Maier unbekümmert erklärt, die Freiheit sei „die Ideologie der Liberalen“[12]). Eine solche Formulierung zeugt nur von Begriffsverwirrung: eine Ideologie ist ein System von Ideen, das in seiner Gesamtheit Ausdruck einer bestimmten weltanschaulichen Perspektive ist, als welcher es charakteristischen Verzerrungen der Wirklichkeit unterliegt, denen zufolge die widergespiegelte Realität im Spiegelbild der Ideologie nicht mehr getreu abgebildet erscheint; der Verzerrungskoeffizient setzt sich aus objektiven, in der Selbstverschleierung der Realverhältnisse begründeten, und subjektiven, aus klassegebundenen oder persönlichen Interessen resultierenden, Faktoren zusammen[13]). Freiheit als philosophischer und politischer Einzelbegriff kann nur ein Bestandstück einer Ideologie sein, während der mit diesem Begriff gemeinte Sachverhalt außerhalb jeder ideologischen Auslegung existiert. Die Frage muß darum lauten, ob der Freiheitsbegriff im Rahmen einer bestimmten Ideologie sich mit dem Begriffsgegenstand deckt oder ihn verfälscht.

Wenn Reinhold Maier also die Freiheit als die Ideologie der Liberalen bezeichnet, so müßte er genau genommen damit gemeint haben, daß der Begriff im liberalen Denksystem ideologisiert, d. h. verfälschenden Modifikationen ausgesetzt ist. Das wollte Maier bestimmt nicht sagen, wenngleich er damit einen nicht unrichtigen Sachverhalt ausgesprochen hätte. Wir werden nämlich im weiteren Verlauf unserer Untersuchung sehen, daß der liberale Freiheitsbegriff heute tatsächlich zu eng ist, und den ganzen Begriffsinhalt nicht umfaßt, folglich verzerrend und irreführend wirken muß, wenn er absolut gesetzt wird. Doch davon später. Hier dient uns die ungenaue Formulierung des liberalen Politikers (so sehr diese Unexaktheit das Indiz für eine prinzipielle theoretische Schwäche des politischen Liberalismus ist), nur als Ausgangspunkt, zunächst einmal schärfer zu umreißen, was Liberalismus als politische Doktrin und Haltung der Welt gegenüber überhaupt bedeutet.

Freiheit hat einen zweifachen Sinn: einmal als Freiheit der individuellen Persönlichkeit, wie sie im Grundgesetz verbürgt ist, ohne daß dort eine nähere Bestimmung des Inhalts dieser Persönlichkeitsfreiheit gegeben würde; zum anderen als Freiheit in der Gemeinschaft, die wiederum doppelt gegliedert ist: „Die Freiheit in der Gemeinschaft hat einen doppelten Bezug: die bürgerliche Freiheit, die Möglichkeit, aus eigenem Wollen und eigener Verantwortung zu leben, und die politische Freiheit, die Teilnahme an der Ordnung des Staates und an der politischen Macht der Gemeinschaft. Die beiden Freiheiten machen die liberale Idee vom Menschen aus, sie bedingen sich gegenseitig" (Dehler). Diese Unterteilungen sind praktisch, wenn auch begrifflich nicht scharf. Mit Recht betont W. R. Beyer: „Auch die politische Freiheit ist Freiheit der Person — und die persönliche Freiheit beinhaltet erst recht die politische Betätigung" [14]). Insofern hier der Gattungsbegriff Freiheit (und nicht nur eine seiner Arten) als verfassungsrechtlich bedeutsam hingestellt wird, stimmen wir dem unbedingt zu. Eine Teilung des Freiheitsbegriffs in einen persönlich-privaten und einen politischen, anders gesagt: in einen moralischen-innerlichen und einen juristisch-äußerlichen, kann nur zur Rechtfertigung von Freiheitsbeschneidungen mißbraucht werden und übersieht die Tatsache, daß der Mensch (nach der aristotelischen Definition) immer ein „zoon politikon" ist [15]).

Dennoch hat die Gliederung der Freiheit in ihre verschiedenen Arten einen guten Sinn, weil es tatsächlich verschiedene (und in der Freiheitsproblematik divers betroffene) Bereiche menschlichen Lebens gibt. Nur ist der in die Verfassungsgeschichte eingegangene und dem liberalen Denken entstammende Begriff der Freiheit der Persönlichkeit nicht sehr geeignet, eine gesonderte Freiheitssphäre zu bezeichnen und konkrete, als Rechtstitel verbürgte Inhalte, zu umreißen. Das liegt einmal daran, daß die diesen Artbegriff bestimmende differentia specifica — die Persönlichkeit — kein eindeutiger Begriff ist, mit dem sich prägnante Vorstellungen verbinden; im Namen des Freiheitsrechtes der Persönlichkeit kann man „Ehrenschutzgesetze" planen, die die konkrete Freiheit der Presse knebeln sollen! Zum anderen liegt es daran, daß der Ausdruck „Freiheit der Persönlichkeit" offen läßt, ob es sich dabei um einen Genitivus subiectivus oder um einen Genitivus obiectivus handelt: der Gen. subi. würde besagen, daß die Persönlichkeit frei ist (Freiheit aus sich hervorbringt), daß also da, wo es keine Freiheit gibt, es auch keine echte Persönlichkeitsbildung geben kann — der Gen. obi. würde aber Freiheit für die Persönlichkeit meinen, also ein Postulat aufstellen; schließlich könnte es sich auch noch um einen Genitivus possessivus handeln, also Freiheit als ein Besitz der Persönlichkeit betrachtet werden, wie es in der Tat oft geschieht, ohne daß man wüßte, wie Freiheit zu einem Besitztum verdinglicht und unter den Anwendungsbereich der Kategorie Haben subsumiert werden könnte [16]).

Wir kommen der Sache näher, wenn wir bedenken, daß Freiheit kein Eigenschafts- oder Dingbegriff, sondern eine Modalkategorie ist [17]). Freiheit der Persönlichkeit heißt dann freies Person-sein. Person-sein kann für unseren Zusammenhang dahingehend definiert werden, daß die unverwechselbare Besonderheit eines Menschen in ihrem Zusammenklang (und evtl. Widerstreit) mit der Umwelt sich in seinem Person-sein manifestiert [18]). Freies Person-sein ist dann solches, das die in ihm liegenden Möglichkeiten voll oder zu einem wesentlichen Teile ohne Beeinträchtigung durch vermeidbare oder abwendbare äußere Behinderungen verwirklichen kann. Insofern ist Freiheit der Persönlichkeit die Bedingung unverkürzten Menschseins.

Erinnern wir uns der im vorigen Abschnitt zugrunde gelegten Bestimmung des Menschen als des animal rationale, nehmen wir also den Grundbegriff

der Freiheit mit dem der Rationalität zusammen, so ergibt sich der formale Umfang der Persönlichkeitsfreiheit: er fällt mit der unbeschränkten Anwendung der Vernunft als des einzigen Entscheidungsmotivs für menschliches Handeln zusammen. In diesem Sinne definiert Spinoza: „Der freie Mensch ist der, der nach dem Gebote der Vernunft lebt". Zugleich ist damit die Selbstbeschränkung der Freiheit aus ihrem eigenen Wesen angedeutet. Noch einmal W. R. Beyer: „Bedingt nicht Freiheit schon begrifflich eine gewisse Einschränkung des Wollens und Handelns, nämlich die Einschränkung durch die Vernunft, die Einschränkung durch die Sittlichkeit? Vernunftlose Willkür, triebhaftes Handeln oder launenhaftes Wollen sind nicht Ausfluß der Freiheit. Dem Begriffe der Freiheit ist die Existenz der Vernunft immanent" [19]). Damit stimmt Dehler überein: „Die Freiheit ist das Gegenteil von Willkür. Sie ist die Freiheit in der Verantwortung vor der Gesamtheit. Sie verlangt Fähigkeit und Wollen zur Entscheidung".

Bei näherer Betrachtung fällt also die Freiheit der Persönlichkeit mit der Freiheit zur ungehinderten Entfaltung des Individuums nach den Regeln der Vernunft zusammen. Daß es zwischen Freiheit und Rationalität zu einem Widerspruch kommen kann, bei dem die Rationalität gerade die Funktion der Unterdrückung der Persönlichkeit übernimmt und die Freiheit in der Sphäre des Spiels unter dem Primat der Phantasie wiedergewonnen wird, muß hier außer Betracht bleiben, weil diese Problematik noch nicht hinreichend diskutiert und auf ihre Konsequenzen hinsichtlich des Wesens der Rationalität, die doch auch für jene Theorie ein Kriterium ihrer methodischen Schlüssigkeit bleibt, nicht genügend weitergedacht worden ist [20]).

Jedenfalls bekennt sich der Liberalismus expressis verbis zu dieser Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit. Erbe nennt ausdrücklich als „Merkmal des Zustandes politischer Freiheit" die „Individualität" und fährt fort: „Sie ist die positive Wertung geistiger Selbständigkeit, meint Kultur der qualitativen Persönlichkeit ... Darum fordert der Liberalismus unbedingte Achtung vor der Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er will alle menschliche Tätigkeit zur Anteilnahme an der Kultur, zum rechten Menschsein befreien, aus Klassen Menschen machen, wie es Friedrich Naumann, die Sozialbestimmtheit des Liberalismus normierend, formuliert hat. Individualität ist wiederum etwas anderes als Individualismus, Auflösung der Gesellschaft in lauter Einzelne. Wer so wie der Liberalismus die Gewinnung der Einsicht aus der Auseinandersetzung betont, betont damit das Aufeinanderangewiesensein der Einzelnen, die Notwendigkeit, aus Polaritäten und Gegensätzen zu einer für alle tragbaren Entscheidung zu kommen" [21]). Es muß später erörtert werden, inwieweit sich diese Forderung in der bestehenden Gesellschaftsordnung verwirklichen läßt und ob sie nicht im Zusammenhang mit der Bejahung dieser Gesellschaftsordnung ein kontradiktorisches und ein utopisches Element enthält.

b) Zum mindesten erweist sich so die Persönlichkeitsfreiheit als ein Oberbegriff, dem die bürgerlichen und politischen Freiheiten zu subsumieren sind. Um diese handelt es sich nun im engeren Sinne, wenn von der Freiheitslehre des Liberalismus gesprochen wird. Es geht dabei um Freiheitsrechte, die das aufklärerische Bürgertum gegen den Staat zu verfechten und zu erringen hatte. Von daher stammt noch eine grundsätzliche Staatsfeindlichkeit, die dem Liberalismus eigen ist: „Die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte sind Rechte gegen den Staat" (Erbe). Man erinnert sich des bösen Wortes, daß der Liberalismus dem Staate nur die Rolle des Nachtwächters zubillige. Viele der vom liberalen Bürgertum mit Leidenschaft und Opfern erkämpften Freiheiten sind heute selbstverständlich geworden. Dennoch müssen sie genannt werden, um den Umfang des liberalen

Freiheitsbegriffes zu bestimmen. Und es sei nicht vergessen: Notstandsgesetze, Arbeitsdienstverpflichtungen, Einschränkungen der Pressefreiheit (Lex Soraya!) und ähnliches stehen schon wieder zur Diskussion — mit wesentlichen Einschränkungen dieser Freiheitsrechte. Klerikale Schul- und Familienpolitik, Diskriminierung der Rasse und des Glaubens wegen, Verlagerung der jurisdiktiven (zum Teil auch der legislativen) Funktionen auf die administrativen Organe (Polizei, Verwaltungsbehörden, Arbeits- und Finanzämter, Verfassungsschutzämter etc.) sind politische Wirklichkeit. Die liberalen Freiheitsideen, die das Wesen der bürgerlichen Demokratie bestimmen, sind keineswegs so gesichert, wie die Verfassungstexte glauben machen wollen. So haben diese Vorstellungen politischen Aktualitätsgehalt.

1. An erster Stelle in der Liste der bürgerlichen Freiheiten stand lange die Freizügigkeit: freie Wahl des Wohnorts, unbehinderter Ortswechsel, freie Reisemöglichkeit. Wie sehr diese Art Freiheit von anderen Dingen abhängt (Berufswahl, Positionsangebote, Sprachkenntnisse, Geldmittel, Bindung an immobilen Besitz usw.), erhellt auf den ersten Blick. Freizügigkeit kann nicht Vagantendasein bedeuten, solange Erwerbsrücksichten eine Rolle spielen. Nur der wohlhabende Rentier vermag es sich zu leisten, als Globetrotter zu leben. Wer sonst es auch möchte, wird durch Existenzsorgen zurückgehalten. Die Freizügigkeit im modernen Industrie- und Beamtenstaat ist eine relative. Der Angestellte muß Versetzungen in Kauf nehmen, wenn er nicht auf wohlerworbene Rechte verzichten will. Immerhin ist ein gewisses Maß an Freizügigkeit gesichert, zum mindesten in Abwägung gegen andere Belange.

2. Wichtiger ist die Freiheit von Privilegien. Vor allem das Ausbildungsprivileg der herrschenden Klasse ist von den Benachteiligten stets als eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer Freiheit empfunden worden. Auch heute noch ist es nicht ganz behoben. Wohl gibt es in verschiedenen bundesrepublikanischen Ländern Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Aber das Problem, daß der höhere Schüler vier Jahre länger der Familie zur Last fällt, der Student gar noch einmal darüber hinaus etwa fünf bis sechs Jahre (und meist zusätzliche Zuwendungen braucht), ist damit nicht gelöst. Vielfach übersteigt diese Anforderung die Finanzkraft der Eltern. Gleiche Ausbildungsmöglichkeiten bestehen auch nicht in sachlicher Hinsicht. Wer seinem Kind über die Schule hinaus Privatunterricht und Überwachung zuteil werden lassen kann, verschafft ihm Vorteile. Wenn es auch kein Bildungsprivileg im alten Sinne mehr gibt, so erzeugt doch die verschiedene Einkommens- und Eigentumslage der Elterngeneration ein subtiles System von Bevorzugungen und Nachteilen für die Filialgeneration. Die Gleichheit der Ausgangssituation ist keineswegs gewährleistet. — Auch sonst gibt es Standesprivilegien, zum Teil berufsständische (z. B. Beamtenschaft), zum Teil konventionelle (z. B. der studentischen Verbindungen). Freiheit als Gleichheit ist immer bedroht. Nicht einmal Gleichheit vor dem Gesetz ist gesichert, wenn auch legaliter verbürgt. Dennoch gilt: „Es ist altes Gedankengut, daß die Freiheit als solche den Grundsatz der Gleichheit aller beinhaltet ... Das Gleichheitsideal ist heute zum Kriterium einer politischen Weltanschauung geworden. Alle Parteien vertreten es, und doch sieht es jede anders ... Wahre Demokratie erfordert, daß der Grundsatz der Gleichheit aller aufrecht erhalten bleibt" [22]). Die alte Verknüpfung von Freiheit und Gleichheit in der Losung der französischen Revolution gehört auch zum traditionellen liberalen Ideenschatz. Dennoch wird sie am leichtesten preisgegeben. Von Gleichheit ist bei Erbe und Dehler wenig die Rede, eher abwehrend wird sie genannt; Röpke konstruiert sogar einen Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit [23]). Gewiß gerät der überlieferte Liberalismus bei diesem Problem auf Glatteis. Er müßte jedoch heute Lösungen suchen,

die die Gleichheit nicht aufgeben oder mindern, sei es auch um den Preis, daß er bestimmte liebgewordene Vorstellungen von der Organisation der Gesellschaft modifizieren müßte.

3. Zu den umstrittensten Freiheitsrechten — und zu den fragwürdigsten, wenn man sie verabsolutiert — gehören die Freiheit der Meinungsäußerung und der Religionsausübung. Auch sie gehören zum alten und festen Bestand liberaler Doktrinen. Von den Artspecifica her gesehen ist es nicht ganz richtig, sie in einem Atemzug zu nennen. Denn die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ist eine ganz und gar subjektive, eine Gewissensfreiheit, die keinen politischen Belang hat, solange die Religionsgemeinschaft oder ihre Verhaltensnormen nicht in Widerspruch zu den staatlichen Gesetzen geraten. Die gegen jede Art autoritäre Orthodoxie gerichtete Forderung nach Freiheit des religiösen Bekenntnisses richtet sich darum vor allem gegen klerikalistische Staatsformen, sinngemäß gegen alle auf Ausübung eines Gewissenszwangs oder einer staatlichen Institutionalisierung gerichtete Kirchenpolitik (auf den Antiklerikalismus der Liberalen wird später noch einzugehen sein). Ein unbehelligter Raum innerer Entscheidungen soll dem Einzelnen freigehalten werden, Entscheidungen existentieller Art, die sich der Zuständigkeit des Vernunftzwanges entziehen, insofern es hier keinen Eindeutigkeitsbeweis gibt. Das offene Eintreten für diese Entscheidungen gehört dazu. Die innere Verbundenheit des Liberalismus mit dem ursprünglichen Geiste des Protestantismus wird hier deutlich.

Dieser reinen Gedanken- und Gewissensfreiheit, die ins praktisch Politische da umschlägt, wo sie den Respekt des Staates fordert, also z. B. bei der Wehrdienstverweigerung, ist die Freiheit der Meinungsäußerung mit ihren Unterarten der Redefreiheit, der Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit entwachsen. Sie enthält politischen Aktionsstoff, weil sie auf die Änderung bestehender politischer Verhältnisse hinwirken kann. Gerade gegen diese aktivierende Rolle wird jedoch viel gesündigt, Freiheit der Meinungsäußerung wird oft als bloßes folgenloses Abreagieren von Kritik und Ärger verstanden und so neutralisiert. Redefreiheit, die nicht potentielle Tathandlung ist, verdient ihren Namen nicht. Unter ihrem Vorwand wird dann gerade das Geschäft der Unfreiheit betrieben[24]). Indem man dem Menschen die Freiheit wirkungsloser Reden zugesteht, gibt man ihm die Illusion der Freiheit und verschleiert tatsächliche Unfreiheit. Redefreiheit bleibt dann bloße Gedankenfreiheit, in die Innerlichkeit verbannt, subjektiv und damit unpolitisch. Die Verteidigung der Redefreiheit muß eine Verteidigung der politisch wirkungsvollen Rede sein, wenn sie einen Sinn haben soll. Gerade die zündende, die aufrührende Meinungsäußerung ist urliberale Tradition.

4. Im Umkreis der Freiheit der Meinungsäußerung und Religionsausübung entspringt die Toleranz, eine Haltung gegenüber Andersdenkenden, die mit der Liberalität von Grund auf verknüpft ist. Toleranz würde allerdings mißverstanden, wollte man sie nur als indifferentes Geltenlassen des Anderen, gar als ein widerwilliges Hinnehmen eines Gegensätzlichen nur eben um seiner Existenz willen üben. Allzuleicht schlägt diese Gleichgültigkeit, dieses sich bloß abgerungene Ertragen in einen missionierenden Zelotismus um, der schließlich die Ausrottung des mißbilligten Unverstandenen (vielleicht sogar aus subjektiv lauteren Motiven) betreibt. Es gibt eine Toleranz aus Schwäche, die also nur darum toleriert, weil sie nicht vernichten kann. Diese Un-Art ist die Keimstätte ihres furchtbaren Gegenteils, der Ursprung jenes unbeteiligten Zusehens und manchmal schlimmer noch des engagierten Mitmachens, wenn Hexen und Häretiker, Juden und Neger, bekennende Christen und Kommunisten und nicht zuletzt die wahren Hüter der Toleranz verfolgt und exekutiert werden. Echte Toleranz ist solche aus der Stärke der Einsicht, aus einer Stärke, die das unerschütterliche Vertrauen in

den Sieg der Vernunft und des vernünftigen Arguments besitzt, aus einer Einsicht, die um die vielfältigen Gestalten der Wahrheit weiß. Ein dialektischer Wahrheitsbegriff, wie er von einem Nikolaus Cusanus, einem Leibniz und einem Hegel herausgearbeitet wurde, ist die Grundlage solcher Toleranz. Keine Einzelmeinung und Einzelerkenntnis kann die ganze Wahrheit, kein noch so vollkommenes Denksystem das Ganze der Wirklichkeit umfassen. Wahrheit ist selbst ein historischer Prozeß (sie offenbart sich nicht nur darin), und die Stufen dieses Prozesses haben ihre relative, auf die anderen Stufen gerade in ihrer diversitas und differentia (in ihrem Anders- und Unterschiedensein) bezogene, Berechtigung. Respekt vor der Meinung des Anderen bezeugt man wahrhaft nur, wenn man diese Meinung als Teil des dialektischen Prozesses der Wahrheitsfindung und Wahrheitswerdung bejaht, selbst dann, wenn man sie für falsch hält oder auch, wenn sie als falsch erwiesen ist; denn auch die Widerlegung des Falschen gehört zum Werden der Wahrheit (subjektiv als richtige Einsicht — adaequatio intellectus et rei — objektiv als Übereinstimmung eines Zustandes mit dem Seinsgesetz der Dinge — harmonia rerum[25]); man denke an Leibniz). Nur aus diesem, sich selbst beschränkenden Wissen um die Unendlichkeit und den Prozeßcharakter der Wahrheit kann Toleranz erwachsen, die nicht aus sich selbst heraus gefährdet ist. Die Vorstellung, man könne eine Wahrheit dogmatisch fixieren, man könne sie ein für allemal besitzen und verkünden, muß notwendig zur Intoleranz führen.

Politisch ist solche Toleranz gegen die Übermächtigung durch Eiferer zu sichern. Es muß einen institutionellen Schutz der Toleranz geben, damit diese wirksam bleiben kann. „Der Rechtsstaat ist gegen alle tolerant, die nicht durch Intoleranz zur Gewalt drängen. Selbstverständlich darf es keine Freiheit geben, zur Zerstörung der Freiheit. Es gibt also kein absolutes Toleranzprinzip. Und im übrigen weiß der Liberalismus sehr wohl, daß es Toleranz allein oft genug nicht tut: Politik verlangt oft, daß man sich um Einigung bemüht. Es gibt reichlich Anlässe, die über die Toleranz hinaus zur Loyalität untereinander verpflichten: so vor allem in gemeinsamer Lebensgefahr" (Erbe). Letztlich mündet also Toleranz auch im liberalen Verständnis in Solidarität. Deren Tragweite als innere Einstellung und äußeres Wirkensprinzip im Rahmen der Liberalität ist noch nicht hinreichend durchdacht. Solidarität ist die Idee, die gerade genossenschaftlichem und sozialistischem Denken zugrunde liegt. Hier muß der Liberalismus Berührungspunkte suchen und Grenzen ziehen, aber Grenzen, über die der Brückenschlag möglich wird.

5. Wo Toleranz nicht nur im Geistigen, sondern auch im Politischen wirken soll, ist die Sicherung von Leib, Leben und Bewegungsfreiheit der Person erforderlich. Die Instanzen des Staates müssen in ihrem Verhalten gegen den Einzelbürger gezügelt werden. Inhaftierungen und Exekutionen dürfen nicht willkürlich erfolgen. So ist eines der ältesten Rechte, das liberale Politiker (im weitesten Sinne des Wortes) erkämpften, das Habeas-Corpus-Prinzip. In ihm manifestiert sich politische Freiheit im engeren Sinne, nämlich als Freiheit von einem von den Staatsinstanzen ausgeübten ungerechten Zwang[26]). Der Zwangscharakter des Rechtes berührt das Wesen der Freiheit nicht[27]). Es ist dies gerade ein Zwang aus Freiheit. Problematisch ist unter diesem Aspekt zwar das „Recht der Rechts-Erzeugung"[28]); gerade hier wird der Liberalismus eine eigene Gesellschafts- und Staatstheorie entwickeln müssen, die dem Zusammenhang von Recht und Gesellschaft gerecht wird[29]). Auf jeden Fall wird der Liberalismus dahin wirken müssen, die rechtsfreie Sphäre[30]) möglichst weit zu halten, eine Gesetzesinflation zu verhindern, dem Wuchern juristischer Regulationstendenzen entgegenzutreten. Ausgangspunkt ist für den Liberalismus dabei immer der Ge-

danke, daß dem Individuum ein Zuviel an Staatseingriffen erspart bleiben muß — und das „Habeas Corpus" ist davon nur der erste, allerdings grundlegende Teil.

6. Indem die Individualsphäre von Staatseingriffen so weit wie möglich freigehalten wird, ist der Einzelperson zugleich die verantwortliche Selbstgestaltung ihres Lebens und der aus ihren Tätigkeiten resultierenden Bindungen und Verbindlichkeiten garantiert. Hier setzt allerdings innerhalb des Liberalitätsprinzips selbst eine Freiheitsbeschränkung ein, die jedoch im Wesen der Freiheit notwendig beschlossen liegt. Insofern nämlich die Vertragsfreiheit einerseits die Möglichkeit zur unabhängigen Daseinsentfaltung gemäß einem eigenen Lebensplan sichert, legt sie doch andererseits die Individuen als Vertragspartner auf freiwillig übernommene Verpflichtungen fest. „Pacta sunt servanda" ist ein naturrechtlicher Grundsatz, der aus dem Wesen des gesellschaftlichen Seins resultiert. Aus diesem Grundsatz gehen indessen bestimmte Freiheitseinschränkungen, bestimmte Zwangsinstitutionen hervor, die mit der Formierung von Individuen zu Gesellschaftsverbänden unweigerlich verknüpft sind. Die Fundamentalprobleme des Rechts sind im Grunde solche des Verhältnisses von Freiheit und Ordnung. Insofern sich der Liberalismus zur Idee der Rechtsstaatlichkeit bekennt[31]), muß er diese immanente Dialektik von Freiheit und Ordnung bejahen und die Eingrenzung des Freiheitsumfangs durch Ordnungsgehalte anerkennen. Hier liegen die entscheidenden historischen Anpassungsfragen des Liberalismus: inwieweit kann er Ordnungsprinzipien, die neuen gesellschaftlichen Lebensbedingungen entsprechen (Industriegesellschaft, Massenproduktion etc.), in seine Freiheitsvorstellungen einbauen, also den Freiheitsbegriff des 18. und 19. Jahrhunderts modifizieren?

Zur Gattung der Vertragsfreiheit gehört die Koalitionsfreiheit — und damit wird die private Sphäre auf die öffentliche hin überschritten. Koalitionsfreiheit ist die Voraussetzung einer demokratischen Ordnung, zu der der Zusammenschluß von Staatsbürgern zum Zwecke gemeinsamer Interessenvertretung gehört. Grundsätzlich darf es in einer Demokratie, zum mindesten in einer liberal verstandenen, keine Privilegien für bestimmte Organisationen geben[32]). Die Freiheit, sich zu Interessenverbänden, zu Parteien oder zu Weltanschauungsgemeinschaften zu vereinigen, wird nur durch die Schutzbestimmungen zur Erhaltung der demokratischen Ordnung begrenzt. Und diese Schutzbestimmungen müssen so formuliert sein, daß sie den Mißbrauch zugunsten bestehender oder herrschender Gruppierungen, den Mißbrauch zu ungunsten Andersdenkender ausschließen.

7. Damit kommen wir zum entscheidenden Moment der politischen Freiheit: das ist die Freiheit zur Mitgestaltung der Gesellschaft. In der Gewährung und Sicherung dieser Freiheit liegt der Schlüssel zur Demokratie, in der Fixierung dieser Freiheit auf bestimmte überkommene Formen die Gefährdung der Demokratie. Naturgemäß sieht die Mitgestaltung der Gesellschaft in einem schweizer Kanton von leicht überschaubarer Größe und Gesellschaftsstruktur anders aus als in einem hoch industrialisierten Großstaat mit ausgedehnten Grundstoffindustrien und dicht zusammengeballten Menschenansammlungen. Die athenische Volksversammlung auf der Agora war ein für die griechische Polis praktikables Prinzip, das parlamentarische System auf der Basis des Mehrheitswahlrechts entspricht den Erfordernissen eines stark aufgegliederten, dezentralisierten Staates, das Verhältniswahlrecht kommt weit gestreuten Interessengruppen zugute. Ob der bisherige Parlamentarismus auch in der Massengesellschaft der Gegenwart und Zukunft die demokratische Freiheit sichern kann, muß dahingestellt bleiben. Der Liberalismus braucht sich auf ihn nicht festzulegen, es könnte auch andere Organisationsformen der Gesellschaft geben, die

den liberalen Idealen entsprechen. Hinter den Parlamentarismus zurück (etwa zu ständischen Staatsformen, wie sie einigen romantischen und halbfaschistischen Ideologen vorschweben) gibt es allerdings keinen Weg, wohl aber über ihn hinaus. Auch darüber muß sich der Liberalismus klar werden.

Die Mitgestaltung der Gesellschaft durch den Staatsbürger ist jedenfalls eine alte, bisher immer nur unzureichend verwirklichte Freiheitsforderung, zu deren Anwalt sich der Liberalismus eh und je gemacht hat und die zu seinem politischen Elementarprogramm gehört. Die Autonomie des Menschen, der Vorrang der Vernunft und die Freiheit der Persönlichkeit finden darin ihren politischen Ausdruck.

8. Nach liberaler Auffassung ist das Funktionnement der freiheitlichen Gesellschaft gebunden an den Wettbewerb als das Prinzip der größtmöglichen Freiheitsentfaltung des Individuums im Zusammensein mit anderen Individuen. Wenn Dehler Freiheit als „die Möglichkeit des Einzelnen, sich frei zu entfalten, aus eigenem Wollen und eigener Verantwortung zu leben" definiert, so schließt dieser Freiheitsbegriff ein, daß das Wollen der einzelnen rivalisierend sein kann: sei es im Streben nach erreichbaren Positionen und Gütern, sei es im Streben, sich von anderen abzugrenzen und einen Raum selbständigen Eigenseins auszusondern. Nur in der gegenseitigen Beschränkung durch die Freiheitsrechte jedes anderen verwirklicht sich die Freiheit aller als die Freiheit jedes einzelnen. Diese Beschränkung wird hergestellt durch die Konkurrenz jedes mit jedem: indem jeder einzelne um seinen spezifischen Freiheitsraum als den Raum zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit ringt — gegen alle anderen ringt — wird dieses Ineinanderverflochtensein von Beschränkung und Selbständigkeit hergestellt, das die Freiheit in der Gemeinschaft ausmacht[33]). Zugleich sichert der Wettbewerb das Leistungsprinzip, insofern jeder so viel an Einsatz aufwenden muß, wie er braucht, um den von ihm erstrebten Entfaltungsraum gegen den Einsatz der Konkurrenten freizukämpfen.

Wettbewerb ist auch das Prinzip der parlamentarischen Parteiendemokratie, insofern der rivalisierende Widerstreit von Regierungspartei und Opposition genau dem Konkurrenzschema folgt. Der politische Wettbewerb schafft damit zugleich die Kontrollinstanz für die politische Macht. „Der Liberalismus kann nicht veralten. Die Überzeugung, daß der Wettbewerb die schöpferische, die regulierende Kraft ist, ist nicht veraltet; veraltet ist — so mit Recht Walter Eucken — die Ansicht, sie sei veraltet. Der Wettbewerb unterwirft jeden einzelnen der Kontrolle des Marktes, entmachtet ihn wirtschaftlich und politisch, verhindert Machtzusammenballungen und zwingt zur Leistungssteigerung" (Dehler). Die konkurrierenden Interessen bestimmen den Wettstreit der für sie eingesetzten Leistungen und erlauben dem einzelnen nach liberaler Auffassung die partielle Kontrolle des Ganzen. Im Wettbewerb bestimmt jeder zu seinem Teil das Ganze mit, dadurch daß er nach Verwirklichung seines Teils strebt. Ob diese Grundform der wettbewerblichen Ordnung auch in der Massengesellschaft noch unverändert realisierbar ist, muß allerdings fraglich bleiben.

Über diesem Ideenunterbau von Rationalität und Freiheit erhebt sich das liberale Menschen- und Gesellschaftsbild, die liberale Kultur- und Wirtschaftskonzeption. Wir werden darum zunächst die Tragfähigkeit dieses Unterbaus diskutieren müssen, um die aktuellen Probleme und Schwierigkeiten des Liberalismus zu verstehen: Inwieweit ist das Selbstbewußtsein des Liberalismus heute in eine Krise geraten? Diese Frage soll im folgenden Heft behandelt werden.

Anmerkungen:

[1]) Walter Erbe, Liberalismus in heutiger Zeit, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Berlin am 22. Mai 1959 (Manuskript).

[2]) Thomas Dehler, Rede auf dem Bundesparteitag der FDP 1959 in Berlin (Manuskript); ders., Das liberale Leitbild (Manuskript).

[3]) Karl-Hermann Flach, Der Freiheitsbegriff in der Welt der Technik, „liberal" Jg. 1, Nr. 1, p. 9 ff.

[4]) Wilhelm Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt am Main 1947.

[5]) Wir können hier die Entstehung dieser Selbsteinschätzung im abendländischen Denken, die Logos-Philosophie der Griechen und ihre Hierarchie der Seelenkräfte, die Gleichsetzung des geistigen Seins mit dem summum ens und die also weit verzweigte Genealogie des modernen Selbstbewußtseins nicht verfolgen. In diesem Zusammenhang kommt es ja nur auf die Geistesgeschichte der Neuzeit an.

[6]) Der Plausibilitätserweis ist in methodologischer Hinsicht leider noch völlig unerforscht, obwohl er für die „Logik und Systematik der Geisteswissenschaften" eine entscheidende Rolle spielt.

[7]) Wir müssen es hier dahingestellt sein lassen, ob die Liberalen in der Praxis diesem Anspruch genügen. Hier sei nur das „Leitbild" umrissen, das sie für sich selbst entwerfen.

[8]) Inwieweit das Bekenntnis dazu über den Liberalismus hinausführt, Liberalismus also transitorisch verstanden werden muß, bleibe hier unerörtert. Auf den utopischen Gehalt des kategorischen Imperativs hat Ernst Bloch, Zweierlei Kant-Gedenkjahre, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2. Jg., Heft 1, p. 5 ff., hingewiesen.

[9]) Wilhelm Röpke, l. c. p. 24.

[10]) ibd., p. 23 f.

[11]) Vor allem also Nationalökonomie und Soziologie, im weiteren auch Geschichtswissenschaft und Philosophie.

[12]) Rede auf dem Parteitag der südwestdeutschen FDP in Reutlingen 1959.

[13]) Zum Ideologiebegriff cf. Hans Mayer, Der bürgerliche und der marxistische Ideologiebegriff, in Karl Marx und das Elend des Geistes, Meisenheim/Glan 1948, p. 76 ff. Ferner Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, 3. Auflage Frankfurt am Main 1952. Die konkrete Ideologieanalyse eines Wissenschaftsbereichs gibt Wilhelm R. Beyer, Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, Meisenheim/Glan 1952; cf. dazu Hans Heinz Holz, Zum Spiegelcharakter der Rechtsordnung, Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, XXXIX Jg., Heft 4, p. 556 ff.

[14]) Wilhelm R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung staatsbürgerlicher Freiheiten im Wandel der Zeiten, Karlsruhe 1946, p. 28. Dort heißt es außerdem: „Es genügt daher, verfassungsmäßig die Freiheit nur in einer Form zu bekräftigen, nämlich in der, daß der Mensch frei ist. Das „all men are born free" ist ausreichend, klar und umfassend, sobald man die Freiheit schlechthin als das nimmt, was sie ist und sein soll: als die Losgelöstheit von allen nicht in der Natur des Menschen selbst liegenden oder durch das Zusammenleben der mehreren Individuen erforderlichen Beschränkungen. Aus dieser einen, klaren und ehrlichen, wirklichen und echten Freiheit resultieren dann die kleineren, einzelne Fälle des Lebens umfassenden Sonderfreiheiten."

[15]) Zu welchen Irrwegen eine Freiheitstheorie kommt, die der Gattung Freiheit eine ihrer Arten substituiert, habe ich in meiner Auseinandersetzung mit Theodor Litt gezeigt: Ideologischer Schein und politische Verführung, Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1959, p. 346 ff.

[16]) Hier scheint mir eine entscheidende Ideologisierung des Freiheitsbegriffs vorzuliegen, von der gerade der Liberalismus mit seiner Fixierung auf das Eigentumsdenken ergriffen werden muß. Ein Abbau dieser Ideologisierung müßte sehr wesentlich zur Präzisierung der liberalen Doktrin beitragen.

[17]) Cf. Hans Heinz Holz, Kategoriale Aspekte des Freiheitsbegriffs, in Protokoll der Konferenz der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Sektion Philosophie, über das Thema „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus", Berlin 1956, p. 98 ff.

[18]) Diese Definition ist unvollkommen und läßt zahlreiche individualpsychologische und sozialpsychologische Fragen der Persönlichkeitsbildung offen. Für unseren Zusammenhang reicht sie vorläufig aus.

[19]) W. R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung . . ., l. c. p. 9.

[20]) Cf. Herbert Marcuse, Eros und Kultur, Stuttgart 1958.

[21]) Entsprechend auch Dehler in den Leitsätzen — MS p. 4 — und in seiner Parteitagsrede.

[22]) W. R. Beyer, Die verfassungsmäßige Sicherung . . ., 1. c., pp. 10, 29 und 30.

[23]) ibd., p. 20.

[24]) Vgl. meine oben zitierte Auseinandersetzung mit Theodor Litt.

[25]) Wahrheit muß in diesem Sinne als gnoseologische und ontologische verstanden werden.

[26]) Zur Definition cf. H. H. Holz, Ideologischer Schein und politische Verführung, 1. c., p. 349.

[27]) Cf. Hans Heinz Holz, Macht und Recht, in Symphilosophein, Protokoll des 3. Deutschen Kongresses für Philosophie, München 1953, p. 64 f. und 76 ff. Cf. auch Wilhelm R. Beyer, Recht und Rechtsordnung, Meisenheim/Glan 1951, p. 112 ff.

[28]) Cf. W. R. Beyer, ibd., p. 104 ff.

[29]) Cf. W. R. Beyer. Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1. c.; H. H. Holz, Zum Spiegelcharakter der Rechtsordnung, 1. c.

[30]) Cf. Wilhelm R. Beyer, Recht und Rechtsordnung, 1. c., p. 27 ff.

[31]) Zu den Aporien der rechtsstaatlichen Ordnung vgl. W. R. Beyer, Probleme einer staatsrechtlichen Ordnungslehre (Typologische Untersuchungen), Düsseldorf 1953.

[32]) Die Frage der staatlichen Finanzierung der politischen Parteien, für die die FDP eintritt, wird entscheidend davon berührt.

[33]) Zu den Unzulänglichkeiten dieser Freiheitsauffassung, die das Hobbes'sche Menschenbild des „homo homini lupus" und des „bellum omnium contra omnes" voraussetzt, wird noch einiges zu sagen sein.

Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne

W. S. Schlamm, ein Autor ohne Erfurcht vor dem Leben

Von den vielen Zuschriften, die uns im Anschluß an die Ausführungen von Prof. Hagemann „Vom kalten zum heißen Krieg — Die Offenbarungen des William S. Schlamm" (Heft 7/59) erreichten, möchten wir der folgenden Raum geben, da sie insbesondere die Ausfälle gegen die Atomwissenschaftler zurückweist. *D. Red.*

Die in Ost und West einsatzbereit lagernden Vorräte an Atommunition haben durch die Fortsetzung der Produktion nuklearer Sprengstoffe (mit stark wachsender jährlicher Produktionsrate!), in den letzten Jahren so zugenommen, daß bei ihrer Explosion an den durch die Generalstäbe schon heute ausgeklügelten Plätzen innerhalb weniger Stunden oder Tage viele hundert Millionen Menschen von den Wirkungen der Druckwellen getötet, von den Strahlungen verbrannt oder schwer verwundet würden: Unschuldige Kinder, Frauen und Männer. Deshalb gehört die Befürwortung des totalen Atomkrieges als Mittel zur Entscheidung zwischen den beiden die Welt beherrschenden Gesellschaftssystemen zu den größten, gegenwärtig möglichen Verbrechen gegen die Menschheit. Dieses schwere Unrecht gegen die Menschheit begeht der frühere Deutsche und jetzt Deutsch-Amerikaner William S. Schlamm mit der Veröffentlichung seines Buches „Die Grenzen des Wunders, ein Bericht über Deutschland". Er begeht es,

obwohl er selbst in seinem Buch die Überzeugung ausspricht, daß die Sowjet-Union keinen Krieg haben will und wollen kann.

Schlamm polemisiert in seinem Buch besonders gegen die Physiker, die auf der ganzen Welt fast geschlossen gegen den Mißbrauch ihrer Wissenschaft zu einem atomaren Inferno kämpfen. Er spricht in seiner Polemik von einem „intellektuellen Skandal", von „Ausbrüchen der Naturwissenschaftler", von ihrer „Arroganz", ihrer „Nervosität" und bezeichnet sie als „Romanciers". Einem Manne mit solchen Auffassungen ist sicher ein bedeutsames Erlebnis bisher versagt geblieben. Er hat nie Gelegenheit gehabt, die verehrungswürdige Größe und Unantastbarkeit der Charaktere eines Otto Hahn, eines Max von Laue, eines Frederic Joliot-Curie, eines Albert Einstein und eines Max Planck persönlich zu erleben. Er hat nie selbst die geistige Freiheit dieser Menschen auf der Basis ihrer Lebensleistung empfinden dürfen. Daher fehlt ihm wirklich das Recht eines Urteils über diese Persönlichkeiten und ihr Handeln.

So erkennen wir in dem Autor des Buches „Die Grenzen des Wunders" einen Menschen ohne Ehrfurcht vor dem Leben, ohne Ehrfurcht vor den Persönlichkeiten, welche entscheidende Züge in das Gesicht der Gegenwart geprägt haben. Sein Buch könnte mit Schweigen übergangen werden, stimmte es nicht so wunderbar überein mit weiten Bezirken der immer noch verfolgten Bonner Politik der Stärke und wäre es nicht den Lesern Westdeutschlands in millionenfacher Auflage (Vorabdruck im Stern!), aufgedrängt worden.

Daß gerade die Physiker und Naturwissenschaftler im Kampf gegen den Atomkrieg immer wieder ihre Stimme erheben, geschieht nicht wie Schlamm meint „aus ihrem eigenen Schuldgefühl heraus", auch nicht allein deswegen, weil sie den Mißbrauch ihrer Arbeitsergebnisse verhindern wollen, sondern aus folgendem Hauptgrunde: Sie, und nur sie allein, können auf dem Fundament ihres Berufes die Folgen eines totalen Atomkrieges wirklich abschätzen. Nur sie allein kennen quantitativ die seit Hiroshima so furchtbar gesteigerte Wirkung der einzelnen nuklearen Sprengkörper und sie können besser als Menschen anderer Berufsrichtungen extrapolieren, was die heutige gewaltige Anzahl solcher einsatzbereit liegender Sprengkörper im Atomkriegsfalle real bedeuten würde. — Einer der ersten Physiker, der die Gefahren der von Hahn-Strassmann entdeckten Kernspaltung in ihrem vollen Umfang erkannte, und sich scharf gegen den Mißbrauch der Atomenergie durch ihre Verwendung für militärische Zwecke aussprach, ist der Begründer der Quantentheorie, Max Planck, gewesen. Er tat dies zu Beginn des zweiten Weltkrieges, viele Jahre vor dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima, bei einem Besuch unseres Lichterfelder Forschungslaboratoriums. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt stellte er mit großem Ernst die Frage, ob die Entwicklung der menschlichen Ethik und des menschlichen Verantwortungsbewußtseins wohl Schritt halten würde mit der von ihm vorausgesehenen gewaltigen Zunahme der in die Hand des Menschen gelegten Macht. Der Kampf der Naturwissenschaftler gegen die Atomgefahr und insbesondere das Handeln der Göttinger Achtzehn, welches Schlamm zu diffamieren versucht, ist daher auch ganz gewiß im Sinne von Max Planck gewesen.

Die Nachricht von dem Treffen Chrustschow—Eisenhower, welche die letzten Wochen beherrschte, läßt in uns allen die Hoffnung aufleben, daß die endgültige atomare Abrüstung doch noch eines Tages Wirklichkeit wird. Aber ehe nicht das letzte Kilogramm Atomsprengstoff tatsächlich der militärischen Einsatzmöglichkeit entzogen und den Atomkraftwerken für die Energieerzeugung zum Wohle der Menschen zur Verfügung gestellt worden ist, muß der Kampf gegen die Befürworter eines totalen Atomkrieges unerbittlich weitergeführt werden.

D. Albert Sauerland

Das VII. Welttreffen der Jugend in Wien — Gedanken und Betrachtungen eines Teilnehmers

Die Mutter der Idee eines Treffens der Jugend der Welt heißt Olympia. Die Festspiele von Olympia sind für ihre Zeit eine „oikumenische" Begegnung gewesen, d. h. auf ihnen traf sich die „Wohngemeinschaft" der griechischen Antike, die sich, bei allen politischen Gegensätzen der Stämme Griechenlands, doch als die eine Welt empfand. Allerdings waren die Nicht-Griechen als Barbaren ausgeschlossen vom „Kampf um Wagen und Gesänge". Das konnte damals nicht anders sein. Inzwischen aber ist die Welt „rund" geworden: die Menschheit erkennt sich als die eine und unteilbare Wohngenossenschaft der gemeinsamen Erde. An die Stelle der permanenten Bürgerkriege zwischen den griechischen Staaten ist heute der Bürgerkrieg um die Vorherrschaft auf dem ganzen Planeten getreten. „Olympia" bedeutete einst für die Zeit seiner Spiele soviel wie „Friede". Sollte es nicht auch heute möglich sein, daß — so wie einst der Grieche dem Griechen sich einte — sich in einem ausgesparten Raum nun Menschen aller Völker begegnen? Ist dies nicht eine Idee, die die Jugend aller Völker und Mächtegruppen begeistert?

Die nun schon seit Jahrzehnten wieder durchgeführten „Olympiaden" zeigen, wie sehr in unserem Zeitalter die Situation der Menschheit für ein solches Unternehmen reif geworden war. Aber blieb die moderne „olympische Idee" nicht auf halbem Wege stehen? Wurde der sportliche Wettbewerb nicht gerade zur Steigerung nationaler Ehrgeize? Und war die Achtung vor der Leistung des anderen ein Hindernis vor dem Kriege? Fehlt der herkömmlichen Olympiade nicht gerade jenes Element der Antike, das im „Kampf der Gesänge" dem gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen dienen würde?

Die Idee eines Welt-Olympia, auf dem sich die Jugend der Völker auf den verschiedenen Ebenen des ganzheitlichen Lebens begegnet, ist längst fällig: zum Wettbewerb der Leiber muß der Austausch der Kulturen und das Sichmessen des Geistes treten, wenn Einklang von Leib, Seele und Geist hergestellt werden soll.

Man könnte annehmen, ein solcher Gedanke hätte in jenen Ländern geboren werden müssen, die sich so gern auf die ihnen angeblich im besonderen anvertraute Wahrung des europäisch-humanistischen Erbes berufen. Man könnte sogar meinen, es wäre eine hervorragende Aufgabe für ein neutrales mitteleuropäisches Land, etwa für die Schweiz oder für Österreich gewesen, die Jugend der Welt zu sich zu einem solchen Stelldichein einzuladen. An Deutschland wagt man ja heute bei dergleichen nicht mehr zu denken.

Nun — die „fällige" Idee wurde konzipiert, aber leider nicht bei uns! Und so wurde es zum Schicksal der „Weltjugendfestspiele", daß sie zum ersten Mal nach dem zweiten Weltkrieg von den sozialistischen Ländern Osteuropas inszeniert wurden. Berlin (-Ost), Prag, Budapest, Bukarest, Warschau und schließlich Moskau kennzeichnen die Etappen der alle zwei Jahre veranstalteten Treffen der Jugend und Studenten „für Frieden und Freundschaft". Mag sein, daß — wie die erwähnten Treffpunkte vermuten lassen, diese Veranstaltungen zunächst eine Hausangelegenheit der Volksdemokratien waren. Immerhin lud man zu diesem Feste auch die „anderen" ein, und schon seit Warschau, vor vier Jahren, wird man nicht mehr das „Festival" als eine „ausschließlich kommunistische" Angelegenheit bezeichnen dürfen. In dem Augenblick, wo — das muß betont werden — auch nicht-kommunistische Teilnehmer aus allen Ländern der Erde und

offizielle Delegationen der Studentenschaften westlicher Länder wie Argentinien, Brasilien, Belgien, Ägypten und nicht zuletzt der größten neutralen Macht, Indien, sich beteiligen, wuchs sich in der Tat die zunächst auf die Initiatoren aus dem Ostblock begrenzte Unternehmung zu einem oikumenischen Treffen aus.

Wer an dem VI. Festival in Moskau teilnahm, weiß, daß die für diese Treffen gleichsam als „olympischer Eid" verbindliche Verabredung der gegenseitigen unbedingten Achtung und Toleranz in der freien, unbeschränkten Vertretung jeder Weltanschauung, Religion und politischen Überzeugung allseitig auch in den lebhaftesten Meinungskämpfen eingehalten wurde. So fanden sich auf Einladung des Metropoliten Nikolai in Sagorsk und Moskau Hunderte junger Christen aus allen Bekenntnissen zu einem besonderen ganztägigen Gespräch zusammen, Anglikaner und Methodisten, Lutheraner und Katholiken sowie Russisch-Orthodoxe, Jugendführer und Pfarrer. Wer Zeuge wurde, wie „mitten in der Höhle des Löwen" freimütig Kritik an marxistischer Ideologie und bolschewistischer Praxis geübt werden konnte, ohne daß die sowjetischen Gastgeber ein böses Gesicht gezeigt hätten oder ungeduldig geworden wären, wer die unbefangenen Diskussionen zwischen liberalen, sozialistischen, christlichen Studenten miterlebte, der konnte die Hoffnung mit nach Hause nehmen, daß ein wahrhaft freiheitliches Weltjugendtreffen im Werden sei. Und warum soll eine Wahrheit weniger wahr sein, wenn sie von einem Kommunisten ausgesprochen wird, warum eine Idee weniger fruchtbar, weil sie nicht im westlichen, sondern im östlichen Lager in erste Erscheinung trat? Was konnte daraus werden, wenn ihre Verwirklichung erst einmal in die Hemisphäre diesseits des „Vorhangs" verlagert würde?

Wer die Entwicklung dieser Idee unbefangen und vorurteilslos verfolgte, konnte sich nur freuen, als der Beschluß des Internationalen Komitees des Festivals bekannt wurde, in Stockholm 1958 gefaßt, Wien als Hauptstadt eines unabhängigen neutralen Landes, gleichsam an der Schwelle zwischen West und Ost, zum Treffpunkt des diesjährigen VII. Weltjugendtreffens zu wählen. Die paritätische Zusammensetzung des Internationalen Komitees, insbesondere aber diejenige der westdeutschen Vorbereitungsgruppe — der neben vielen unantastbaren Persönlichkeiten Verleger Ernst Rowohlt und Professor Leo Weismantel angehörten — verbürgte die Allseitigkeit des für Wien angekündigten Treffens. Im übrigen war es in die Hand jedes Beteiligten gelegt, seine Farbe zur Geltung zu bringen. Jeder war aufgefordert, seine Stimme zu erheben und Vorschläge anzumelden. Inwieweit die zum Osten zählenden Länder sich durchsetzten, war nur von der Intensität ihres Mitwirkens abhängig. Es ist ein Zeichen dafür, wie stark sich heute der Ostblock kulturell und geistig fühlt, daß er die Auseinandersetzung nicht scheut und seine selbstverständlich ausgewählte Jugend der offenen Begegnung stellt.

Es war für ihn ein Wagnis und zumindest ein erstmaliges Phänomen, sich außerhalb seines Hauses zu begeben und damit die Idee der Weltjugendfestspiele realiter in die Hand der Jugend der ganzen Welt zu legen. Es ist müßig, in den Bundesjugendringen Westdeutschlands und Österreichs angesichts einer solchen Entwicklung herumzustreiten, inwieweit das Festival „kommunistischer Herkunft" und „kommunistisch gelenkt" sei, bis es schließlich sehr simplifizierend als „kommunistisch" dargestellt wurde. In dem Augenblick, wo seine Durchführung in einem neutralen Land vorgesehen und zur Mitwirkung alle eingeladen wurden, war der Jugend des Westens eine Chance gegeben, die alle Möglichkeiten kommunistischer Propaganda, das Treffen in der Presse der Ostblockstaaten auf ihr Erfolgskonto zu buchen, in den Schatten stellte. Denn das konnte auch im Falle einer Nichtbeteiligung nicht vermieden werden. Der Liberale Studentenbund Westdeutschlands nutzte die Chance. Er sandte eine offi-

zielle Teilnehmergruppe ins Festival und diskutierte, ehrlich und hart. Das hätte auch die österreichische und westdeutsche Hochschülerschaft gekonnt. Ihrem zuvor überall ausgesprochenen Vorurteil, man werde auf dem Festival n i c h t diskutieren können, widersprach eindeutig die Fülle der Erfahrungen, die wie diese Liberale Delegation viele westdeutsche Studenten mit nach Hause nahmen. Ist zu hoffen, daß „man" für ein anderes Mal lernt? Sofern man überhaupt zu lernen gewillt ist ... Es muß den anderen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik und in Österreich bescheinigt werden, daß sie dieses nicht verstanden haben. Sie waren nicht einmal imstande, den Entschluß des christlichen Bundeskanzlers Österreichs und Gesinnungsfreundes A d e n a u e r s zu verstehen, der die Anfrage des Internationalen Komitées p o s i t i v beantwortet hatte. Sie taten vielmehr alles, um die weise Haltung von Ing. R a a b und seines sozialistischen Innenministers P i t t e r m a n n zu desavouieren. Sie vertaten den Kredit einer w a h r e n Neutralität. Sie mobilisierten den Haß gegen das Weltjugendtreffen, anstatt im Falle einer Ablehnung es zu ignorieren. Sie brachten Beschlüsse und Maßnahmen und plakatierten die Wände in Wien mit zahlreichen Gegenaufrufen zum Empfang der Delegationen aus Rußland, Asien und Afrika. S i e verspielten damit die großartigen Möglichkeiten eines in seinem Wesen zukunftbildenden Treffens.

Wer besaß den zweifelhaften Geschmack, religiöse Symbole für den politischen Kampf zu mißbrauchen? Wer verletzte die geforderte Freiheit der Publizistik durch Nachrichtenboykott und durch die Herausgabe einer Anti-Festival-Zeitung, die sich als Mitteilungsblatt des Festivals tarnte und zum Teil sehr fragwürdige und der wahren Grundlage entbehrende Nachrichten einmischte; darunter einen indirekten Aufruf zum Überlauf, wobei das politische Asylrecht gewährleistet werde? Wer empfahl fadenscheinige Gründe, nicht mitzutun, indem man der Festivalleitung für den Fall der Teilnahme Bedingungen gestellt hatte, von denen man von vornherein wissen mußte, daß sie für das Internationale Komitee, bzw. für die kommunistischen Partner unannehmbar waren? Gerade durch diese „Forderungen" politischer Parolen, die allgemein verbindlich sein sollten, trug man den politischen Streit in ein Forum, das zwar der freien Aussprache, aber doch dem Willen zur Koexistenz dienen sollte. Oder glaubte man wirklich, die Partner aus den Ostblockstaaten könnten sich Parolen anschließen wie: „Freiheit den Völkern, die unter kommunistischer Diktatur schmachten — Solidarität mit dem Freiheitskampf der ungarischen und tibetanischen Jugend — Maßnahmen gegen jede Zensur von Zeitungen, Büchern, Filmen — Aufhebung von Paß- und Visazwang in der ganzen Welt"? Man wollte statt Diskussion und Koexistenz den kalten Krieg; man steckte eine Unsumme von Mitteln in die Gegenpropaganda, die dennoch, wie der Verlauf des Festivals zeigte, verpuffte, weil sie trotz der überall in Wien eingerichteten Informationsstellen das Objekt nicht erreichte.

Wir fragen uns: welchen Eindruck hinterließ dieses W i e n bei den Tausenden junger Besucher aus dem Ostblock, aus Asien und Afrika? Wer die Aufnahme der Jugend in den vorangegangenen Tagungsorten kannte, wurde schon durch das äußere Bild der Stadt befremdet. Wenn sonst eine gastgebende Stadt wenigstens die eigenen Farben an den offiziellen Fahnenmasten zeigt, ignorierte die Stadtverwaltung die Anwesenheit von 18 000 Gästen aus aller Welt, von denen ja schließlich nur ein Teil kommunistischen Jugendverbänden angehörte. Man wollte die letzteren schlagen und man traf zugleich die neutralen Gäste bis aus Asien und Afrika, die vielleicht nicht zum wenigsten Wiens wegen gekommen waren. Trotzdem verdiente man gern an ihnen. Die Plakatsäulen waren beherrscht von überdimensionalen Plakaten im Stile des Festivals: fahnenschwingende Jugend, weiß, braun, schwarz und gelb, die Rassen der Welt symbolisierend; die Fahnen trugen die vielsprachige Aufschrift: „Freundschaft ja, Kommu-

nismus nein!" Das sollte doch heißen: Ich werde erst dein Freund, wenn du deine Weltanschauung änderst. Es ignorierte die Realitäten unserer Welt. Überall waren Aufrufe der Festival-Gegenaktion zu lesen oder wurden verteilt, sich zu deren Informationszentren zu begeben. Diese selbst waren über die ganze Innenstadt verstreut und gaben sich das Gesicht allgemeiner Auskunftbüros zur Orientierung der Fremden in der Stadt, geschmückt mit den Farben des neutralen Österreichs. Hier wurden Anti-Diskussionen geführt, hier wurde an die jugendlichen Besucher Propagandamaterial in verschwenderischer Fülle ausgeteilt. Einem Neger wurde dort z. B. das Neue Testament in die Hand gedrückt, das er zunächst für eine Propagandaschrift hielt. Er lehnte sie ab mit der Bemerkung, er wolle nicht anonym, sondern von Mensch zu Mensch sich verständigen, um zu wissen, w e r hinter einer Aussage stehe. Belehrt, daß es sich hier um eine Offenbarung Gottes handele, erwiderte er: „Dann macht mir diese Offenbarung durch Euch selbst deutlich!"

Für viele solcher Besucher war Wien die erste Begegnung mit der „freien westlichen Welt". Aber was für eine? Wenn sie der einheimischen Sprache mächtig waren, konnten sie auf den gleichen Plakatsäulen, oft unmittelbar unter den vielfältigen Erklärungen und Aufrufen gegen das Festival — von der österreichischen Hochschülerschaft gesiegelt mit dem Staatswappen — die Anzeigen anderer Äußerungen westlicher Kultur finden: von Pariser Revuen mit strip-tease-Schau. Befremdlicher noch mußten diejenigen Plakate wirken, die an Wänden und K i r c h e n t ü r e n den an einen roten Sowjetstern gekreuzigten Christus zeigten. Die scheinbare Identität von Christentum und „Westen" wurde hier in gefährlicher Weise demonstriert. Mußten nicht in den Augen der östlichen Betrachter Christentum und „Kapitalismus" identisch werden? War das nicht Wasser auf die Mühle der Atheisten, die heimgekehrt die Christen in Rußland und China als Kollaboristen mit dem imperialistischen Westen diskriminieren können? Fällt man der Situation der dortigen Kirchen damit nicht geradezu in den Rücken?

Um so wichtiger war das Alibi, das vor der Öffentlichkeit der Weltjugend durch das „Treffen junger Christen" erbracht wurde. Wie in Moskau vereinigte es Angehörige aller Konfessionen, Jugendliche, Jugendleiter und Pfarrer. Beschämend bleibt allerdings die Tatsache, daß es nicht möglich geworden war, ihm eine würdige Heimstätte innerhalb eines religiösen Zwecken dienenden Hauses zu geben. Der Boykott wurde auch hierbei von den evangelischen und katholischen Körperschaften (!) geübt, so daß als einziger Raum für die Selbstverständigung der Christen untereinander ein Kino blieb. Pfarrer M o c h a l s k i , Darmstadt, vertrat in würdiger und eindrucksvoller Ansprache die für seine Person aus dem Evangelium resultierenden Argumente für eine Teilnahme der Christen an einer Begegnung auch mit Kommunisten und damit für die Anerkennung der Koexistenz verschiedener Lebensanschauungen und Systeme.

Die Aussprache zeigte — wie auch in den philosophischen, wirtschaftswissenschaftlichen, historischen und naturwissenschaftlichen Seminaren der Studenten — freimütige Offenheit und die Möglichkeit, auch die entgegengesetzten Anschauungen ruhig anzuhören, gewiß der erste Schritt zur Verständigung. Sie litt unter dem Fehlen einer Gesprächsmethode, die eine Aussprache zu bestimmten Problemen möglich macht. Allzu leicht geraten die Beiträge der nacheinander sich meldenden Sprecher ins grundsätzlich Deklamatorische. Man erklärt sich selbst und verfehlt das Gespräch. So steht der Beobachter zum Schluß vor einer Fülle von Einzeldarstellungen.

Das Wesentliche geschieht eben doch in den Einzelbegegnungen und persönlichen Aussprachen, zu denen auf einem solchen Treffen, so man sie sucht, genügend Gelegenheit gegeben ist. Die „Freundschaftstreffen" in den Lagern der ein-

zelnen Länderdelegationen machten solche Gespräche möglich. In ihnen lernten sich die jungen Menschen von Angesicht zu Angesicht kennen und manche Verabredungen zu weiterer Korrespondenz wurden hier getroffen.

Feste der gegenseitigen „Vorstellung" wurden die Abendveranstaltungen, von den Festivalgegnern als „Festivalzirkus" apostrophiert. Was dort in kultureller Repräsentanz geboten wurde, war allerdings so eindrucksvoll, daß allein diese Darbietungen eine Reise nach Wien gelohnt hätten. Die ganze Kulturwelt sowohl in der Überlieferung der Volkstümer als auch in ihrer gegenwärtigen darstellenden, vornehmlich tänzerischen und musikalischen Kunst trat hier in Erscheinung. Man hatte die ganze Menschheit vor sich. Ob die Tanzgruppen aus Israel geradezu Imaginationen aus der Welt des Alten Testamentes vor das Auge zauberten, ob Indiens feierliche Rhythmen beeindruckten, oder die wilden Tänze Afrikas beim dumpfen Klang der Urwaldtrommeln zu sehen waren, die zarten Mädchen aus Vietnam ihre Reigen flochten: gerade in der Unterschiedlichkeit von Asien und Amerika, von Afrika und dem Norden, repräsentiert durch Isländer, Engländer, Schotten, Norweger, Schweden und Finnen, sah man der Menschheit ins Gesicht. Zu den Höhepunkten gehörten auch die sorgfältig vorbereiteten und großzügig ausgestatteten Programme der offiziellen Delegationen der Ostblockstaaten: Die zauberhafte Peking-Oper führte in archaische Formen des Theaters ein und begeisterte durch eine unvorstellbar virtuose Akrobatik; Korea zeichnete sich durch die grazile Anmut seiner Tänzerinnen und Tänzer aus, zudem durch den gelungenen, ja tief anrührenden Versuch, moderne industrielle Arbeitsvorgänge wie den Anstich eines Hochofens in künstlerischer Pantomime zu gestalten. Jugoslawen und Ungarn, Bulgaren und Rumänen brachten die Fülle lebendiger Ausdruckskraft ihres Volkstums zur Anschauung. Polen überraschte durch eine kühne Regie, die die Möglichkeiten des Films in das Programm zur Vorstellung seines Landes einbezog und schließlich einen mitreißenden Wirbel von Chören und Tänzen inszenierte. Die Jugend der Sowjetunion brachte an zwei Abenden eine Monstre-Schau ihrer verschiedenen Volkstümer, dazu ein großes Ballett von Leningrad und hervorragende artistische Leistungen, die allerdings weniger die Betätigung der Jugend selbst repräsentierten, als die künstlerischen Bemühungen ihres Landes. Insofern besteht die Gefahr einer gegenseitigen Überbietung, der gegenüber die nicht staatlich subventionierten Gruppen einen schweren Stand haben. Um so beachtlicher ist das Bemühen der Privatinitiative, wie sie z. B. in den kulturellen Darbietungen der Teilnehmergruppe aus der Bundesrepublik entfaltet wurde. In mühevoller Kleinarbeit, aber mit Mut und Elan hatte der Nürnberger Choreograph Professor W o s i e n , unterstützt von der Hamburger Lektorin Ursula H o c h m u t h , ein Programm im Zeichen des Schillerjahres auf die Beine gebracht, das den Dank für seine, wenn auch durch das Fehlen von Subventionen schlichte, so doch gediegene Vorstellung Westdeutschlands verdient.

Wäre noch zu berichten von der Eröffnung im Praterstadion, das — entgegen den in der westdeutschen Presse verbreiteten Nachrichten— bis auf den letzten Platz gefüllt war. Ein farbenfroher Auftakt, bei dem allerdings die Delegationen freiwillig auf das Entrollen ihrer Landesfahnen verzichteten, als den Vertretern Algeriens von österreichischer Seite das Zeigen ihrer Farben verwehrt wurde. (Die Antifestival-Aktion sprach zwar von Ungarn und Tibet — nicht aber von Algerien und Goa.) Dennoch endete dieser Auftakt, bei dem die österreichische Regierungsprominenz sich durch zweite und dritte Garnitur vertreten ließ, ungetrübt mit einer Huldigung an Wien, indem das ganze Rund des Stadions im Walzertakt wogte.

Erschütternder Mittelpunkt der Friedensfeier auf dem Heldenplatz war der Bericht eines japanischen Mädchens, das — für dauernd radioaktiv erkrankt — als einzige ihrer Familie Hiroshima überlebte und nun die Jugend der Welt zum Kampf gegen den Atomtod aufrief.

Festlich wurde auch der Ausklang vor der Kulisse des beleuchteten Wiener Rathauses, vor dem sich, da inzwischen der Bann gebrochen, Zehntausende Wiener in dicht gedrängter Fülle bis zum gegenüberliegenden Burgtheater und weit in den Ring hinein als Teilnehmer versammelten, bis der siebenfache Schlag eines chinesischen Gongs das Fest beendete und das Lied der Jugend aufklang, von jedem in seiner Sprache gesungen und doch zu einmütigem gewaltigen Chor sich vereinend.

Sollte die echte Sehnsucht dieser Jugend aus Ost und West, der dieses Lied Ausdruck verleiht, ungehört verhallen? Ist — unter welchen Vorzeichen auch immer — das Erleben im Herzen dieser jungen Menschen nicht auch eine Realität, die dem Werden einer wahren Koexistenz, der einen Oikumene der Menschheit, dient?

Prof. Dr. Rudolf Schottlaender

Die Wandlung im Antikommunismus

Wenn zwei Nationen dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Der Antikommunismus in Westdeutschland erinnert in vielem an den MacCarthyismus in Amerika. Die Ähnlichkeiten springen in die Augen, aber die Unterschiede, wenn auch minder deutlich, sind darum nicht minder wichtig. Wie ja auch der Vergleich des heutigen mit dem nationalsozialistischen Antikommunismus bei allen Übereinstimmungen doch auch Verschiedenheiten erkennen läßt, die man nicht vergessen sollte. Da diese neue Anti-Welle selbst den Durchschnittsbürger zu beunruhigen oder wenigstens zu beschäftigen anfängt — das beweist der Leitartikel von Gerhard E. Gründler „Sind Sie schon Antikommunist?", in der „Welt" vom 7. August 1959 —, ist eine genauere Betrachtung der Mühe wert.

Das Merkmal, das am meisten der Beleuchtung bedarf, rührt gerade daher, daß unser offizieller Neo-Antikommunismus es einerseits entrüstet von sich weist, irgend etwas mit Neonazismus zu tun zu haben, andererseits ungewollt — wie wir wenigstens für einen großen Teil seiner Wortführer annehmen möchten — auf Schritt und Tritt in Nazimethoden verfällt oder neonazistische Wirkungen hervorbringt. Da der Nationalsozialismus in den Vereinigten Staaten kein Faktor der nationalen Geschichte war, entfiel dort der Grund, sich ständig davon zu distanzieren. Auch war die geschichtliche Wahrscheinlichkeit, die Nation als ganze könnte erstmalig in faschistische Bahnen gelenkt werden, wohl von Anfang an gering. Die zu erwartende Widerstandsfähigkeit hat sich denn auch in der bald einsetzenden kräftigen Abwehr und in der — vorsichtig gesprochen! — seitdem eingetretenen Überschreitung des Höhepunktes der antikommunistischen Welle bereits erwiesen.

Anders bei uns! Hier war man anfangs dem Vorbild Mac Carthys nur zögernd gefolgt. Die enttäuschte Hoffnung, Alleingebieter über Kernwaffen zu

sein, die dem rasenden Senator soviel Anhänger zuführte, war in dem mit Mac Carthy gleichzeitigen Deutschland des beginnenden Wirtschaftswunders nichts, was Leidenschaften erwecken konnte. Aber nun ist auch hier die Atomrüstung zum Problem Nummer Eins geworden. Nicht wie damals in den USA der enttäuschte Monopolstolz, wohl aber die keimende Hoffnung der supergerüsteten Vorpostenstrategen stellt den Hetztreibstoff bereit. Nur daß man sich dabei natürlich durch noch so schön klingende Programmformulierungen nicht freimachen kann von den ganz unausweichlichen Nachwirkungen der eigenen nationalen Geschichte.

Nach Hitlers Machtergreifung, und schon vorher für die Goebbels-propaganda, war es völlig unnötig, von „pro-" oder „kryptokommunistischen" Tendenzen zu sprechen. Jeder, der nicht Mitglied der KPD war, ließ sich ja mühelos unterbringen unter den anderen Titeln für Staats- und Volksfeinde wie Sozialdemokrat, bürgerlicher Reaktionär usw. Wozu sich also um den Nachweis bemühen, daß der Mann ein Mitläufer des Kommunismus sei! Das aber ist bekanntlich heute, und seit dem Verbot der KPD in der Bundesrepublik mehr denn je, zum Gegenstand sorgfältigster Kleinarbeit geworden. Und hierfür allerdings gab Mac Carthy mit seinem Begriff des „fellow-traveller" das Muster. Aber er konnte sich nicht auf ein Methodenvorbild stützen, das im Dritten Reich bestanden hatte: auf die Judenverfolgung. Und hiermit sind wir beim springenden Punkt! Auch der betont philosemitische Antikommunismus von heute, wie er etwa in der SPD, und ganz besonders an der Westberliner Freien Universität, gepflegt wird — und der soweit geht, daß auch nicht die leiseste, nicht die verständigste Kritik am Judentum zu Wort kommen darf —, auch dieser Antikommunismus steht unter dem Fluch des Vorbilds der Judenverfolgung. Denn er züchtet einen Typus des Verfolgers, der sich geradezu genötigt sieht, um einen Kern von unzweifelhaften Kommunisten herum, die soziologisch vergleichbar sind den unzweifelhaften Juden im Sinne der Nürnberger Rassengesetze, einen „Saum" von Kommunistenknechten, -freunden, -helfern zu nähen, der dem nationalsozialistischen „Saum" von Judenknechten, Judengenossen, Geistesjuden (dies Vokabular ist sicherlich noch unvollständig), genau entspricht. Damals wurden mit zunehmender Isolierung der Juden gerade solche Nichtjuden zu Hauptobjekten der Ehrabschneiderei, die eine zwar kritische, aber faire Haltung dem Judentum gegenüber an den Tag legten. Heute sind in immer steigendem Maße solche Nichtkommunisten, die sich um eine nüchtern kritische Würdigung des Kommunismus bemühen, Gegenstand erbitterter Rufmordversuche, um so mehr, als ihnen gerichtlich nicht so leicht beizukommen ist. In Amerika lehnten führende Persönlichkeiten, vor allem Präsident Eisenhower selbst, es als unamerikanisch ab, daß jemand wegen seiner Gesprächspartnerschaft als „Anhänger" des Gesprächspartners diffamiert werden konnte (darin hauptsächlich bestand ja der Terrorismus des MacCarthy-Ausschusses gegen „unamerikanische Betätigungen"). Aber bei uns kann niemand auf den Gedanken kommen, dergleichen als „undeutsch" zurückzuweisen. Es ist leider nur allzu deutsch, neudeutsch zumindest. Denn ich möchte wahrlich nicht sagen, es entspräche etwa dem Deutschtum eines Lessing oder Herder, der Männer also, die am meisten auf die Erziehung des besten deutschen Menschentyps eingewirkt haben.

Sicherlich wird so mancher, heute verfolgte Kommunist, sich auf das lebhafteste an die Zeit der Verfolgung im Dritten Reich erinnern. Er wird gewiß auch zugeben, daß damals eine Grenze nicht so sehr zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Nazigegnern gezogen wurde, um so schärfer aber zwischen den „verführten deutschen Brüdern" außerhalb und den „unbelehrbaren Volksverrätern" innerhalb der KZ-Umzäunung. Heute gibt es in der Bundesrepublik

kein KZ. Um so hinterhältiger und bösartiger aber sind die Versuche, künstlich Gruppen von unsichtbar Isolierten zu schaffen und jeden zusätzlich hineinzustoßen, der sich gegen derartige Methoden kollektiver Ehrabschneiderei zur Wehr setzt.

In Westberlin hat diese Methodik eine lokale Besonderheit, die für unsere politische Sittenverderbnis charakteristisch ist. Da hier die SED eine zugelassene Partei ist, führt die Zugehörigkeit zu ihr nicht ohne weiteres ins Gefängnis, so wenig wie die Abstempelung als Jude im Dritten Reich. Dafür hat man aber hier eine Gesetzesbestimmung ausgeklügelt, die es denn doch verdient, über die Kreise der Naziverfolgten hinaus (wo sie bekannt ist), einmal vor einer breiteren Öffentlichkeit analysiert zu werden. Es ist der Paragraph, der besagt, daß Mitgliedern der SED, die bereits ausgesprochene Anerkennung als „Politisch-rassisch-religiös Verfolgte" (PrV) zu entziehen sei. Hiermit verleugnet man sogar die Gemeinsamkeit der Leiden in der Hitlerzeit! Auch damals schon wußte jeder Sozialdemokrat, daß seine Auffassung von parlamentarischer Demokratie nicht übereinstimmte mit dem an der Sowjetunion orientierten Demokratiebegriff seines kommunistischen Mithäftlings. Aber dieser erschien ihm deswegen durchaus nicht als so „totalitär", daß er ihn nicht mehr als menschlich gleichwertigen deutschen Landsmann respektiert und gleicher Rechte für würdig gehalten hätte. Heute ist man in Westberlin so pietätlos, so gedankenlos, so geschichtslos geworden, daß man sogar die PrV-Eigenschaft nicht mehr als gemeinsam anerkennen will. Und damit nicht genug: zu der ungerechten Gesetzgebung ist sehr bald auch die ungerechte Auslegung des an sich schon ungerechten Gesetzes, sozusagen die Ungerechtigkeit in zweiter Potenz, getreten. Denn neuerdings werden auch Personen, die sich, ohne daß sie jemals die Prinzipien der SED gutgeheißen hätten, „unbequem" (im Sinne der oppositionslos herrschenden Westberliner Regierung) betragen, die Entschädigungszahlung also nicht als politisches Schweigegeld aufgefaßt haben, wegen solcher „Undankbarkeit" als „Anhänger eines totalitären Systems" diffamiert und durch den damit begründeten Entzug der PrV-Anerkennung in den Stand von Bürgern zweiter Klasse, mit der normalerweise wahrscheinlichen Folge, ein lumpenproletarisches Dasein führen zu müssen, hinabgestoßen. Wenn solche Geächteten obendrein Juden sind, so ist ihnen natürlich das Wutgeheul einer nationalistischen Meute gewiß. Ein besonders krasser Fall dieser Art, der eindeutig den genannten Ursprung hatte, mußte kürzlich einem ausländischen Generalkonsulat übergeben werden, da er Todesdrohungen nazideutscher Emigranten zum Inhalt hatte. Wenn die Regisseure derartiger Verfolgungen solche voraussehbaren Konsequenzen ignorieren, so handeln sie unverantwortlich, denn sie müßten wissen, daß im Zuge der antikommunistischen Hexenjagd die Masse der deutschen Bevölkerung gewohnheitsmäßig Antibolschewismus und Antisemitismus assoziiert, so sehr auch einzelne Akademiker oder Parteiideologen sich dagegen verwahren mögen. „Juden und Bolschewisten" — so hieß es ja lange genug. Einen solchen Nebeneffekt braucht ein britischer oder selbst ein amerikanischer Antikommunist denn doch nicht mit gleicher Sicherheit einzukalkulieren. Wer es aber als Deutscher zu tun unterläßt, der macht sich mitschuldig am Neo-Antisemitismus. Da helfen keine philosemitischen Beteuerungen oder Spenden, da hilft nicht einmal jüdische oder halbjüdische Abstammung.

All dieses hängt eng zusammen mit der von Bonn unterhaltenen deutschen Aufrüstungsneurose, die sich „psychologische Kriegführung" nennt und deren Unsauberkeiten eine saubere „psychologische Friedenssicherung" systematisch entgegenzusetzen höchste Zeit wird.

Dr. Josef Peters

Maulkorb und Zügel für die Presse

zu Schäffers Ehrenschutzgesetz

„Jetzt stoßen sie die Pressefreiheit ins Grab". Mit diesem Schreckensruf versuchte am 10. Juli dieses Jahres eine westdeutsche Tageszeitung die Aufmerksamkeit der mit Urlaubsgedanken beschäftigten Wirtschaftswunder-Bürger auf eine am gleichen Tage stattfindende Sitzung des Bundesrates zu lenken, die sich mit einer Vorlage zu beschäftigen hatte, welche unter dem monströsen Namen „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes" nahezu über ein Jahr hinweg die Gemüter der Presse, des Funks und des Films erregt hatte.

Die Geschichte dieses Entwurfes, der unter dem Namen Ehrenschutzgesetz einem breiteren Publikum bekanntgeworden ist, begann vergangenes Jahr mit einer harmlos anmutenden Pressenotiz. Sie besagte, daß Bundesjustizminister Schäffer Vertreter der Journalistenorganisationen zu Besprechungen über die Neuregelung des Presserechts zu sich geladen habe. Zweck der Änderungen solle es sein, in das Gesetz Betimmungen einzufügen, die einen stärkeren Schutz der Persönlichkeit garantieren. Vor allem gehe es darum, das Eindringen der Presse in die private Sphäre zu unterbinden. Der Minister, so hieß es in jener Meldung, habe dabei auf die Vorgänge um die Kaiserin Soraya verwiesen.

Mit den „Vorgängen" waren Berichte über die ehemalige Kaiserin gemeint, die seinerzeit Geschäftsstraßen deutscher Städte mit ihrem Besuch beehrte und sensationshungrige Reporter anregte, über intime Geheimnisse zu meditieren. Schäffers Ankündigung konnte den Eindruck erwecken, als verfolgte die von ihm angestrebte Neuregelung des Presserechts einen edlen Zweck. Der Leser, so schien es, sollte davor bewahrt werden, mit den Bettgeheimnissen von Ex-Kaiserinnen und Filmdiven behelligt zu werden.

Kurz zuvor hatte die vom Bonner Auswärtigen Amt erdachte „Lex Soraya" im Bundesrat ein unrühmliches Ende genommen. Dieser Gesetzentwurf sollte „ausländischen Staatsoberhäuptern einen verstärkten Ehrenschutz" einräumen. Staatssekretär Strauss aus dem Justizministerium hatte die Annahme des Entwurfes mit der Begründung zu erreichen versucht: „Die außenpolitischen Bedürfnisse, die dem Gesetz zugrunde liegen, sind dringend". Hessen meldete jedoch verfassungsrechtliche Bedenken an und erklärte, daß das Gesetz das Grundrecht der Presse- und Meinungsfreiheit einenge.

Der von Schäffer angekündigte Entwurf eines Ehrenschutzgesetzes sollte indessen die „Lex-Soraya" keineswegs ablösen. Sein Sinn war ein ganz anderer. Darüber konnte auch der Hinweis des Ministers auf die Vorgänge um die ehemalige Inhaberin des Pfauenthrons nicht hinwegtäuschen. Hier ging es um den Versuch, der Presse einen handfesten Maulkorb umzubinden. So enthielt der Entwurf beispielsweise die Verpflichtung, daß derjenige, der „widerrechtlich einen anderen in seiner Persönlichkeit beeinträchtigt, diese Beeinträchtigung wieder zu beseitigen hat". Ferner erklärte er die Anfertigung und Veröffentlichung von Bildern für unzulässig, wenn ihr ein „überwiegendes, schutzwürdiges Interesse des Abgebildeten entgegensteht". Über das Recht auf Entgegnung hieß es in dem Gesetzentwurf: „Wer öffentlich eine Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet ist, einen anderen in seiner Persönlichkeit zu beeinträchtigen, ist verpflichtet, unverzüglich eine Entgegnung des anderen auf dessen Verlangen ohne Zusatz und in gleicher Weise wie die von ihm aufgestellte oder verbreitete Behauptung zu veröffentlichen".

Dem deutschen Journalistenverband schwante nichts Gutes. In seinem Mitteilungsblatt „Der Journalist" bemerkte er, von dunklen Ahnungen geplagt: „Vieles deutet schon heute darauf hin, daß man wieder einmal drauf und dran ist, die Presse und ihre Arbeit zu reglementieren".

In der Tat war nicht zu verkennen, daß das geplante Gesetz das Grundrecht der Pressefreiheit so eindeutig einschränken würde, daß die öffentliche Aufgabe der Presse erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde. Angesichts der aufziehenden Wolken trugen Vertreter des deutschen Presserates dem Bundesjustizminister ihre Bedenken vor. Sie erklärten, das Gesetz würde eine schwere Beeinträchtigung der Pressefreiheit bedeuten, „ja die Frage der Verfassungswidrigkeit aufwerfen". Der Minister zeigte sich von der Intervention des Presserates wenig beeindruckt. Kaltblütig bezeichnete er die Pressefreiheit als sekundär und bemerkte, das Grundrecht der Persönlichkeit habe vor dem der Pressefreiheit den absoluten Vorrang. Erschreckt durch die Hemdsärmeligkeit, mit der Schäffer seine Ansichten vortrug, bezeichnete die Freie Demokratische Partei den Entwurf als eine „geladene Pistole", die auf die Pressefreiheit gerichtet sei. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion machte darauf aufmerksam, daß es der Bundesregierung offenbar darum gehe, die Pressefreiheit einzuengen, sich aber gleichzeitig ein eigenes Meinungsmonopol zu sichern. Der Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Frankfurt/Main, Prof. Walter Mallmann, nannte den Entwurf, ähnlich wie die FDP, eine „neue Waffe gegen die Pressefreiheit".

Allmählich wurde der Öffentlichkeit klar, daß der Schäffersche Entwurf das Grundgesetz in Frage stellt. Der Artikel 5 dieses Entwurfes garantiert nämlich nicht nur die Freiheit der Presse gegenüber dem Staat, sondern auch eine freie innere Ordnung des Zeitungswesens. Diese Ordnung ist notwendig, damit die Journalisten nicht kommerziellen Interessen unterworfen werden und nicht so schreiben müssen, wie ein auf Erwerb bedachter Verleger es wünscht. Die Presse muß nach dem Grundgesetz eine nicht weisungsgebundene Institution sein. Ihr Bestehen ist im höchsten Maße gefährdet, wenn das Ehrenschutzgesetz mit seinem obrigkeitlichen Denken Wirklichkeit wird.

Es waren nicht nur die Journalisten und Rechtsexperten, die schwere Bedenken gegen den Entwurf anmeldeten. Auch der Präsident des Zeitschriften Verlegerverbandes, Hans Albert Kluthe, räsonierte gegen den Entwurf und erklärte, daß seine gesetzgeberische Verwirklichung die Berichterstattung über „tatsächliche Vorgänge behindern" würde.

Um den Plänen des Bundesjustizministers entgegenzuwirken, unterbreitete die FDP Vorschläge für ein Bundepresserecht, in dem als Voraussetzung für die Pressefreiheit die Informationsfreiheit genannt und jede Pressezentur für unzulässig erklärt wird, weil sie mit der öffentlichen Aufgabe der Journalisten in einem demokratischen Staat nicht zu vereinbaren sei.

Am 10. Dezember 1958 wandte sich der deutsche Presserat hilfesuchend mit einem Appell an die Länderjustizminister, die dafür eintreten sollten, daß die öffentliche Aufgabe der Presse, die der Entwurf infrage stellt, ausdrücklich im Ehrenschutzgesetz genannt wird. Nur durch eine solche Formulierung sei die Gewähr gegeben, daß der Richter im Einzelfall gerecht zwischen den Grundrechten der Person und der Informationsfreiheit abwägen könne. Andernfalls müsse weitgehende Rechtsunsicherheit und eine Lähmung der Presse bei der Erfüllung ihrer Aufgabe befürchtet werden. Der Presserat habe, so ließ er die Länderjustizminister wissen, „Anlaß zur Befürchtung, daß seine grundsätzlichen Bedenken auch weiterhin keine Berücksichtigung finden werden". Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte erkannt, daß Schäffer „beabsichtigt, die Pressefreiheit zu knebeln" (9. 12. 58).

Sechs Tage später gab der Justizminister zu erkennen, daß ihn alle bisher vorgebrachten Einwände nicht zu beeindrucken vermochten. Er teilte mit, daß der Entwurf mit „gewissen, nicht grundsätzlichen Änderungen", dem Bundesrat und dem Bundestag zugehen werde. Das Reichsgericht, so fügte er hinzu, habe in ständiger Rechtssprechung die Frage verneint, ob die Presse sich zum Wortführer von Interessen der Allgemeinheit machen dürfe. Einige Oberlandesgerichte hätten sie in letzter Zeit zwar bejaht, aber eine Bestätigung durch das Oberste Gericht der Bundesrepublik stehe noch aus.

Zur Unterstützung berief Schäffer sich auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. Januar 1958 über die freie Meinungsäußerung. In diesem Urteil heißt es: „Das Recht der Meinungsäußerung muß zurücktreten, wenn schutzwürdige Interessen eines anderen von höherem Rang durch die Betätigung der Meinungsfreiheit verletzt würden." Aus diesem Urteil ist zu ersehen, daß das Recht der freien Meinungsäußerung auch ohne den Ehrenschutzentwurf bereits eingeengt ist.

Am 13. Dezember 1958 befaßte sich erneut der deutsche Presserat mit dem Entwurf und mußte feststellen, daß seine grundsätzlichen Bedenken bisher nicht berücksichtigt worden seien. Es sei unverkennbar, daß eine Beschränkung des Grundrechts, der Presse- und Informationsfreiheit tatsächlich angestrebt werde.

Wie recht die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit ihrer Befürchtung hatte, das parallel mit der Einengung der Pressefreiheit ein Regierungsmeinungsmonopol angestrebt werde, wurde Mitte Januar sichtbar. Zur gleichen Zeit, da das Deutsche Nationalkomitee des Internationalen Presseinstituts mitteilte, es wolle um Unterstützung durch einen Aufruf der Organisation an die Welt bitten, wurde bekannt, daß die Bundesregierung an der Schaffung eines Zentrums für psychologische Verteidigung arbeitet. Dieses Zentrum wurde am 20. Februar unter dem Namen „Rettet die Freiheit e. V." Wirklichkeit.

*

Im Hinblick auf das oben erwähnte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ergibt sich die Frage, ob die persönliche Ehre des einzelnen nicht schon genügend geschützt ist. Diese Frage muß bejaht werden. Darum geht es bei dem — man möchte sagen fälschlicherweise — als Ehrenschutzgesetz bezeichneten Gesetz auch gar nicht. Der Entwurf schützt eindeutig den im politischen Leben Tätigen zu Lasten der Presse und des allgemeinen Interesses. Er gibt dem Kritisierten die Möglichkeit, sich eines Tricks zu bedienen, um die Kritiker auf elegante Art abzuseifen. Bei einem Streit brauchte er und würde er nicht den Kern der politischen Meinungsverschiedenheiten hervorkehren, sondern sich „aus persönlichen Gründen" angegriffen fühlen. So ließe sich mit einer unpolitischen Maßnahme leicht jeder politische Gegner „am Boden zerstören". Natürlich will Schäffer nicht wahrhaben, daß sein Entwurf einem gewissen Kreis einen Sonderstatus einräumt. Seiner Meinung nach geht es nur darum, die private Sphäre zu schützen. Das Groteske dabei ist, daß diejenigen, die angeblich geschützt werden sollen, gar nicht geschützt werden wollen. Die Filmstars, Sporthelden und diversen Prinzessinnen leben ja von der Publizität, die ihnen zuteil wird. Sie wehren sich gar nicht gegen die „Verbreitung wahrer Behauptungen über das Privat- und Familienleben", die der § 19 des Entwurf unter Strafe stellen will.

Wie weitgehend die Gefahren sind, denen die Presse hier ausgesetzt ist, wurde zu Beginn dieses Jahres deutlich, als in Kreisen der Parlamentarier, der Ministerien und der Justiz ein Vorschlag kursierte, wonach die Presse eine Selbstverwaltungskörperschaft und eine berufsständische Organisation erhalten sollte. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde auf die Wiederbelebung der von

Goebbels geschaffenen Reichsschriftungskammer und des Schriftleitergesetzes hinauslaufen. Dies wiederum käme einer Lenkung der Journalisten durch eine Behörde gleich. Erstaunlich, welche Vorliebe dieser Staat, der die freie Wirtschaft anbetet, für das Bevormunden des Geistes hat.

*

Einer der massivsten Einwände gegen das Ehrenschutzgesetz wurde am 25. Januar vom rechtspolitischen Ausschuß der SPD vorgebracht. Er lehnte den Entwurf nach zweitägigen Beratungen als verfassungswidrig ab, weil er ein getarntes Presserecht enthalte und damit in die Gesetzgebungskompetenz der Länder eingreife.

Die deutsche Studiengesellschaft für Publizistik lehnte auf einer Tagung in Stuttgart, an der 50 Publizisten, Juristen, Wissenschaftler und Verleger teilnahmen, den Entwurf gleichfalls ab. Begründung: „Der Entwurf führe in der Praxis zur Züchtung von Querulantentum und zur Kommerzialisierung des Persönlichkeitsrechts. (Der Entwurf enthält eine Bestimmung, nach der Zeitungen verpflichtet sind, einem in seiner Ehre Gekränkten geldliche Entschädigung zu leisten.)

Einem Trommelfeuer der Kritik sah Schäffer sich auch bei einem Aussprache-abend des aktuellen Filmforums in München ausgesetzt, der am 17. Februar in Anwesenheit des Ministers stattfand. Der Vorsitzende der deutschen Studiengesellschaft für Publizistik, der Stuttgarter Rechtsanwalt Löffler hielt Schäffer entgegen, daß wir „wieder beim Polizeistaat landen", wenn die freie Meinungsäußerung mit gesetzlichen Mitteln ausgeschaltet wird. Der Syndicus des deutschen Filmwirtschaftsverbandes, Horst von Hartlieb, meinte, es gehe nicht um die Frage, ob ein Persönlichkeitsschutz notwendig sei — „er besteht ja und wird von den höchsten Gerichten eindeutig anerkannt" —, sondern darum, ob der vorliegende Entwurf den Trägern der Publizistik gefährlich werden könne und ihnen deshalb zuzumuten sei. Hartlieb äußerte verfassungsrechtliche Bedenken, weil der Entwurf jenen Bestimmungen des Grundgesetzes widerspreche, die eine freie Entfaltung garantieren.

Unter dem Druck der Kritik, die auch in Kreisen der CDU laut wurde, ließ Schäffer verlauten, er wolle den Entwurf nicht in der jetzigen Form dem Kabinett zuleiten. Die öffentliche Aufgabe der Presse solle verankert werden. Beschwichtigend erklärte der eigentliche Schöpfer des Gesetzes, Ministerialdirektor Erdsiek: „Ich finde den Entwurf so harmlos wie nur etwas".

Nachdem das geänderte Gesetz erneut auf Proteste gestoßen war, entschloß Schäffer sich zu einer weiteren Änderung. Wieder gab die SPD zu bedenken, daß kein zwingender Grund für ein Persönlichkeitsschutzgesetz vorliege, da die Bestimmungen des Grundgesetzes ausreichten. Auch die geänderte Fassung sei unannehmbar. Der Kern des Gesetzes sei es nämlich, daß auf Schleichwegen Presserecht durch den Bund geschaffen werden solle, obwohl dies nach dem Grundgesetz nicht in seine Kompetenz falle. Generalstaatsanwalt Bauer bezeichnete das ganze Gesetz als „unnötig und gefährlich", weil dabei „die Freiheitsrechte auf der Anklagebank säßen". Der Sprecher des deutschen Presserates, Giessler, sagte: „Es sind noch nicht alle Fußangeln beseitigt."

Während dieses Stadiums der Auseinandersetzungen traten zwei Ereignisse ein, die unschwer erkennen ließen, was der Presse und ihren Wortführern droht, wenn erst das „Ehrenschutzgesetz" Wirklichkeit ist. In Hamburg wurde der Chefredakteur der Deutschen Presseagentur, Fritz Sänger, unter merkwürdigen Begleitumständen ausgebootet, weil er oppositioneller Neigungen verdächtigt war, und am gleichen Tag, es war der 8. April, erfuhr die Öffentlichkeit von der

Einleitung eines Verfahrens gegen Prof. Hagemann, den Leiter des Instituts für Publizistik an der Universität Münster. Um was es bei dem Kesseltreiben gegen Hagemann ging, gaben die Studenten durch ein Plakat zu verstehen, das sie an der Tafel des Instituts befestigten. Sein Text lautete: „Das Institut ist wegen Meinungsfreiheit geschlossen".

Ungeachtet aller Proteste verabschiedete das Bundeskabinett am 10. Juni den aus acht Artikeln und einer 158 Seiten langen Begründung bestehenden Ehrenschutzgesetzentwurf. Auf den Tag genau einen Monat später gab ihm auch der Bundesrat mit knapper Mehrheit im ersten Durchgang seine Zustimmung.

Die Absicht der Bundesregierung ist klar: Sie will der Presse Maulkorb und Zügel anlegen, weil sie von dieser Seite Unannehmlichkeiten befürchtet. Es ist bezeichnend für die Entwicklung in der Bundesrepublik, daß die Bemühungen zur Einschränkung der Pressefreiheit zur selben Zeit unternommen werden, da sich das Fiasko der Politik des Bundeskanzlers sichtbarer denn je zuvor abzeichnet. Die hinter dem Ehrenschutzgesetz stehenden Kräfte innerhalb der Bundesregierung (die Meinung im Kabinett scheint nicht einheitlich zu sein, da Schäffer nicht von einer einstimmigen, sondern von einer „einhelligen" Billigung durch die Bundesregierung sprach) wissen genau, daß ihnen schlechte Zeiten bevorstehen. Es wird für sie immer schwieriger, ihre Politik mit Aussicht auf Erfolg als das einzige Mittel zur Bewältigung der anstehenden Probleme auszugeben. Bei alldem darf nicht übersehen werden, daß der Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit nur Teil eines großen, gegen die demokratischen Freiheiten schlechthin gerichteten Feldzuges der Kalten Krieger ist. Man erinnere sich der Notstandspläne des Bundesinnenministers, die nach den Parlamentsferien in Raten verwirklicht werden sollen, weil die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine pauschale Verabschiedung eines Notstandsgesetzes fehlt. Man erinnere sich weiter der Versuche, ein Rundfunk- und Fernsehprogramm auf die Beine zu stellen, das den Ansichten der Regierung Geltung verschaffen soll.

*

Nachdem unsere Parlamentarier der Meinung waren, seit mehr als anderthalb Jahren auf eine außenpolitische Debatte verzichten zu können, sollten sie im Hinblick auf die drohenden innenpolitischen Gefahren wenigstens den Mut aufbringen, auf diesem Gebiet aktiv zu werden, indem sie sowohl dem Ehrenschutzgesetz, als auch den verschiedenen Notstandsgesetzen sowie dem geplanten Rundfunk- und Fernsehgesetz ihre Zustimmung versagen. Sie könnten sonst leicht bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen über den Stand der Demokratie in beiden Teilen Deutschlands in eine höchst ungünstige Lage geraten. Aber es ist nicht nur dies. Die Gegner der atomaren Aufrüstung, die heute in allen Parteien zu finden sind, entziehen sich selbst den Boden unter den Füßen, wenn sie es dulden, daß die Demokratie ihres Inhaltes beraubt wird. Wenn erst einmal dem Schreckensruf: „Jetzt stoßen sie die Pressefreiheit ins Grab!", der Aufschrei folgt: „Jetzt stoßen sie die Demokratie ins Grab!" ist es zu spät.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kommuniqués von Genf

Die Konferenz der Außenminister fand vom 11. Mai bis zum 20. Juni und vom 13. Juli bis zum 5. August 1959 in Genf statt.

Die Konferenz behandelte Deutschland betreffende Fragen, darunter den Friedensvertrag mit Deutschland und die Berlinfrage.

Die Teilnehmer der Konferenz haben ihre Standpunkte in diesen Fragen dargelegt.

Es fand eine offene und allseitige Erörterung der Berlinfrage statt.

Die Standpunkte beider Seiten näherten sich in einer Reihe von Fragen.

Die stattgefundenen Diskussionen werden für weitere Verhandlungen, die für die Erzielung einer Übereinkunft notwendig sind, nützlich sein.

Außerdem bot die Konferenz die Möglichkeit, einen nützlichen Erfahrungsaustausch zu anderen Fragen, die von beiderseitigem Interesse sind, zu führen.

Die Außenminister sind übereingekommen, ihren entsprechenden Regierungen über die Ergebnisse der Konferenz Bericht zu erstatten.

Die Frage des Datums und des Ortes der Wiederaufnahme der Arbeit der Konferenz wird über diplomatische Kanäle geregelt.

Wortlaut der Entschließung vom 1. August 1959 des Deutschen Klubs 1954

In tiefer Sorge verfolgen westdeutsche Patrioten die Haltung der Bundesregierung zu den Verhandlungen in Genf. Vielsagenderweise hält sie es für notwendig zu versichern, daß sie die Konferenz nicht torpedieren wolle. Ihr Zweckpessimismus aber und ihr Bemühen, die Konferenz abzuwerten, die immerhin schon wegen der Tatsache ihres Zustandekommens sowie wegen des in einigen Grundsatzfragen erzielten Einvernehmens und der Verhinderung eines militärischen Konflikts in Berlin positiv zu beurteilen ist, verhüllen nur notdürftig die Tendenz zu Unnachgiebigkeit und Verzögerung. Oft genug haben die Schritte und Vorschläge der Bundesregierung sich anbahnende Fortschritte in der Politik einiger Westmächte gestört und aufgehalten. Sie haben — zugegeben, ungewollt — den Kräften und Mächten in die Hände gespielt, die auf Zeitgewinn arbeiten, die deutsche Einheit nicht wollen und es in verschlungener Taktik nicht verschmähen, die westdeutsche Verhärtung als Popanz und als Mittel zu mißbrauchen, den westdeutsch-östlichen Gegensatz am Feuer zu halten. Zudem entsteht durch die systematische Behinderung des Konferenzgedankens der fatale Eindruck, daß Zeit für die atomare Aufrüstung gewonnen werden soll.

Die Zukunft der Deutschen hängt entscheidend von der Entspannung und Ordnung ihres Verhältnisses zum Osten ab, dem sie vor zwei Jahrzehnten einen furchtbaren Blutzoll abgefordert haben. Die Lösung des Problems ist, von der moralischen Seite ganz abgesehen, politisch unausweichlich und unaufschiebbar. Der Gegensatz kann zu einer unmittelbaren Gefahr werden, auch wenn, was wahrscheinlich ist, die Sowjetunion nicht schießt, um in die westdeutsche Aufrüstung hineinzustoßen. Das Moskauer Gespräch mit Nixon hat erneut gezeigt, wie sehr der deutsche Komplex den Sowjetführer erregt. Es bedeutet eine gefährliche Verkennung der Lage, wenn Sprecher der Bundesregierung erklären: „Wir haben immer noch einen Tag länger Zeit als alle anderen." Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Zuwarten wird der westdeutschen Politik, wie eine realistische Überlegung ergibt, keine bessere Ausgangsposition verschaffen. Eine atomare Aufrüstung würde sie weiter verschlechtern. Wieso übrigens soll überhaupt eine massive westdeutsche Aufrüstung gut und sinnvoll sein, die ohne Gleichberechtigung total in die Nato integriert, dem Oberbefehl und weltpolitischen Interesse einer transozeanischen Macht untergeordnet und dienstbar gemacht und überdies durch eine kommende internationale Abrüstung und die Schaffung militärisch verdünnter Zonen wesentlich eingeschränkt wird? In einer Zeit, in der zumindest auch mit der kontrollierten Einstellung atomarer Probeexplosionen zu rechnen ist?

Zwischen Washington und Moskau vollzieht sich ganz unverkennbar eine Annäherung, die in Verständigung und Koexistenz, wenn nicht sogar Zusammenarbeit münden kann. Die beiden Weltmächte sind auf dem Wege, ihre Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten am Konferenztisch, nicht auf dem Schlachtfeld zu bereinigen. Die Beweggründe für diese sich seit längerem abzeichnende Wende mögen nicht so sehr moralischer als realistischer Natur sein. Jedenfalls ist sie das Ergebnis der Entwicklung der internationalen Machtverteilung, die offensichtlich nicht den Westen, sondern den Osten in die Vorhand gebracht hat, und des Fortschreitens der aktiver gewordenen Weltmeinung. Nichts deutet darauf hin, daß sich diese Tendenz und ihre Aussichten in absehbarer Zeit ins Gegenteil verkehren werde.

Im amerikanischen System der militärischen Basen und Bündnisse treten wirtschaftlich, militärpolitisch und strategisch immer breitere und tiefere Risse und Klüfte zutage, die Meinungsverschiedenheiten häufen, der Zusammenhalt lockert sich. Der Bündniswert der Einkreisungspartner sinkt im Zuge der westöstlichen Verständigung. Der Einfluß des Mannes auf Washington, der in Bonn die politischen Richtlinien bestimmt, vermindert sich fühlbar. Seine hartnäckigen Interventionen rufen immer wieder Befremden und Unzufriedenheit im Westen hervor. Die Zügel der Außenpolitik drohen ihm zu entgleiten, die Unsicherheiten und Schwankungen seiner Politik und die Meinungsverschiedenheiten in der Bonner Zentrale nehmen zu. Die Beziehungen zu London hat er zur Genugtuung von Paris bewußt auf den Nullpunkt reduziert. Sogar die Temperatur der Exklusivachse Bonn-Paris hat sich abgekühlt. Es kann doch dem leitenden westdeutschen Staatsmann nicht daran liegen, sich durch seine kleineuropäische Politik unheilvolle Verdienste um weitere Spaltungen Resteuropas zu erwerben.

Es ist zu befürchten, daß die Bonner Verzögerungsdiplomatie und ihre Verweigerung der innerdeutschen Verständigung nur dazu führen, daß die Bundesrepublik außenpolitisch isoliert wird, der deutsche Graben sich ständig weiter vertieft und verbreitet und die Trennung in zwei Staaten immer mehr endgültige Formen annimmt. Es ist Gefahr im Verzuge. Die Deutschen haben keine Zeit mehr. Könnten sie es verantworten, die folgenschweren Versäumnisse der Jahre 1952, 1954 und 1955 um weitere zu vermehren und die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne zu rücken? Wahrscheinlich bietet sich ihnen jetzt die letzte Chance, ihr nationales Anliegen einer Lösung näherzubringen. Washington und London wollen im Hinblick auf bevorstehende Wahlen bald zu wenigstens vorläufigen Ergebnissen im internationalen Bereich gelangen.

Der kalte Krieg ist notleidend geworden, er wirft keine Dividenden mehr ab. Die Politik der militärischen Stärke und des internationalen Faustrechts ist als widersinnig und unwirksam entlarvt, der Wahn, Deutschland könne nur mit Hilfe der Westmächte wiedervereinigt werden, gründlich zerstört. Warum also hält Bonn immer noch an solchen überholten Vorstellungen fest? Wo es um die Sache der Deutschen geht, müssen diese selbst den Weg zueinander finden, kann sich Westdeutschland nicht länger in den Rockfalten anderer bergen wollen. Welch ein wirkungsvoller, geschichtlicher Beitrag für den Weltfrieden und die Wiedervereinigung wäre es, wenn sich die Deutschen endlich entschließen wollten, aus den Militärblöcken auszuscheiden!

Bonn sollte sich darüber klar werden, was am Ende seiner bisherigen Politik steht. Es möge endlich von seiner negativen und fruchtlosen Taktik des permanenten Stillstands lassen, aus seinem ideologischen Antikomplex heraustreten und realistisch, ohne Vorurteil und Voreingenommenheiten sich auf die Höhe einer Politik erheben, deren Bahn durch die Zielpunkte: Interimslösung für Berlin, gesamtdeutsche Verhandlungen, Friedensvertrag, militärisch verdünnte, atomwaffenfreie Zonen, Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten abgesteckt ist. Es ist verderblich, aus leicht durchschaubaren Gründen ständig von dem angeblichen Scheitern von Konferenzen zu sprechen. So ist die Genfer Konferenz schon wegen der Tatsache ihres Zustandekommens sowie wegen des in einigen Grundsatzfragen erzielten Einvernehmens und der Verhinderung eines militärischen Konflikts in Berlin positiv zu beurteilen.

Wenn die Bundesregierung einerseits die innerdeutsche Verständigung deswegen ablehnt, weil so dem Kommunismus der Weg in die Bundesrepublik geöffnet würde, andererseits den völkerrechtlich verbindlichen Verzicht auf Gewaltanwendung in der Frage

der Wiedervereinigung verweigert, so liegt hier nicht nur die Äußerung eines völlig unverständlichen Minderwertigkeitskomplexes und bestürzenden Mangels an Vertrauen in die eigene Kraft, sondern auch der Anlaß zu einem beunruhigenden Verdacht vor.

Die Aufgabe der Entspannung und Verständigung kann nur in einer zusammenhängenden Kette aufeinanderfolgender Konferenzen auf hoher und höchster Ebene bewältigt werden. Es muß so lange verhandelt werden, bis die Probleme gelöst und die Ursachen von Konflikten beseitigt sind.

Ost-West-Gespräch am Runden Tisch in London

Vom 21.—24. Juli 1959 fand auf Einladung von Unterhausmitgliedern der Labour-Party eine Begegnung politischer Persönlichkeiten aus Belgien, Deutschland (Ost und West), Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, der UdSSR, Schweden und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien, insgesamt 35 Personen, darunter viele Parlamentarier und frühere Minister, in London statt.

Es gab einen freien Austausch persönlicher Meinungen, in deren Verlauf die folgenden Ansichten vertreten wurden:

1. Abrüstung

Jeder Redner verwies auf die Absurdität, daß täglich mehr als £ 71 000 000 für die Vorbereitung eines Krieges ausgegeben werden, von dem jedermann weiß, daß er den größten Teil der Menschheit vernichten würde.

Von allen Anwesenden wurde anerkannt, daß die allgemeine Abrüstung schrittweise und in solcher Weise durchgeführt werden müsse, daß bei jedem Schritt die Abrüstung mit Kontrollmaßnahmen und die Kontrollmaßnahmen mit der Abrüstung verbunden würden. Einige Redner vertraten die Ansicht, daß das Gleichgewicht der Kräfte beider Seiten aufrechterhalten werden solle und verlangten Sicherheitsgarantien.

Teilnehmer der Begegnung aus denjenigen Ländern, die bei der Konferenz über das Verbot nuklearer Versuche in Genf vertreten sind, unterstrichen besonders die Notwendigkeit, die Versuche einzustellen, und meinten, dies könne der erste Schritt zur Vernichtung aller Lager nuklearer Waffen werden.

2. Internationale Wirtschaftshilfe

Ein beträchtlicher Teil der finanziellen Mittel, die man durch die Einschränkung der Rüstung einsparen könnte, sollte der wirtschaftlichen Hilfe für die unterentwickelten Länder gewidmet werden. Alle an der Diskussion Beteiligten unterstrichen die Dringlichkeit und die Wichtigkeit dieses Problems.

3. Auseinanderrücken der Blöcke

Den an der Begegnung Beteiligten schien die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, in der auch die konventionellen Waffen verringert, beschränkt und kontrolliert werden sollten, ein erster Schritt in einem Programm der allgemeinen Abrüstung. Einige Teilnehmer vertraten die Ansicht, daß die Errichtung derartiger Zonen Bestandteil eines umfassenderen politischen Abkommens sein sollte, das auf die Minderung der internationalen Spannung gerichtet sein sollte.

Ohne die Einzelheiten dieses oder jenes unter den vielen Plänen für das Auseinanderrücken der Blöcke zu behandeln, verwiesen die Teilnehmer der Diskussion darauf, daß es diesen Plänen und den Vorschlägen für die Errichtung von Zonen des Disengagements gemeinsam sei, daß sie ein System der internationalen Kontrolle und Zusammenarbeit einrichten, dadurch das Vertrauen zwischen den Staaten vergrößern und die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen fördern wollen.

4. Gipfelkonferenz

Es bestand Übereinstimmung in der Ansicht, daß eine Gipfelkonferenz, selbst im Falle eines Scheiterns der gegenwärtigen Genfer Außenministerkonferenz, notwendig sei, da nur eine Gipfelkonferenz die Verhandlungen über die Abrüstung erneut in Gang bringen

könne. Während sie gleichfalls die Notwendigkeit unterstrichen, alle internationalen Differenzen durch friedliche Mittel zu lösen, waren einige Diskussionsredner doch der Ansicht, daß eine oder mehrere Gipfelkonferenzen nur dann Aussicht auf Erfolg hätten, wenn sie durch einen freien Austausch von Meinungen vorbereitet würden, und daß die Aufgabe, die allgemeinen Entscheidungen der Gipfelkonferenzen durchzuführen, denjenigen Körperschaften überlassen werden sollte, die für diesen Zweck bestimmt würden.

5. Deutschland

Ein Meinungsaustausch über das deutsche Problem fand statt. Während dieser Diskussion brachten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland und aus der Deutschen Demokratischen Republik ihre Ansichten zum Ausdruck. Es ergab sich Übereinstimmung in folgenden Punkten:

a) daß die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Anstrengungen des deutschen Volkes mit der Hilfe der Großmächte erreicht werden sollte, die kraft ihrer Verpflichtung in dieser Richtung handeln sollten;

b) über die Bildung einer gesamtdeutschen Kommission, die sich aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zusammensetzen sollte, um über eine schrittweise Wiederannäherung zu verhandeln;

c) daß es notwendig sei, einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten;

daß eine atomwaffenfreie Zone geschaffen und Deutschland in sie einbezogen werden sollte.

Eine weitere Begegnung bejaht

Die Teilnehmer der Londoner Tagung waren der Ansicht, daß es äußerst wünschenswert sei, eine weitere Begegnung vor Ende des Jahres 1959 mit einem noch breiteren politisch-repräsentativen Teilnehmerkreis durchzuführen, um die Diskussion über die Ost-West-Beziehungen fortzusetzen.

Wortlaut der Deklaration der Labour Party und des Gewerkschaftskongresses: Der nächste Schritt · Abrüstung und nuklearer Krieg*)

Im Frühjahr des Jahres 1958 veröffentlichten die Labour Party und der Gewerkschaftskongreß eine Erklärung über ihre Politik in Fragen der Abrüstung und des nuklearen Krieges. Wir bestätigen erneut die grundsätzlichen Prinzipien dieser Erklärung. Seitdem haben wir mehrere wichtige internationale Ereignisse erlebt, die uns auf die Notwendigkeit verweisen, unsere Politik ausführlicher darzustellen. Die wichtigsten Ereignisse, an die wir dabei denken, sind die sowjetischen Erklärungen über Berlin und die ihnen folgende Außenministerkonferenz, die Genfer Konferenz über nukleare Versuche, neue Kenntnisse über die durch Strahlungen verursachten Gefahren und die Aussicht, daß Frankreich bald seine erste eigene Nuklearwaffe erproben wird.

Ein Abkommen in Europa

Was Berlin und die damit zusammenhängenden Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit betrifft, so hat die Entwicklung der letzten Zeit unsere Überzeugung bestätigt, daß die beste Aussicht für eine langfristige Lösung durch einen Plan für das Disengagement von der Art gegeben ist, wie wir ihn vorgeschlagen haben. Gemäß unserem Plan wäre der erste Schritt die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Waffen und die bewaffneten Streitkräfte in West- und Ostdeutschland, in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Ihm würden die stufenweise Zurückziehung der ausländischen Streitkräfte aus diesem Gebiet, die Wiedervereinigung Deutschlands, ein Sicherheitspakt, der die Grenzen der Staaten in diesem Gebiet garantiert, und schließlich das Ausscheiden Deutschlands aus der Nato und das Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns aus dem Warschauer Paktsystem folgen. Wir bedauern außerordentlich, daß die Westmächte es versäumt haben, diese Vorschläge anzunehmen oder auch nur ähnliche Anregungen, wie die von Rapacki vorgebrachten, zu diskutieren.

*) *Die Hervorhebungen entsprechen dem Originaltext.*

Wir stellen fest, daß wir die Ansicht vertreten, daß trotz des Mangels an Fortschritten während der Außenministerkonferenz eine Gipfelkonferenz durchgeführt werden muß. Die Völker der Welt würden allgemein Bestürzung empfinden, falls die Versuche zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West aufgegeben würden, bevor eine derartige Begegnung auf dem Gipfel durchgeführt worden wäre.

Beendigung der nuklearen Versuche

Hinsichtlich des Abkommens über die Einstellung der nuklearen Versuche sind hoffnungsvollere Fortschritte gemacht worden. Die Westmächte sind, wie wir es forderten, von ihrem früheren Verlangen abgegangen, ein Abkommen über die Versuche von umfassenderen Maßnahmen für die Abrüstung abhängig zu machen, und bestehen heute nicht mehr auf einer zeitlichen Begrenzung des Abkommens. Man hat sich über 17 der 25 Artikel des Abkommens, darunter einige von größerer Bedeutung, geeinigt. Noch bestehen Schwierigkeiten in Fragen der Inspektion und der Kontrolle, wir hoffen aber, daß sie bald überwunden werden.

Am bedeutsamsten ist es, daß die Aussetzung der Versuche, die wir so lange forderten, endlich akzeptiert wurde, und daß seit dem letzten November kein Land Versuche durchführte. **Wir empfehlen dringend, daß dieser Waffenstillstand aufrechterhalten wird, und daß keine der drei Mächte, selbst wenn die Verhandlungen sich auf längere Zeit ausdehnen würden, die nuklearen Versuche erneut beginnt. Wer das täte und so einen neuen Start des unkontrollierten Wettrennens um die Perfektionierung dieser erschreckenden Zerstörungsmittel provozierte, würde ein schweres Verbrechen gegen die Menschheit begehen.**

Unsere Besorgnis ist um so größer, weil kürzlich erfolgte Mitteilungen nachdrücklich die Gefahr betonen, daß die Radioaktivität den noch ungeborenen Generationen unermeßliche Leiden verursachen kann. Nach den Feststellungen der Euratom-Kommission hat sich die Menge der in der Luft und dem Wasser enthaltenen Radioaktivität während der letzten Jahre in allen westeuropäischen Ländern mehr als verdoppelt. In Großbritannien verdoppelte sich die Menge des Strontium 90, das mit dem Regenwasser niederging, innerhalb eines Jahres. Überdies wird jetzt vom Medizinischen Forschungsrat (Medical Research Council) anerkannt, daß jede Einwirkung von Radioaktivität potientiell gefährlich ist, und daß die Gefahr um so größer ist, je größer die Einwirkung ist. Es gibt daher keine „sichere Grenze". **Deshalb würde eine Labour-Regierung, falls andere Länder den Waffenstillstand brechen, ihn weiterhin beachten und sofort neue Verhandlungen über ein internationales Verbot aller Versuche beginnen.**

Ein Abkommen der drei Mächte über die nuklearen Versuche allein ist offensichtlich nicht ausreichend, um den Frieden zu sichern. So bald wie möglich muß ihm ein umfassendes Abrüstungsabkommen folgen. Die bereits vorhandenen Lager nuklearer Waffen könnten, falls sie benutzt werden, die Menschheit vernichten. Auch ohne weitere Versuche können Amerika, Rußland und Großbritannien mehr und mehr nukleare Waffen herstellen. Wenn die Mächte, die heute Nuklearwaffen besitzen, sie nicht aufgeben, so werden, wie der Internationale Sozialistische Kongreß vor zwei Jahren erklärte, andere Länder gleichfalls das Recht beanspruchen, ihre eigenen Waffen zu erproben und herzustellen.

Allseitige Abrüstung — unser Hauptziel

Es ist deshalb nicht genug, lediglich ein Abkommen über die Versuche zu treffen. Ein solches Abkommen sollte kein Kissen sein, auf dem wir uns ausruhen, sondern ein Ansporn für weitere Bemühungen. **Es muß nicht nur unser Ziel sein, die Welt von nuklearen und anderen Massenvernichtungsmitteln zu befreien, sondern auch, alle bewaffneten Streitkräfte und Rüstungen bis zu einem Grad zu reduzieren, der einen Krieg unmöglich macht.**

Indem sie an die Annahme des anglo-französischen Plans als Verhandlungsgrundlage durch Rußland im Jahre 1955 anknüpfte, würde eine Labour-Regierung eindringlich schrittweise Abkommen empfehlen, um die folgenden Ziele zu erreichen:

a) eine größere Reduzierung aller bewaffneten Streitkräfte bis zu einem Grad, der wesentlich unter den heutigen Ziffern liegen würde;

b) eine entsprechende Verminderung aller konventionellen Waffen und der Militärausgaben;

c) die völlige Umstellung der Gewinnung spaltbaren Materials auf zivile Zwecke, der zu seiner Zeit die völlige Abschaffung aller Nuklearwaffen und die Zurverfügungstellung der vorhandenen militärischen Lager an spaltbarem Material für friedliche Zwecke folgen würde;

d) die Abschaffung der militärischen Mittel, die für den Abschuß oder Abwurf dieser Waffen benötigt werden (Bomber, Raketen, Unterseeboote, Atomkanonen usw.), um die Sicherheit zu schaffen, daß keine geheimen Lager nuklearer Waffen für einen Angriff verwendet werden können;

e) die Abschaffung aller chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen;

f) zu Beginn dieser Schritte die Errichtung einer Körperschaft der Vereinten Nationen, die der Vollversammlung für die Durchführung des Abrüstungsvertrages verantwortlich wäre. Diese Körperschaft muß entsprechende Rechte, Vollmachten und Funktionen haben, einschließlich derjenigen, die als Schutz gegen einen Überraschungsangriff wirken, ein Netz von Kontrollstationen für die Feststellung nuklearer Versuche unterhalten, die laufende Inspektion von Werken für die Gewinnung und Verwendung von Kernenergie durchführen und aller militärischen Einrichtungen und Waffenfabriken, sowie das Recht besitzen, eine Kontrolle über alle militärischen Ausgaben auszuüben.

Wir empfehlen weiterhin, daß die Regierung Ihrer Majestät die Bildung einer Kommission aus Wissenschaftlern bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorschlagen möge, der die Aufgabe zu übertragen wäre, Methoden für die Feststellung versteckter Lager nuklearer Waffen zu untersuchen.

Ein Abrüstungsabkommen, wie wir es umrissen haben, würde eine völlig neue Atmosphäre im internationalen Leben schaffen. Es würden den industriell höher entwickelten Staaten die Möglichkeit geben, in weit größerem Umfang zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anderer Länder beizutragen. Die Labour Party hat bereits eine bestimmte Versicherung abgegeben, daß eine Labour-Regierung ein Prozent des Nationaleinkommens der Hilfe für die unterentwickelten Länder widmen und den Vereinten Nationen vorschlagen würde, daß alle anderen Staaten dasselbe tun. Bisher haben die Westmächte die Verteidigungslasten als Entschuldigung dafür benutzt, daß sie es versäumt haben, das Problem der weltweiten Armut im großen Maßstab anzupacken. Die Beseitigung dieses Entschuldigungsgrundes sollte einen wesentlichen Fortschritt sogleich möglich machen.

Der Weltfrieden kann nur durch ein derartiges Abkommen, verbunden mit parallel laufenden Vereinbarungen, die politische Lösungen erzielen und die Ursachen der Spannungen beseitigen, endlich gesichert werden. Dies zu erreichen, muß deshalb unser höchstes Ziel bleiben, und die Bemühung, dieses Ziel zu erlangen, wird für die nächste Labour-Regierung den höchsten Vorrang haben.

Nicht als leere Geste unterbreiten wir unsere Vorschläge für eine allgemeine und drastische Verminderung der Rüstungen. Die nächste Labour-Regierung wird sie der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorlegen, und wir glauben, daß sie durch das gesamte Commonwealth und viele andere Länder unterstützt werden. Wir müssen jedoch die vielen Schwierigkeiten erkennen, die im Wege stehen. Das gegenseitige Mißtrauen und die gegenseitigen Befürchtungen des sowjetischen Blocks und des Westens sind immer noch sehr wirksam. Es ist daher beinahe sicher, daß diese Verhandlungen sich als lang und schwierig erweisen werden. Da die Verhandlungen wahrscheinlich ausgedehnt sein werden, müssen wir überdies der schwerwiegenden Gefahr ins Auge sehen, daß andere Länder, empfindlich gegenüber dem Monopol in nuklearen Waffen, das Amerika, Rußland und Großbritannien gegenwärtig besitzen, sich entschließen, mit einer eigenen Produktion zu beginnen.

Die Verbreitung nuklearer Waffen

Nach Ansicht der American Academy of Arts and Sciences verfügen gegenwärtig zwölf Länder über die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für die Herstellung nuklearer Waffen, weitere acht Länder könnten binnen der nächsten fünf Jahre mit einem Produktionsprogramm für Nuklearwaffen beginnen. Das sind erschreckende Aussichten für den zukünftigen Frieden der Welt. Sollte irgendeines dieser Länder mit Versuchen beginnen, so würde das sofort zwei Ergebnisse zeitigen. Erstens würde die Luft weiter vergiftet werden, zweitens würde jedes Abkommen der heutigen Nuklearmächte über die

Einstellung der Versuche sofort unterminiert werden. Jedoch können wir diesen Nationen kaum das Recht verweigern. unserem Beispiel zu folgen. Denn alle Argumente, die uns veranlaßten, unsere britischen Nuklearwaffen herzustellen, können mit dem gleichen Gewicht und der gleichen Gültigkeit beispielsweise von den Franzosen oder den Chinesen für die Herstellung ihrer Bomben benutzt werden.

Wir müssen daher annehmen, daß die Zahl der Nationen. die ihre eigenen Nuklearwaffen herstellen, von Jahr zu Jahr zunehmen wird, falls kein Abkommen in der nahen Zukunft erreicht wird und falls nichts getan wird, um die Verbreitung der Kernenergie als militärische Waffe zu verhindern. Und jedes Zunehmen dieser Zahl wird ein neues und schreckliches Hindernis für das Erreichen der allseitigen Abrüstung schaffen. Die Franzosen haben bereits angekündigt, daß ihr erster Versuch so bald wie möglich stattfinden wird.

Sollte Frankreich Nuklearmacht werden, so würde es für jeden westdeutschen Kanzler sehr schwierig sein, die Forderung auf lange Zeit hinauszuschieben, daß sein Land innerhalb der Nato-Allianz den gleichen Status wie Frankreich und Großbritannien besitzen solle. Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs gibt es Anzeichen für eine ähnliche Rivalität, einen ähnlichen Groll und Wettbewerb. Die Russen haben — wahrscheinlich weil sie sich dieser Gefahr bewußt waren — ihre Vorstellungen über eine atomwaffenfreie Zone im Pazifik bekannt gemacht. Das hat jedoch nicht den Anspruch Pekings verhindert, daß China im Jahre 1961 seine eigenen Nuklearwaffen besitzen will.

Das Hauptargument gegen einseitige Maßnahmen

An diese schweren Gefahren müssen wir uns erinnern, wenn wir uns fragen, ob es noch einen weiteren Schritt gibt, den Großbritannien unternehmen kann, um die Sache der allgemeinen Abrüstung und des Weltfriedens zu fördern. Diejenigen, die an die einseitige nukleare Abrüstung glauben, haben keine Zweifel über ihre Antwort auf diese Frage. Sie sind sicher, daß es der größte Beitrag wäre, den Großbritannien leisten kann, als Beispiel und Anstoß für die restliche Welt zu erklären, wir hätten uns entschlossen, die Herstellung nuklearer Waffen einseitig und bedingungslos aufzugeben und diejenigen zu zerstören, die wir bereits besitzen. Diese Politik ist vom Gewerkschaftskongreß wie von der Labour Party entschieden zurückgewiesen worden, und es ist nichts geschehen, was die Argumente dafür hätte schwächen können.

Es gibt nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß sich Amerika oder Rußland veranlaßt sähen, unserem Beispiel zu folgen, wenn wir diesen Schritt unternähmen, oder doch dadurch die Politik General des Gaulles oder der chinesischen Regierung in irgendeiner Weise beeinflußt würde. Wenn die Aufgabe der Herstellung nuklearer Waffen durch Großbritannien außerdem noch von einem Verbot aller ausländischen nuklearen Stützpunkte begleitet würde, wie es oft eindringlich empfohlen wird, so käme dies einem britischen Ausscheiden aus der Nato gleich. Nichts könnte gefährlicher sein. Sobald dieses Land die Nato nicht mehr loyal unterstützte, würde die Allianz sehr wahrscheinlich auseinanderbrechen, Amerika würde sich in die Isolation zurückziehen und Westeuropa wäre dem sowjetischen Druck ungeschützt ausgesetzt. Bestenfalls würde die europäische Unabhängigkeit unter deutscher Führung und im Vertrauen auf die amerikanische Drohung mit dem „massiven Gegenschlag" unsicher aufrechterhalten werden. Schlimmstenfalls würde die europäische Gemeinschaft, die wir seit 1945 aufzubauen geholfen haben, zusammenbrechen.

Dies sind einigeGründe,warum nach unserer Ansicht die Politik der einseitigen nuklearen Abrüstung, die das Auseinanderbrechen des westlichen Bündnisses mit sich bringen würde, nicht der Sache des Friedens dienen, sondern die Kriegsgefahr ernsthaft vergrößern würde. **Unter den gegenwärtigen Bedingungen betrachten wir es als unerläßlich, daß die Nato-Allianz aufrechterhalten wird und wir ihr loyales und aktives Mitglied bleiben, das seinen vollen Beitrag zu ihren Streitkräften liefert und auch seinen Teil der sich daraus ergebenden Gefahren akzeptiert.**

Ein völlig anderer Vorschlag ist in dem Plan enthalten, Großbritannien solle durch eine einseitige Entscheidung die Herstellung nuklearer Waffen einstellen und seine Leistungen auf dem Gebiet der Verteidigung auf den Aufbau konventioneller Streitkräfte konzentrieren, während es die Verantwortung für die Produktion nuklearer Waffen völlig den USA überlassen würde. Dieser Vorschlag stützt sich nicht auf moralische Argumente,

sondern wird ausschließlich auf wirtschaftlichen und militärischen Gründen von denen aufgebaut, die dringend empfehlen, daß Großbritannien dennoch seinen vollen Anteil in der Nato leisten solle. Als Mitglied der Allianz müßten wir natürlich bereit sein, unsere Aufgabe zu übernehmen. Für die westliche Allianz ist es unerläßlich, Nuklearwaffen zu behalten, bis sie durch ein allseitiges Abkommen völlig abgeschafft werden. Die Verwicklung für uns liegt darin, daß wir die eigene Produktion einstellen und unsere eigenen Lager unter unserer eigenen Kontrolle behalten, kurz gesagt, wir würden uns selbst in dieser Hinsicht in die gleiche Lage wie andere Länder des Westens begeben, beispielsweise Belgien, Holland und Italien.

Handlungsfreiheit für die Labour-Regierung

In der Opposition ist es unmöglich darüber zu urteilen, ob irgendwelche technischen und militärischen Vorzüge, die eine derartige Politik besitzen mag, die augenscheinlichen politischen Nachteile aufwiegen würden. Die Tatsache, daß wir Gegner der Politik des einseitigen Verzichts auf nukleare Waffen sind, bedeutet nicht, daß die nächste Labour-Regierung den Weg beschreiten wird, diese Waffen weiterhin herzustellen oder die gefährlich einseitige nukleare Strategie aufrecht zu erhalten, auf die sich die gegenwärtige Regierung verläßt. Wir wiederholen nochmals, was Mr. Gaitskell und Mr. Bevan auf der Konferenz von Scarborough betonten. **Angesichts von Tatsachen, über die eine Oppositionspartei nicht unterrichtet ist, muß die nächste Labour-Regierung die Freiheit haben, die nukleare Strategie und die Dringlichkeitskategorien für Verteidigungsaufgaben, die sie bei ihrem Amtsantritt übernehmen wird, entweder zu modifizieren oder völlig zu verwerfen.**

Inzwischen bleibt das dringende Problem der Ausbreitung nuklearer Macht. Dieses Problem wie auch eine hoffnungsvolle Art, es zu lösen, wurden im vergangenen Oktober von Mr. Gaitskell in Scarborough behandelt:

„Es ist eine schreckliche Aussicht, daß nukleare Waffen in den Besitz von mehr und mehr Ländern gelangen sollen, von denen viele, wie mit Recht gesagt worden ist, weniger verantwortungsbewußt und desto gefährlicher für den Frieden der Welt sind. Wäre es eine echte Entscheidung, wüßten wir als regierende Partei mit Gewißheit, daß nur die Fortsetzung der Herstellung dieser Waffen durch uns dieses Abkommen verhindert, welches die Verteilung nuklearer Waffen sozusagen endgültig einfrieren und auf diese beiden Mächte (USA und UdSSR) beschränken würde, so weiß ich — und ich gebe dieses Versprechen —, daß meine Kollegen und ich dies tatsächlich als ein sehr gewichtiges Argument betrachten würden."

Eine britische Initiative

Seitdem Mr. Gaitskell diese Worte gebrauchte, ist die Gefahr viel akuter geworden. Wir sind überzeugt, daß der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die britische Regierung ihre eigene Haltung bekanntgeben und diejenigen Nationen einladen sollte, die gegenwärtig keine nuklearen Waffen besitzen ,aber in der Lage sind, sie herzustellen, um mit ihnen über eine gemeinsame Politik zu beraten. **Als Ziel sollte sich die Regierung ein Abkommen setzen, das, am besten unter der Leitung der Vereinten Nationen, von allen Staaten mit Ausnahme der USA und der UdSSR unterzeichnet werden sollte. Durch dieses Abkommen würde sich jede Nation verpflichten, keine nuklearen Waffen zu erproben, herzustellen oder zu besitzen. Das Abkommen würde von einer vollen und wirksamen internationalen Kontrolle abhängig sein, die seine Durchführung sicherstellen würde. Die Regierung sollte bereit sein, jetzt zu erklären, daß, falls ein derartiges Abkommen erfolgreich ausgehandelt würde, Großbritannien nicht nur die Herstellung nuklearer Waffen einstellen, sondern auch auf ihren Besitz verzichten würde.**

Wir betonen, daß das Abkommen sowohl umfassend als auch wirksam sein muß. Die einzige Rechtfertigung für die Aufgabe der nuklearen Waffen durch Großbritannien läge darin, daß dadurch sichergestellt wird, daß kein anderes Land, ausgenommen die USA und die UdSSR, in ihren Besitz gelangt. Wir müßten deshalb gewiß sein, daß dies so sein würde.

Ein umfassendes Abkommen dieser Art würde völlige Sicherheit gegen die Ausbreitung der nuklearen Macht geben und so unser Hauptanliegen fördern — ein allseitiges Abrüstungsabkommen. Es wäre jedoch unrealistisch, anzunehmen, daß wir das mit einem

einzigen Schritt oder im Verlauf einer einzigen Konferenz erreichen könnten. Es kann sein, daß ein derartiges Ziel nur stufenweise erreicht werden kann. Möglicherweise würde die erste Stufe ein Vertrag über ein Moratorium oder ein Stillhalteabkommen in der Entwicklung und Herstellung nuklearer Waffen sein.

So könnte beispielsweise jedes Land, das die Bombe noch nicht besitzt, zustimmen, die Entwicklungsarbeiten für eine bestimmte Zeitspanne nicht fortzusetzen und sich einer Inspektion zu unterwerfen, während die britische Regierung als Gegenleistung ihre Bereitschaft erklären könnte, die Vergrößerung ihrer bestehenden nuklearen Waffenlager nicht fortzusetzen.

Wir bestreiten nicht, daß wir eine gewisse Macht und einen gewissen Einfluß opfern, wenn wir die Initiative zugunsten eines Projekts ergreifen, das, falls es Erfolg haben sollte, Rußland und Amerika zu den einzigen Nuklearmächten machen würde. Auf Grund dieser Überlegungen entschied sich die Labour-Regierung im Jahre 1946 für die Herstellung eigener Atombomben und entschloß sich die Labour Party einige Jahre später, die Herstellung eigener Wasserstoffbomben durch Großbritannien zu unterstützen. Aber wir sind überzeugt, daß unter den Umständen und Bedingungen, die wir beschrieben haben, unser Opfer reichlich gerechtfertigt sein würde, um die Ausbreitung der Herstellung und Erprobung nuklearer Waffen auf mehr und mehr Länder in allen Weltteilen zu verhindern.

Indem wir mit diesem Bestreben beginnen, würden wir in keiner Weise unsere Unterstützung des Nato-Bündnisses und unsere Bereitschaft einschränken, amerikanische Stützpunkte in Großbritannien, vorbehaltlich des bereits bestehenden Vetorechts über ihre etwaige Verwendung, zu dulden.

Die tödliche Nähe der Gefahr

Wir sind uns, indem wir dieses Projekt für eine britische Initiative vortragen, bewußt, wie wichtig es ist, der zukünftigen Labour-Regierung nicht die Hände zu binden oder sie auf einen genauen oder detaillierten diplomatischen Plan zu verpflichten. **In diesem Stadium ist es von Wichtigkeit, den Regierungen wie der öffentlichen Meinung der Welt die Größe der Gefahr nahe zu bringen, die sich aus der bevorstehenden Verbreitung des Besitzes der Bombe ergibt, und die Notwendigkeit, sich sobald wie möglich ernsthaft mit ihr auseinanderzusetzen.**

Wenn wir die Idee einer gemeinsamen Aktion Großbritanniens mit denjenigen Nationen, die noch nicht im Besitz der Bombe sind, darlegen, wollen wir nicht die Schwierigkeiten, denen man sich gegenüber sehen wird, oder die Opposition, mit der gewisse Regierungen ihr möglicherweise begegnen werden, verniedlichen. In der Tat könnte man sagen, falls es möglich ist, ein Abkommen zu erreichen, um die Ausbreitung nuklearer Waffen in der restlichen Welt zu verhindern, so müßte es auch möglich sein, Rußland und Amerika zu bewegen, gleichfalls zuzustimmen. Wenn das zutreffen sollte, um so besser. Gleichwohl, es wäre jedoch ein schwerer Fehler, die Erfolgsaussichten einfach abzuschreiben. Länder, die die Produktion nuklearer Waffen noch nicht aufgenommen haben, könnten eher bereit sein davon abzustehen, falls der Besitz dieser Waffen auf Amerika und Rußland beschränkt bliebe, bis ein weltumspannendes Abkommen erreicht ist. Es würde zweifellos für andere Nationen leichter sein, die Aussichten auf den Besitz nuklearer Waffen aufzugeben, wenn Großbritannien sich selbst auf die gleiche Stufe mit ihnen stellt. Wir glauben in der Tat, daß ein derartiger Schritt von den USA unterstützt werden würde, die mit der Sowjetunion ein gemeinsames Interesse daran haben, die Ausbreitung nuklearer Waffen zu verhindern.

Großbritannien, als die dritte Nuklearmacht, nimmt eine besondere Stellung ein und hat eine einmalige Gelegenheit, diejenigen Nationen, die die Bombe noch nicht besitzen, zu überzeugen, sich zusammen mit ihm an dieser gemeinsamen Anstrengung zu beteiligen.

Vor allem: Wenn dieser wichtige Schritt unternommen werden kann und die notwendigen internationalen Kontrollen errichtet werden können, so würde dies — wie wir glauben — den Weg zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen unter Einbeziehung der Sowjetunion und der USA ebnen, das, wie wir bereits erklärt haben, unser höchstes Ziel bleiben muß. 24. Juni 1959

Die Genfer Atomkonferenz macht Fortschritte

Unter dieser Überschrift berichtet „Die Welt" am 22. 7. 59: „Ob man nun alle Atomversuche verbietet oder zunächst die im Wasser, in der Luft und auf der Erdoberfläche, während man die im Innern der Erde einer späteren Regelung überläßt, ob der Verständigungs-Vertrag im September oder im November oder auch erst zu Weihnachten abgeschlossen wird, ob seine Ratifizierung in den drei Staaten sechs Monate oder zwei Jahre dauert und ob die ersten Kontrollposten im Frühjahr 1962 oder erst im Herbst 1965 ihre Arbeit aufnehmen, all das steht noch nicht fest. Aber fest steht nach der Ansicht der drei Botschafter von USA, SU und Großbritannien in Genf die Tatsache, daß man zu einer Einigung kommen wird, da nach Ansicht aller die gegenwärtige Situation zu gefährlich sei, als daß man sie weiter so bestehen lassen könne." Als besonderes Beispiel west-östlicher Verständigungsmöglichkeiten wird dann das erzielte Kompromiß über die personelle Zusammensetzung der Kontrollposten geschildert. Die Kontrollposten hätten nach dem Vorschlag der westlichen Botschafter jeweils von der Gegenseite, nach dem diametral entgegengestzten sowjetischen Vorschlag von der eigenen Seite besetzt werden sollen. Nunmehr komme man sich dahin entgegen, daß die einzelnen Kontrollposten von etwa 50 Mann zu je einem Drittel aus Angehöriger westlicher, östlicher und neutraler Staaten zu besetzen seien. — Am 24. Juli berichtete Die Welt ergänzend: „Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion haben sich auf Wien als Sitz der geplanten Organisation zur Überwachung des angestrebten Atomtestverbotes geeinigt. Die österreichische Regierung hat bereits zugestimmt."

Neunter Internationaler Kongreß für Radiologie

Fast 6000 Strahlungsfachleute aus aller Welt nahmen an dem 9. Internationalen Kongreß für Radiologie, der vom 30. 7. bis 4. 8. in München stattfand, teil. Professor R a j e w s k i erklärte auf der Pressekonferenz zur Eröffnung des Kongresses, „die radiologische Wissenschaft durchlaufe auch weiterhin die gleiche rapide Entwicklung, wie zu der Zeit, als sie sich zu entfalten begann, nach dem Ersten Internationalen Radiologenkongreß im Jahre 1925". Er fügte hinzu: „Die Anwendung von künstlichen radioaktiven Stoffen in Therapie und Diagnostik mit ihren überharten Strahlungen, dazu die neuen Gefahren aus den Atombombenversuchen machen es notwendig, die Erfahrungen sehr schnell und auf einer internationalen Basis so breit wie nur irgend möglich auszutauschen." In 922 Vorträgen wurden in 6 Arbeitstagungen die Themen der Strahlenmedizin, der Strahlenphysik, -biologie- und -technik und des Strahlenschutzes behandelt. Die Ergebnisse des Riesenkongresses können in etwa folgenden Punkten zusammengefaßt werden: Die Fachleute sind sich noch nicht einig darüber, wie hoch die Strahlenschädigungen einzuschätzen sind. Die möglichen Hauptgefahren liegen zweifellos bei der Strahlenschädigung nicht in den Körper-, sondern in den Keimzellen. Veränderungen der Erbanlagen sind „nicht umkehrbar". Einmal eingetreten, bleiben sie bestehen und vererben sich auf die Nachkommenschaft weiter. Was die Schädigungen von Körperzellen anlangt, so haben die Forschungen bisher keine Medikamente ausfindig machen können, welche solche Strahlenschäden verhindern oder heilen. Vielfache Unklarheit herrscht auch noch über die Wirkungsweise der harten Strahlen, die in der medizinischen Röntgenologie Verwendung finden. P. C. H o d g e s - Chicago führte aus, daß bis 1977 auf 100 000 Geburten 12 genetisch Strahlengeschädigte zu erwarten sind. Das ist zwar ein verhältnismäßig geringer Anteil, denn auf 100 000 Geburten kommen schon normalerweise 4000 Anomalien, davon je 2000 genetischer und nichtgenetischer Natur. Das Spezialgremium aber, in dem Hodges über seine Forschungen berichtete, kam doch zu dem Ergebnis, daß mit besonderem Ernst festgestellt werden müsse: die Anomalienkurve entwickle sich dank der noch mangelhaften Kontrolle über die Strahlungsgefährdungen, hervorgerufen insbesondere durch die militärischen Atomexperimente, nicht abwärts, sondern aufwärts.

Nur 18 Prozent . . .

„Die „Westfälische Rundschau" in Dortmund vom 3. 8. 59 veröffentlicht das Ergebnis einer objektiven Meinungsumfrage, nach der nur noch 18 Prozent der Befragten die bundesdeutsche Außenpolitik für erfolgreich halten. In einem Artikel der Zeitung darüber

heißt es dann weiter: „Dahin ist der Glaube, daß der große Kanzler schon alles zum Besten wenden wird, wenn man ihn nur tun läßt, was er für richtig hält. Mit Sicherheit läßt sich nur sagen, was Adenauer nicht will. Er wünschte zum Beispiel nicht, daß die Genfer Konferenz zu einem Ergebnis kam. Jetzt will er nicht, daß eine erfolgreiche Gipfelkonferenz folgt . . . Der Weisheit letzter Schluß der Bonner Außenpolitik scheint darin zu liegen, daß an der gegenwärtigen Situation des geteilten Berlin, des geteilten Deutschland und der in zwei Machtblöcke aufgespaltenen Welt kein i-Tüpfelchen geändert werden darf. Das bedeutet die Fortsetzung des Kalten Krieges und das Heraufbeschwören einer echten Kriegsgefahr". Die „Westfälische Rundschau" fordert dann die Einberufung des Bundestages noch während der Ferien zu einer außenpolitischen Debatte: „Noch nie wäre eine politische Debatte über die Außenpolitik im Bundestag so nötig gewesen wie gerade jetzt. Noch nie zuvor wäre es so notwendig gewesen, ob hinter der Politik Adenauers eine breite Mehrheit steht oder nicht. Die Opposition sollte also prüfen, ob sie nicht eine Einberufung des Bundestages erzwingen soll. Sie darf sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß sie die Stunde versäumte, in der es notwendig war, zu handeln."

Kanzler ohne Konzept

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der deutsche Bundeskanzler ohne jedes wirklich fundierte Konzept in das bedeutsame Gespräch mit Präsident Eisenhower am 27. August in Bonn gehen. Zwar hat Konrad Adenauer in seinem oberitalienischen Urlaubsort Cadenabbia soeben mit dem Nato-Oberbefehlshaber Norstad, und dem Generalsekretär der Atlantikpakt-Organisation, Spaak, Fühlung genommen. In politischen Kreisen Bonns jedoch glaubt man nicht, daß sich in diesen Gesprächen wesentlich neue Gesichtspunkte ergeben haben könnten. Mit Besorgnis wird zugleich zur Kenntnis genommen, daß der Bundeskanzler demgegenüber bestrebt zu sein scheint, daß Auswärtige Amt bei den Vorbereitungen für den Eisenhower-Besuch auszuschalten, ganz zu schweigen von den berufenen Sprechern des Parlaments, die kaum Gelegenheit erhalten dürften, Eisenhower die Auffassung des Bundestages über den Stand der deutschen Frage nach der in ihren beiden Phasen ergebnislos zu Ende gegangenen Genfer Konferenz vorzutragen.

Zwar plant die Bundesregierung, Präsident Eisenhower einen repräsentativen Empfang zu bereiten, dessen Gepräge weit über alles hinausgehen wird, was jemals bei dem Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in der provisorischen Hauptstadt am Rhein geboten worden ist . . .

Dies vermöge jedoch — so argumentiert man in Bonn — nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung mit diesem Aufwand lediglich die diplomatisch-politische Isolierung zu verdecken sucht, in die sie nunmehr auch gegenüber London und Paris geraten ist.

Führungskreise der Freien Demokraten weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es Aufgabe des Bundeskanzlers wäre, dem amerikanischen Präsidenten konstruktive Vorschläge für eine Lösung des europäischen Sicherheitsproblems zu unterbreiten.

Die Genfer Konferenz sei nicht zuletzt daran gescheitert, daß dieses Problem überhaupt nicht zur Sprache gekommen sei. Um so mehr wäre es Aufgabe des Bundeskanzlers, dem amerikanischen Präsidenten darzulegen, daß sich die deutsche Frage ausschließlich nur dann weiter vorantreiben läßt, wenn in dem bevorstehenden Gespräch zwischen Eisenhower und Chrustschow zunächst und vor allem die Frage eines neuen europäischen Sicherheitssystems angeschnitten wird.

Das freie Wort, 22. 8. 59

Montgomery: Die nackte Wahrheit . . .

Die nackte Wahrheit ist, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands im Augenblick nicht möglich ist. Jeder weiß das. Aber niemand will es sagen, aus Furcht, die Deutschen zu verletzen. Aber was sind die Tatsachen in bezug auf die Deutschen? Seit Bismarck das deutsche Empire schuf, hat Europa niemals dauerhaften Frieden gekannt . . . kann man

sich deshalb wundern, daß einige Nationen jede Wiedervereinigung der beiden Deutschland fürchten? Ich bin der Ansicht, daß wir ganz ehrlich sein müssen. Wir müssen dem deutschen Volk sagen, daß jede Wiedervereinigung seiner Nation unmöglich ist, bis das europäische Sicherheitsproblem zur Zufriedenheit von Ost und West gelöst ist und irgendeine Organisation ins Leben gerufen worden ist, die wirksame Garantien gegen eine Störung des Weltfriedens bietet. Wenn alle zufriedengestellt sind, werden wir später sehen, was getan werden kann. Aber das kann nicht zuerst der Fall sein. Die Deutschen müssen das verstehen. Schließlich sind sie im Grunde genommen für den gegenwärtigen Stand der Dinge verantwortlich.

Republik im Halbschlaf

„Seit rund siebzehn Monaten schweigt das Parlament, der Deutsche Bundestag, zu allen außenpolitischen Fragen, die, wie man an diesem Beispiel sieht, von einschneidender Wirkung auf die Gestaltung der deutschen Innenpolitik sind. Die letzte Sitzung des Bundestages, in der über die Fragen der Außenpolitik debattiert wurde, fand genau am 20. März 1958 statt. Damals gab Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r — nicht zum ersten und nicht zum letzten Male — die Erklärung ab, daß die „Lage kritischer denn je" sei; demzufolge müsse man die Atombewaffnung vorantreiben. Außenminister v o n B r e n t a n o sprach die Hoffnung aus, alle Parteien möchten sich doch grundsätzlich über die wesentlichen Punkte der Wiedervereinigung und der Abrüstung einig sein; im übrigen habe die Bundesrepublik die „moralische Verpflichtung", ihre Verbündeten mit Atomwaffen zu schützen. Herr Franz Josef S t r a u ß wollte seinerseits mit deutscher atomarer Aufrüstung „durch Abschreckung" einen dritten Weltkrieg unmöglich machen...

... Selbstverständlich durfte die damalige Debatte nicht enden, ohne daß der Abgeordnete K i e s i n g e r den Bundeskanzler und späteren Präsidentenkandidaten wider Willen, Konrad Adenauer, als „den großen Staatsmann dieser Tage" feierte...

Nun, vielleicht war er ein großer Staatsmann — mindestens insofern, als es ihm gelungen ist, die „Portugalisierung" der Bundesrepublik so weit voranzutreiben, daß dieses von uns gewählte deutsche Parlament volle siebzehn Monate hindurch keine außenpolitische Aussprache herbeiführte. Freilich wird man bei der Feststellung dieses Tatbestandes nicht darum herumkommen, die „Größe" dieses Mannes an der Schwäche der drei Hauptparteien des Bundestages zu ermessen. Wie anders wäre es möglich, daß dieses Parlament im Ablauf großer außenpolitischer Ereignisse, in denen das große Würfelspiel um den deutschen Rock begann, auf jede außenpolitische Debatte verzichtete, um damit sich selbst und die Republik in einen Halbschlaf zu versetzen...

... Die Bundesregierung hielt es nicht für notwendig, die Vertreter des Volkes in ihrer Gesamtheit zu unterrichten oder mit ihnen zu beraten...

... Es gab keine Debatte über die Vorlage des sowjetischen Entwurfes zu einem Friedensvertrag; keine Stellungnahme zu der Vorbereitung der Außenministerkonferenz in Genf. Im Gegenteil: der Bundestag verfügte sich in Ferien, so, als ob es überhaupt kein Deutschlandproblem gäbe, über das es sich lohnte, in dieser Zeit ein Wort zu verlieren. Zwar erörterte das englische Parlament, das Unterhaus, in der Genfer Konferenzpause unsere Probleme — nicht so unsere Parteien. Sie duldeten es stillschweigend, daß die Bundesregierung ihre Atomrüstung weiter vorantrieb. Sie ließen es stillschweigend geschehen, daß die zwar gut gemeinte, aber planlos vorgetragene Idee des Bundesaußenministers in Genf, mit Polen und der Tschechoslowakei einen Nichtangriffspakt abzuschließen, von dem Herrn O b e r l ä n d e r und anderen Vertriebenenfunktionären abgewürgt werden konnte — was dem Bundeskanzler sicher nicht unlieb war.

Das alles sind keine Zufälle, wenn man bedenkt, daß den Freien Demokraten, und noch mehr den Sozialdemokraten, ihre eigenen Deutschlandpläne als harte Bissen im Munde steckengeblieben sind. Pläne hat man, jawohl — aber um Gottes willen nur nicht darüber reden! Man weiß, es geht um Deutschlands Zukunft, um die Zukunft dieses Kontinents sogar — aber nur keine eigene Stellungnahme! ...

... Wir aber kommen am ersten Freitag im August zu dem heroischen Entschluß: der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages wird sich Anfang Oktober dieses Jahres mit den Genfer Problemen (!) und insbesondere mit dem Plan eines Nichtangriffspaktes mit Warschau und Prag befassen...

... Wer wagt es angesichts solcher Zustände und Termine noch zu behaupten, die Republik befinde sich nicht im Halbschlaf? Die Hauptursache der parlamentarischen Inaktivität ist zweifellos zuerst einmal in der Tatsache zu suchen, daß die Regierungspartei mit ihren Vorstellungen von den außenpolitischen Tatsachen überfahren worden ist...

... Niemals aber seit Bestehen der Bundesrepublik war eine echte parlamentarische Auseinandersetzung notwendiger als zur Zeit; denn niemals war der nationale Notstand größer und niemals war die Zusammenarbeit aller Parteien notwendiger...

Dieser Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen steht aber ein Mann im Wege: Dr. Konrad Adenauer. Auf ihn starren alle Parteien — auch seine eigene — wie hypnotisierte Kaninchen..."

Frankfurter Rundschau, 8. August 1959

Premierminister Macmillan meint:

„Ich war seit jeher der Überzeugung, daß die internationale Spannung zwischen Ost und West in erheblichem Maße durch persönliche Gespräche gelöst werden kann. Solche Gespräche spielen eine ebenso wichtige Rolle wie formellere Treffen... Auch ich habe meine Besprechungen mit Chrustschow als äußerst nützlich empfunden, und ich bin überzeugt, daß alle wechselseitigen Besuche zwischen den verantwortlichen Politikern des Westens und des Ostens zu einem produktiven und konstruktiven Treffen der Regierungschefs führen werden. — Wenn wir auf die Geschichte der letzten Monate zurückblicken, merken wir, wie groß die erzielten Fortschritte sind. Im vergangenen November brauchten wir Drohworte und sprachen im ultimativen Ton. Heute sprechen wir die Sprache der persönlichen Besuche und der Verhandlungen. All dies bedeutet einen großen Gewinn für die Sache des Friedens."

Chrustschow erklärte auf einer Pressekonferenz im Kreml am 5. August 1959:

„Es gibt reale Möglichkeiten, um die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf eine Grundlage des Friedens und der Freundschaft zu stellen. Es gibt keinerleit territoriale Streitfragen oder unlösbare Gegensätze zwischen unseren beiden Ländern, ebenso wenig Probleme, welche die Schaffung einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses verhindern könnten... Wenn aber in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eine Besserung eintritt, dann wird sich dies zweifellos auch zugunsten einer Verbesserung der Beziehungen zu anderen Staaten auswirken. Es wird ermöglichen, die dunklen Wolken über den verschiedenen kritischen Punkten unseres Planeten zu zerstören... Es versteht sich im übrigen von selbst, daß wir nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern auch mit den Freunden der Vereinigten Staaten befreundet sein wollen. Gleichzeitig haben wir den Wunsch, daß die Vereinigten Staaten gute Beziehungen nicht nur zu uns, sondern auch zu unseren Freunden unterhalten."

Rüstungsaktien sinken

Die von dem vereinbarten Besuchsaustausch zwischen Eisenhower und Chrustschow erwartete politische Entspannung hat sich in den letzten Tagen auch in der Kursentwicklung an der New Yorker Wallstreet niedergeschlagen. Im Zeichen einer Abschwächung standen an den letzten vier Tagen vor allem Aktien der Rüstungsindustrie. Verschiedene New Yorker Maklerfirmen empfahlen mit Hinweis auf den Chrustschow-Besuch eine Verringerung der Engagements in Verteidigungswerten und das Umsteigen in Aktien der Konsumgüterindustrie. Demgegenüber erklärte Vizepräsident Roehl von der amerikanischen Investmentgesellschaft Keystone Custodian Funds Inc. vor der Presse, ein bloßes Zusammentreffen zwischen Eisenhower und Chrustschow werde noch lange nicht „das Ende des Marktes für Verteidigungsaktien" bedeuten...

Rheinische Post, 10. August 1959

Amerikanische Repräsentanten für Beendigung des Algerienkrieges

In einer Erklärung fordern 16 amerikanische Abgeordnete Frankreich auf, Verhandlungen zur Beendigung des algerischen Krieges aufzunehmen. In der Erklärung, die an Präsident de Gaulle und Ferhat Abbas übermittelt wurde, heißt es:

„Wir können über diesen tragischen Krieg in Algerien nicht schweigen, und wir fordern öffentlich die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den beiden Parteien. Die gegenwärtige Lage in Algerien stellt eine ständige Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar. Wir schlagen daher vor, daß die amerikanische Regierung die Führung übernimmt, um den algerischen Konflikt einem gerechten Ende zuzuführen, nicht nur aus Gründen des Friedens und der Menschlichkeit, sondern um die Grundlagen für gute Beziehungen zwischen einem freien Algerien und dem amerikanischen Volk und seiner Regierung in den kommenden Jahren zu legen."

Neue Zürcher Zeitung, 7. August 1959

Der „Stalingrad"-Jahrgang 1922 kennt den Krieg

Die Frankfurter „Abendpost" meldet am 18. 8. aus Konstanz, daß von den 250 Angehörigen des Jahrgangs 1922 aus dieser Stadt 100 geschlossen bei der „Erfassungsstelle" erschienen. Sie übergaben eine schriftliche „Erklärung", in der es hieß: „Wir lehnen den Wehrdienst ab, verweigern Angaben, die sich auf unsere Zugehörigkeit zur ehemaligen Wehrmacht beziehen und fordern, daß wir nicht einzeln, sondern geschlossen ‚erfaßt' werden". Verschiedene hessische Zeitungen berichten von Protestversammlungen der 22-iger u. a. in Wetzlar und Weilbach b. Wiesbaden. In Wetzlar unterschrieben 120 Angehörige des Jahrgangs eine Erklärung, sich zwar bei der „Wehrerfassungsbehörde" zu melden, jedoch nichts über die früheren Wehrdienstleistungen der einzelnen auszusagen. Außerdem forderten sie in dieser Erklärung, ihr Jahrgang müsse von der Einberufung in die Bundeswehr freigestellt werden. — Die „Westfälische Rundschau" weiß am 15./16. 8. 1959 zu berichten, daß in Hamm über 300 Angehörige des Jahrgangs 1922, der in dieser Stadt nur etwas mehr als 400 Männer zählt, am 14. August abends im überfüllten Saale des „Westfälischen Hofes" einstimmig eine Resolution an das Bundesverteidigungsministerium sandten. In der Resolution heißt es: „Jeder der Männer, die an der Versammlung der 22-iger von Hamm teilgenommen haben, erklärt durch seine Unterschrift, daß er nie wieder Soldat werden will".

Am Vorabend der Wehrerfassung in Singen (Südbaden) protestierten am Mittwoch, ähnlich wie zuvor im benachbarten Konstanz, Angehörige des Jahrgangs 1922 gegen ihre mögliche Einberufung zum Wehrdienst. In einer von 250 Teilnehmern besuchten Versammlung faßten die Jahrgangsangehörigen eine Entschließung, in der sie zum Ausdruck brachten, daß sie keinen Wehrdienst mehr leisten werden.

Die Welt, 21. 8. 59

Die sofortige Einstellung der Wehrerfassung des Jahrgangs 1922 hat die SPD-Bundestagsfraktion gestern gefordert und Bundesverteidigungsminister Strauß auf die sachlichen und psychologischen Schwierigkeiten der Aktion hingewiesen, die durch die bürokratische Erfassung des Jahrganges noch gesteigert worden seien.

Westfälische Rundschau, 21. 8. 59

An den Herrn Bundespräsidenten Prof. Dr. Theodor Heuss

Im Juli 1959

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Schon seit der Jahreswende 1955/56 bemühen sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen und privaten Lebens und aller Bereiche der Justiz um eine umfassende Amnestierung der politischen Delikte, und zwar sowohl für die in Strafhaft und Untersuchungshaft Befindlichen, als auch für schon eingeleitete oder noch nicht eingeleitete Verfahren.

Neben zahllosen Aufrufen, Anträgen, Bitten und Veröffentlichungen in Presse und Rundfunk sowie in Parlamenten haben jeweils einzelne der Unterzeichner dieses Briefes sich in einem Appell, einer Entschließung, einer Resolution, einer Empfehlung und einer Petition an den Deutschen Bundestag und an die Öffentlichkeit gewandt, damit auch im Interesse der innerdeutschen Entspannung ein versöhnlicher Schlußstrich gezogen würde.

Nachdem es dann bereits so aussah, als ob sich alle Parteien und Konfessionen unterschiedslos für dieses gute Anliegen einsetzen würden, ist der eingereichte Gesetzesentwurf unter bedauerlichen Begleitumständen im Frühjahr 1957 leider „untergegangen".

Wir wollen weder erneut von der ernsten Rechtsnot, welche verstärkt fortdauert, noch von der umstrittenen Problematik der Tatbestände und ihrer Auslegung in der Rechtsprechung, noch von den Änderungsbestrebungen sprechen, die bis in die höchsten Justizstellen hinein gewünscht werden und auch die große Strafrechtsreform befassen.

Wir möchten heute nur aus der Verpflichtung unseres Gewissens für die unmittelbar davon Betroffenen Sie, Herr Bundespräsident, eindringlich bitten, zum Abschluß Ihres ablaufenden Amtes als Staatsoberhaupt und in Anlehnung an ähnliche großzügige Handlungen aus früherer Zeit

eine persönliche Anregung dem Deutschen Bundestag zu unterbreiten,

daß dieser den Erlaß eines Amnestiegesetzes als Zeichen des Verständigungswillens unter uns Deutschen beschließe.

Aus Ihrer eigenen, auch von uns Universitätsprofessoren und Verteidigern oft übernommenen Auffassung über Recht und Gerechtigkeit wissen wir, daß Ihre Bitte an das Parlament von persönlichkeitsbezogener Autorität und über den Dingen stehender Objektivität getragen und deshalb für die Zukunft unseres Staates von größter historischer Bedeutung sein wird.

Mit ganz vorzüglicher Hochachtung!

Prof. Dr. jur. Wolfgang Abendroth, Marburg; Prof. Dr. h. c. Heimerich, Rechtsanwalt, Mannheim; Prof. Dr. Hupfeld, Heidelberg; Prof. Dr. Staff, Oberlandesgerichtspräsident, Frankfurt/Main; Prof. D. E. Wolf, Göttingen; Dr. W. Ammann, Rechtsanwalt, Heidelberg; Bornheim II, Rechtsanwalt, Köln; Dr. Helga Einsele, Frankfurt/Main; Dr. Eisenberg, Rechtsanwalt, Hanau; Dr. Graf, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt/Main; Graf, Rechtsbeistand, Bensheim/Bergstraße; Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt/Main; Heinrich Hannover, Rechtsanwalt, Bremen; Dr. Liselotte Herx, Rechtsanwältin und Notarin, Münster/Westf.; Jösch, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main; Dr. Gabriele Lehmann, Rechtsanwältin, Nürnberg; Mathissen, Rechtsanwalt, Ludwigshafen/Rhein; Dr. Müller, Verwaltungsgerichtspräsident a. D., Wiesbaden; Nölke, Rechtsanwalt und Notar, Hannover; Dr. Pée, Rechtsanwalt und Notar, Lübeck; Dr. Posser, Rechtsanwalt, Essen; Ralle, Rechtsanwalt, München; Dr. Rebensburg, Rechtsanwalt, Wuppertal; Dr. Oskar Ruisinger, Rechtsanwalt, Stuttgart.

Smirnow

Niemand wird dem Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik, Andrej Smirnow, ernstlich absprechen wollen, daß er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten um einen guten Kontakt zur Bundesregierung, zum Parlament und ganz allgemein zur Öffentlichkeit bemüht hat ...

Jetzt verlautet aus der Sowjetbotschaft in Rolandseck, Smirnow werde vermutlich demnächst aus der Bundesrepublik abberufen werden, um an anderer Stelle eine erfolgversprechendere Verwendung zu finden. Der steile Aufstieg, den Smirnows Vorgänger Sorin nach seinem Weggang von Bonn in der Hierarchie der sowjetischen Außenpolitik in nachgerade demonstrativer Weise genommen hat, sollte insbesondere den Kanzler davor warnen, Smirnow mit der gleichen Geringschätzung ziehen zu lassen, die er bis zur persönlichen Brüskierung dem ersten Botschafter Moskaus angedeihen ließ ...

Die seit Jahren zur Diskussion stehende Reise einer Bundesdelegation nach Moskau endlich zustande gebracht zu haben, wäre ohne allen Zweifel ein Erfolg gewesen, den Smirnow dem Kreml hätte präsentieren können. Jedermann weiß, daß er um diesen Erfolg nicht durch eigene Inaktivität gebracht worden ist, sondern ausschließlich durch den Starrsinn des Kanzlers, der auf das deutsch-sowjetische Gespräch auch dann noch verzichten zu können glaubte, als über die diplomatischen Kanäle bereits die ersten Anzeichen einer Verständigung zwischen Moskau und Washington gemeldet wurden. Andrej Smirnow hat Konrad Adenauer — und so und nicht anders hätte die Bundesregierung den Sinn seiner diplomatischen Mission begreifen müssen — bis in das entscheidendste

Jahr der Nachkriegsgeschichte hinein zum unmittelbaren Gespräch über die deutsche Frage zur Verfügung gestanden. Der Kanzler hat von dieser Möglichkeit selten oder gar nicht Gebrauch gemacht. Nun darf er sich nicht wundern, wenn der Botschafter genau zu dem Zeitpunkt nach Moskau zurückberufen wird, an dem es die Sowjets nicht mehr nötig haben, mit uns zu sprechen, da ihnen jetzt die Möglichkeit des Gesprächs über uns offensteht.

Das freie Wort, 22. 8. 59

Erich Kästner zitiert die PEN-Charta

Der XXX. Internationale PEN-Kongreß in Frankfurt/M. Ende Juli 1959 erkannte das ungarische PEN-Zentrum, welches das letzte Mal vor zwei Jahren in Tokio „suspendiert" worden war, wieder an. Von den insgesamt 37 stimmberechtigten Vertretern der einzelnen Zentren stimmten 19 dafür, 9 enthielten sich der Stimme und nur 9 stimmten dagegen. (Insgesamt waren rund 500 Mitglieder und Gäste der verschiedenen PEN-Zentren zugegen). Erich Kästner, der Präsident des Kongresses, sagte, „man könne den Entschluß, das ungarische PEN-Zentrum wieder anzuerkennen, vielleicht für falsch, aber nicht für leichtfertig halten . . . In der Charta des Internationalen PEN heiße es: Mitglieder des PEN sollen jederzeit ihren ganzen Einfluß für das gute Einvernehmen und die gegenseitige Achtung der Nationen einsetzen. Sie verpflichten sich für die Bekämpfung von Rassen-, Klassen- und Völkerhaß und für die Hochhaltung des Ideals einer in einer einigen Welt in Frieden lebenden Menschheit mit äußerster Kraft zu wirken. Der PEN steht zu dem Grundsatz des ungehinderten Gedankenaustausches innerhalb einer jeden Nation und zwischen allen Nationen, und seine Mitglieder verpflichten sich, jede Art der Unterdrückung der Äußerungsfreiheit in ihrem Lande oder in der Gemeinschaft, in der sie leben, entgegen zu treten." Kästner fügte hinzu, „der PEN gehöre zu dem nie besiegbaren, aber nie siegreichen Heer der geistigen Menschen . . . In diesem Sinne glaube er es verantworten zu können, trotz allem, was vorgefallen sei, eine gute Entwicklung des geistigen Lebens auch in Ungarn für möglich zu halten." Zugleich mit dem Beschluß der Wiederanerkennung des ungarischen PEN-Zentrums wurde eine Adresse an Ministerpräsident Kadar in Budapest gerichtet, mit der Bitte, den 70jährigen Dichter Tibor Déry und seinen Altersgenossen, den Dramatiker Julius Hay, mit zwei anderen Angehörigen des ehemaligen ungarischen PEN-Zentrums aus der Haft zu entlassen, in die sie nach den Oktoberkämpfen in Ungarn vor zweieinhalb Jahren genommen worden waren.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.